Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 2.— Mark, falls bei Abholung frei Haus. Abholerkarte halbmonatlich 0.35 Mark. Postbezug monatlich (Nachverderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 10 Pfennig. Sonnabends 20 Pfennig.
Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstraße 3.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Eingetragener Verein) Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Amtsblatt der Staat und des Landrates Merseburg

mit den wöchentlichen Beiblättern: Die Zeit im Bild, der illustrierten Sonntagsbeilage: Am häuslichen Herd

der vierzehntägigen Beilage: Bilder von Feld und Hof und dem sonntäglich erscheinenden Ortsruf von Merseburg

Anzeigenpreise: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 10 Pfennig; im Reklameteil 40 Pfennig; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 30 Pfennig Aufschlag. — Familienanzeigen besonders ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet.
Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.
Fernruf: Redaktion 236, Geschäftsstelle 466.
Postscheckkonto: Leipzig 39 070.

Nr. 161 — Montag, den 13. Juli 1925 — 52. Jahrgang

Getreidezölle und Getreidepreise.

Zur Agrar-Enquete der Reichstags-Ausschüsse.

Die Pause, die durch die Überweisung der Zollvorlage an den handelspolitischen Ausschuß des Reichstages in der öffentlichen Diskussion der Getreidezölle eingetreten ist, erscheint geeignet, neue Vorschläge sachlich zu prüfen. Vielleicht gelingt es auf diese Weise, die einander noch grundsätzlich widerstreitenden Meinungen in dieser Frage zum Ausgleich zu bringen. Überblickt man die bisherige Debatte, so ergibt sich, daß Getreidezölle im allgemeinen aus **drei Gründen** gefordert worden sind. **Erstens von einigen Theoretikern,** um Deutschland aus der als unangenehm empfundenen Abhängigkeit vom Weltmarkte zu befreien und durch einen „lückenlosen Zolltarif" zu einer autarken, d. h. vom Ausland in jeder Weise unabhängigen Volkswirtschaft zu machen. **Zweitens** werden insbesondere Agrarzölle verlangt, um gewissen Schwierigkeiten, in denen sich die deutsche Landwirtschaft augenblicklich befindet, für immer abzuhelfen. **Drittens,** um Positionen in unserem Zolltarif zu haben, die bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen mit Agrarstaaten als Kompensationsobjekt für die zu erreichenden Zugeständnisse hinsichtlich unserer Exportwaren benutzt werden können.

Während die grundsätzliche Rückentwicklung Deutschlands zur Selbstgenügsamkeit dem Entwicklungsgange der deutschen Volkswirtschaft seit etwa 100 Jahren vollkommen widerspricht und auch eigentlich nur von Professor Diehl-Freiburg (und auch von diesem nur in bestimmtem Umfange) auf der Stuttgarter Tagung des Vereins für Sozialpolitik im September 1924 gefordert wurde, fußt der Entwurf der Regierung im wesentlichen auf dem zweiten Argument, der Notlage der Landwirtschaft.

Zweifellos steht **die deutsche Landwirtschaft heute in einer Produktionskrise,** was ja auch übrigens für die Industrie im größten Umfange zutrifft. Die Schwierigkeiten auf beiden Gebieten der Erzeugung beruhen nämlich im wesentlichen auf der gleichen Voraussetzung, dem durch die Inflationsperiode hervorgerufenen Kapitalschwund in der deutschen Volkswirtschaft, der ein Wirtschaften in den Maßstäben, die wir bisher gewohnt waren, fast zur Unmöglichkeit macht. Aber daß dieser Krise der Landwirtschaft mit Getreidezöllen abgeholfen werden könne, ist eine Fehlansicht der Regierung, die von den namhaftesten deutschen Wissenschaftlern (Sering, Aereboe, Auhagen, Harms usw.) längst widerlegt worden ist. Schutzzölle können doch nur den einen Sinn haben, die Auslandspreise um den Zollsatz zu verteuern, um so den heimischen Produzenten die Möglichkeit zu geben, seine Preise bis hart an den überhöhten Auslandspreis zu steigern. In der Tat hatte man in den 70er Jahren die Zölle folgerichtig in dieser Weise angewendet und die deutsche Landwirtschaft vor der Unterbietung durch das Ausland zu den damals rapide sinkenden Weltmarktpreisen bewahrt. Als die heutige Regierung ihren **Zolltarif-Entwurf** schuf, glaubte sie eine ähnliche Lage wie damals zu Grunde legen zu dürfen. Waren doch im Juni 1924 die Preise für einen Zentner Roggen auf 6,56 H und für einen Zentner Weizen auf 7,45 H gefallen gegenüber Preisen von 8,22 H und 9,94 H im Jahre 1913. Aber es bleibt doch folgender großer Unterschied bestehen: Zur Zeit der Bismarckschen Zollvorlage hatte das billige nord- und südamerikanische Getreide die Preise in Deutschland von 159 Mark pro Tonne Roggen und 216 Mark pro Tonne Weizen im Jahre 1871 auf 132 Mark bezw. im Jahre 1878 194 Mark heruntergedrückt. Hingegen lag im Jahre 1924 der Weltmarktpreis über den deutschen Preisen, was nur durch die **zusammengebrochene Kaufkraft der deutschen Bevölkerung** erklärt werden kann. Sobald diese Kaufkraft durch Kredite des Auslandes gestärkt wurde, konnte die Landwirtschaft die aufsteigende Konjunktur auf dem Weltgetreidemarkte mitmachen, die den Roggenpreis bald auf 12,25 H und den Weizenpreis auf 12,43 H im Februar 1925 führte. Es war ein Stand erreicht, der für Roggen um zirka 50 Prozent und für Weizen um zirka 25 Prozent über dem Preise von 1913 lag.

War somit eine augenblickliche Notwendigkeit für Getreidezölle entfallen, so konnte das Argument der Schutzbedürftigkeit nur in der Formulierung aufrecht erhalten werden, daß man die landwirtschaftlichen Produzenten gegen **künftige Rückschläge** auf dem Weltmarkte schützen wolle. Es soll, wie es in der Begründung der Zollvorlage heißt, **die landwirtschaftliche Produktion dadurch gesteigert werden, „daß ihr eine gewisse Stetigkeit der Preisentwicklung durch einen Zollschutz gewährt wird".** Durch spezifische Zölle kann eine solche Stetigkeit jedoch nach Ansicht der Wissenschaft nicht erreicht werden, da unter ihrem Einfluß die Inlandspreise sämtliche Schwankungen der Preise auf dem Weltmarkte mitmachen würden, nur eben auf einer um die Zollmarge höheren Ebene. An und für sich könnte die angestrebte Stabilisierung der Getreidepreise nur durch gleitende Zölle erreicht werden. Nehmen wir einen Preis für Weizen von 270 Mark die Tonne als den Preis an, der festgehalten werden und auf den sich die Landwirtschaft einrichten soll, so müßte unsere Weizenzollstala etwa folgendermaßen aussehen:

Bei einem Auslandspreise von

Mark pro Tonne cif Hamburg	Zollsatz Mark pro Tonne
270	0
260	10
250	20
240	30 usw.

Damit wird ein Sinken der Weizenpreise in Deutschland, soweit es dem Weltmarkte aus herbeigeführt werden könnte, verhindert, da sich die Gleichung ergeben würde: Auslandspreis plus Zollsatz gleich 270 Mark. Auf die praktischen Möglichkeiten der Handhabung dieser Gleichsätze kann hier nicht eingegangen werden. Eine **Stetigkeit der Preisentwicklung** über 270 Mark hinaus wäre zudem nicht gegeben und auch nicht beabsichtigt. Außerdem würden sich Schwierigkeiten für unsere exportierenden Industrien ergeben, wenn sich im Auslande das Lohnniveau mit den fallenden Getreidepreisen senkt, bei uns aber auf der durch den festgehaltenen Satz von 270 Mark bedingten Höhe stehen bleiben würde. Nun soll allerdings nach den Voraussagen der agrarwissenschaftlichen Sachverständigen mit einem Sinken der Weltmarktpreise für Getreide in der nächsten Zukunft nicht zu rechnen sein. Aus diesem Grunde wäre also die Bedeutung der eben vorgetragenen Bedenken zur Zeit gemindert.

Doch nun zu dem letzten und wichtigsten Punkte, dem **Getreidezoll als Instrument der Handelsvertragspolitik.** Sicherlich wäre hier nach altem Brauche ein autonomer Tarif die geeignete Voraussetzung. Den meistbegünstigten Agrarstaaten wären dann Zollfreiheit oder niedrige Sätze zuzugestehen. Gefährlich wäre allerdings die Starrheit der Sätze für den Fall, daß diese Handelsverträge in der nächsten Zeit nicht zustande kommen. Ganz bedenklich aber erscheint die verewigte Verteuerung der Getreidepreise durch Minimalsätze, noch dazu von so beträchtlicher Höhe wie in der Zollvorlage, wenn man sich die augenblickliche Lage der deutschen Volkswirtschaft vor Augen führt, die auf Grund des Dawes-Gutachtens und eines **Defizits von 2,75 Milliarden Mark** in der Handelsbilanz für das Jahr 1924 eine Steigerung des Exportes um jeden Preis erfordert. Wir müssen also das gewohnte handelspolitische Vorgehen umkehren. Wir können nicht sagen: grundsätzlich Hochschutzzoll und selbst im Vertragsfalle hohe Minimalzölle, sondern: grundsätzlich keinen Zoll und nur im Falle, daß der Vertragsgegner renitent bleibt, Ausnahmezölle! Es müßte also der Regierung nicht — wie es die Zollvorlage will — verboten werden, auch bei Handelsverträgen nicht unter willkürlich festgesetzte spezifische Zollsätze herunter zu gehen, sondern umgekehrt müßte die Regierung ermächtigt werden, im gegebenen Falle einem bestimmten Lande gegenüber so hohe Zollsätze anzuwenden, wie sie nach der Lage des Falles für nötig hält. Vielleicht wird auf diese Weise der Schaden einer starren Zollmauer vermieden, ohne daß man auf den Nutzen der Zölle als Verhandlungsobjekt verzichten müßte.

Deutsches Volksopfer für das Zeppelinwerk!

Rüstet dem Führer des Z. R. 3 ein neues Schiff! — Eckener über seine Pläne.

Amundsen und Eckener schmieden gemeinsam Pläne zur Eroberung des Nordpols. Schon die Flugzeugkonstruktion, die den letzten kühnen Nordpolzug ermöglichte, war deutsche Ingenieurarbeit. Jetzt schließen sich die beiden Luftflieger zusammen zu kühnem Plan.

Er kann nur verwirklicht werden, wenn Albeutschland hilft. Geben wir dem Führer des Z. R. III ein Volksopfer! In der Weltpolitik sind wir passiv, in der Weltwirtschaft sind wir Schuldner, der Volkskörper leidet an schwerer Krankheit, in der Innenpolitik ist das Höchstmaß der Verwirrung erreicht — überall ist die Bilanz passiv. Aber hier ist einmal Gelegenheit, aktiv zu werden. Hier ist ein Stück Weltgeltung zu erobern aus eigener Kraft, hier ist es möglich, einen neuen Siegeszug anzutreten, dem deutschen Namen volle Ehre zu machen, etwas zu leisten, woran auch der hämische Kleingeist der Gegner nichts deuteln und verkleinern kann. Hier können wir endlich in einem gemeinsamen Opfer aller Kreise, das von allen nach Maßgabe der Kräfte gleich getragen wird, zeigen, daß wir uns selbst nicht aufgegeben haben in den inneren Kämpfen um die Macht. Die deutsche Zukunft soll nicht ein — Steuerproblem sein!

Das Volksopfer soll ein Bekenntnis werden für unseren Selbstbehauptungswillen, ein Ausdruck werden für unseren Stolz, ein Beweis werden dafür, daß die deutsche Nation trotz allem noch einmütig zu handeln weiß.

Rüstet dem Führer des Z. R. III ein neues, stolzes Luftschiff aus für eine kulturelle Tat, für einen deutschen „Sieg", der keinen „Nutzen" bringt, aber dem deutschen Namen Geltung und Ehre!

*

Der erste Plan des Volksopfers sieht folgende Leistungen vor: es sollen

1. die deutschen Stadt- und Landgemeinden zwei Pfennige pro Kopf ihrer Einwohnerzahl beisteuern,
2. die Gewerkschaften drei Monate lang 10 Pfennig im Monat pro Kopf zur Sammlung abführen. Die Arbeitgeber ihrerseits werden dieselbe Summe zahlen,
3. auch die Beamten drei Monate lang 10 Pfennig auf den Kopf ihrer Organisation einbringen,
4. ist an eine deutsche Jugendspende gedacht, die auch wieder drei Monate lang je 5 Pfennig sammeln will, und
5. werden die Schau- und Lichtspielbühnen versuchen, auf jede Karte ein paar Pfennige für den deutschen Zeppelin aufzuschlagen.

Endlich werden die Zeitungen ihrerseits auf eine noch zu vereinbarende Art zur Volksspende beitragen.

Mit dem Zeppelin nach dem Nordpol.

Dr. Eckener entwickelt seine Pläne vor den deutschen Zeitungsverlegern

Die Königsberger Tagung der Zeitungsverleger

erhielt eine besondere Note durch die Rede Dr. Eckeners über seine Pläne. Er gab u. a. einen hochinteressanten Abriß der

Weiterentwicklung der Zeppelin-Luftschiffahrt.

Auf große Entfernungen sei die Reise im Luftschiff der im kleinen Flugzeug vorzugehen. Die Bedeutung der großen Schiffe sei durch die Entwicklung des Flugzeugwesens nicht geschmälert. Trotz aller Verbesserungen komme nach seiner Ansicht das Flugzeug nur für Entfernungen bis zu 1500 Kilometer in Frage. Für den Weltverkehr über weite Strecken sei unbedingt das Luftschiff das geeignete Fahrzeug. Dr. Eckener wandte sich sodann der augenblicklich im Vordergrund des Interesses stehenden Frage, der

Erforschung des Nordpols mit Hilfe des Luftschiffes

zu: Ich bin überzeugt, daß es von großem ordentlichen Wert für uns ist, den Beweis zu erbringen, daß ein Zeppelinluftschiff ein Instrument ist, mit dem wissenschaftliche Probleme gelöst werden können, die auf andere Weise nicht zu lösen sind. Das Ergebnis der Amundsenexpedition hat gezeigt, daß **bei dem heutigen Stand der Technik die Erreichung des Nordpols mit Flugzeugen unüberwindliche Gefahren in sich schließt.**

Amundsen selbst hat deshalb auch erwogen, sein Ziel mit Hilfe des Luftschiffes zu erreichen. Auch nach seiner Ansicht ist das nur unter Verwendung des Luftschiffes möglich. Die Meinungen, die dahin gehen, als ob das ein sehr großes Risiko sei, sind nicht zutreffend.

Am bequemsten und unter Umständen für die Luftschiffahrt etwas gefährlich sind nur

Wetterstürze,

die durch das Zusammentreffen von heißen und kalten Luftströmungen entstehen, die sogenannten Gewitterfronten. Kälteeinbrüche, Sturm, Regen, Schneebelastung sind für das Luftschiff von der heutigen Leistungsfähigkeit eine Kleinigkeit. Wetterstürze, die unter Umständen unbequem sein können, hat man auf dem Pol nicht zu gewärtigen. Im Sommer herrscht durchschnittlich eine Temperatur von 0 Grad und man kann dort ebenso gut und sicher fahren, wie im Spätherbst an Deutschland, wenn die Nebel noch liegen.

Wir können jedenfalls mit Sicherheit sagen, daß das, was überhaupt bei einer Nordpolexpedition sich wissenschaftlich feststellen läßt, durch Luftschiffe erreicht werden kann.

Man kann über die Verteilung von Land und Wasser ein abschließendes Urteil gewinnen. Man kann feststellen, ob diesseits oder jenseits des Pols noch größere Länderkomplexe liegen, man kann ein Urteil über die Wassertiefe gewinnen, man kann schließlich feststellen, ob dort ein Flachsee oder ein tiefer Ozean vorhanden ist. Davon ausgehend, kann die Wissenschaft wichtige Schlüsse über die Meeresströmungen, über die meteorologischen Verhältnisse usw. gewinnen. Man kann über Luftelektrizität, über Erdmagnetismus, über die Erscheinungen des Nordlichts wissenschaftliche experimentelle Forschungen anstellen. Und das ist ja die Aufgabe der Wissenschaft, und ich möchte sagen, jeden Forschertrieb, jede Lücke auszufüllen, die in unserem Wissen noch vorhanden ist. So muß es ohne Zweifel die Wissenschaft reizen, mittels eines Luftschiffes diese Feststellungen zu machen.

Dr. Eckener betonte dann, daß ihm außerdem daran liege, durch die wissenschaftliche Expedition des Luftschiffes den Beweis dafür zu erbringen, daß das Luftschiff ein taugliches Fahrzeug und geeignet sei, einst eine große Rolle als

völkerverbindendes Verkehrsinstrument

zu spielen.

Nunmehr komme es zunächst darauf an, die erforderlichen Geldmittel für den Bau eines neuen Zeppelinluftschiffes zusammen zu bringen. Dazu erbitte er die Mitwirkung der deutschen Presse.

Der Rede Dr. Eckeners folgte stürmischer Beifall. Der Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, Kommerzienrat Krumbhaar dankte darauf Dr. Eckener für seine überaus wertvollen Ausführungen und versicherte, daß die deutsche Presse die Pläne Dr. Eckeners in jeder Weise und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen und fördern werde.

Innerpolitischer Lagebericht.

Berlin, 13. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Wie wir hören, findet die erste Ministerbesprechung zur Beratung der deutschen Antwortnote am Mittwoch statt. Wenn die Note den Auswärtigen Ausschuß beschäftigen wird, steht im Augenblick noch nicht fest, doch nimmt man an, daß das in der zweiten Hälfte der Woche der Fall sein wird, so daß die Note frühestens Ende dieser Woche nach Paris abgehen kann.

In der morgigen Sitzung wird sich, wie schon früher betont wurde, der Auswärtige Ausschuß noch nicht mit der Note beschäftigen, sondern auf der Tagesordnung stehen lediglich die Handelsabkommen mit England, Amerika, Griechenland, sowie einige Petitionen.

Man nimmt an, daß morgen nach der Rückkehr des Kanzlers aus Dresden auch die Verhandlungen zwischen dem

Kanzler und den Regierungsfraktionen

über die Zollvorlage fortgesetzt werden. Hier sind die Gegensätze nach wie vor sehr groß, da, wie die „Deutsche Tageszeitung" gestern unterstrich, die Regierungsparteien zum größten Teil auf dem Standpunkt stehen, daß die Getreidemindestzölle unbedingt aufrecht erhalten bleiben müssen, während sich der Arbeitersiegel des Zentrums gegen diese Mindestzölle sträubt und während auch in der Volkspartei zum mindesten gewisse Kreise für die Zölle eintreten. Erst nach der morgigen Besprechung wird sich feststellen lassen, ob ein Kompromiß möglich ist.

Abmarsch!

Gelsenkirchen, 13. Juli (TU.). Seit 3 Tagen ist die gegenwärtig etwa nach 1000 Köpfe starke Besatzung damit beschäftigt, Geräte, Waffen und Kleider aus den Schulen herauszuschaffen. Die ersten Sonderzüge sind in vergangener Nacht in der Richtung nach Frankreich abgefahren. Es dürfte noch eine Woche dauern, bis das umfangreiche aufgestapelte Material endgültig verladen wird.

Eine China-Konferenz.

Newyork, 13. Juli (TU.). Wie amtlich bekanntgegeben wird, wird Coolidge innerhalb dreier Monate eine internationale China-Konferenz einberufen. Den Tagungsort der Konferenz soll die chinesische Regierung festsetzen.

Todesstrafe gegen Angerstein beantragt!

Limburg, 13. Juni (Mainz WTB.). Im Angersteinprozeß beantragte heute der Staatsanwalt gegen den Angeklagten wegen Mordes in acht Fällen die Todesstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

In Marokko.

Neue Kämpfe.

Paris, 13. Juli. (Priv.-Teleg.) Über die Lage in Marokko melden die Blätter: Der französische Posten von Kela-Sleß ist in der Nacht vom 11. Juli ununterbrochen von den Rifleuten angegriffen worden. Man schätzt die angreifenden Abteilungen auf 2000 Mann. In den Morgenstunden des 11. Juli ist es den französischen Truppen gelungen, den bedrohten Posten von den Angreifern völlig zu säubern. Der Feind hat sich auf die Höhen nördlich des Uergha-Flusses zurückgezogen. Auch an der Front von Tozzen und in der westlich des spanischen Gebietes liegenden Zone zeigte der Feind eine gewisse Beweglichkeit. Da man eine Offensive der Rifleute in dieser Gegend erwartet, sind die Dispositionen verstärkt worden und die Flugzeuge werden in Bereitschaft gehalten.

Unterzeichnung des Marokkoabkommens.

Madrid, 13. Juli. (TU.) Das Protokoll, das sich auf eine gemeinsame Aktion zwischen Frankreich und Spanien bezieht, ist um Mitternacht unterzeichnet worden. Das Abkommen muß noch von beiden Regierungen ratifiziert werden. Die Arbeiten der Konferenz können nun als beendet betrachtet werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250713-11/fragment/page=0001

Deutscher Reichstag.

Nachdem sich die allgemeine Aussprache des Reichstages über das Aufwertungsgesetz am Freitag bis gegen Mitternacht hingezogen hatte, war bereits am zweiten Tag das Interesse erheblich abgeschwächt, als man zur **Einzelberatung** der Vorlage überging. Ja, bei Beginn der Sitzung war das Haus so **schwach besetzt**, daß die Abstimmung über den grundlegenden ersten Paragraph des Gesetzes zurückgestellt werden mußte. Er wurde dann später gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Dann folgte, Paragraph für Paragraph, die weitere Erledigung des Gesetzes, die sich sehr langsam abwickelte, da immer wieder **namentliche Abstimmungen** verlangt wurden. Der § 4, der den Aufwertungsbetrag auf 25% festsetzt, war Anlaß zu einer längeren Debatte, die denn überhaupt die Völkischen, Sozialdemokraten und Kommunisten zu jeder Abstimmung ihre bereits im Ausschuß abgelehnten Anträge wieder aufnahmen, und dadurch den Geschäftsgang ganz besonders erschwerten. **Gegen ihre Stimmen blieb es bei dem Aufwertungssatz von 25%, und die Reihenfolge der Abstimmungen zog sich bis in die Abendstunden hin.**

*

Sitzungsbericht.

Berlin, 11. Juli. Am Regierungstisch Reichsfinanzminister v. Schlieben. Vizepräsident Gräf-Thüringen eröffnet die Sitzung um 1,20 Uhr. **Das Haus ist fast leer. Die**

zweite Lesung des Aufwertungsgesetzes

wird fortgesetzt und zwar mit der Einzelberatung. Gegen die sofortige Abstimmung über den grundlegenden § 1 erhebt Abg. Seiffert (Völk.) Widerspruch, so daß die Abstimmung zurückgestellt wird, in der Hoffnung, daß das Haus noch besser besucht werden wird. Die Erörterung geht weiter beim § 2. Er setzt den Aufwertungssatz auf 25 Prozent. Hypotheken-Schiffspfandbriefe und Bahnpfandbriefe werden nicht höher aufgewertet, als die durch sie gesicherten Forderungen. Der Eigentümer kann eine Herausfeyung der Aufwertung verlangen, wenn dies mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage zur Abwendung einer groben Unbilligkeit unabweisbar erscheint. Das aufgewertete Recht behält seinen bisherigen dinglichen Rang. Der Eigentümer ist befugt, im Range nach dem an erster Linie eingetragenen aufgewerteten Recht und vor dem diesem nachgehenden Recht eine Hypothek oder Grundschuld in Höhe des Aufwertungsbetrages mit dem üblichen Zinsfuß eintragen zu lassen.

Abg. **Dr. Best** (Völk.) hält den **Aufwertungssatz für zu niedrig.**

Abg. **Sauer** (Soz.) schließt sich dem Vorredner an. Man wolle den kleinen Gläubigern nur Sand in die Augen streuen.

Abg. **Keil** (Soz.) beantragt Erhöhung des

Aufwertungssatzes auf 40 Prozent.

Die Lösung der Vorlage stelle den Gipfel der Ungerechtigkeit dar. Dieser Satz von 40 Prozent solle nicht als Höchstsatz betrachtet werden, sondern die Möglichkeit zulassen, auf Antrag des Schuldners oder des Gläubigers den Satz zu ermäßigen oder zu erhöhen. Diese Elastizität des Satzes sei erforderlich und die Schuldner erhalten bei Annahme **des Antrages immer noch 60 Prozent geschenkt.**

Abg. **Hellein** (Kom.) protestiert gegen die Enteignung der mittleren und Kleinrentner und zwar beantragt er, den Kleinrentnern, die über 40 Jahre alt oder krank oder erwerbsunfähig sind, eine Rente zu gewähren.

Es folgen dann Abstimmungen. **Der grundlegende § 1 des Gesetzes wird gegen die Kommunisten angenommen.** Nach einem Antrage Best gilt als Goldmarkbetrag bei Ansprüchen, die vor dem 1. Januar 1918 entstanden sind, der Nennbetrag, bei später entstandenen Ansprüchen soll der Goldmarkbetrag bei Ansprüchen, die vor dem 1. Januar 1918 betrag durch die innere Kaufkraft der Mark zur Zeit der Entstehung des Anspruches ungerechnet wird. Für den Antrag stimmen mit den Völkischen die Sozialdemokraten, die Kommunisten und ein Teil der Demokraten. Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 222 gegen 131 Stimmen bei 3 Stimmenhaltungen abgelehnt. Auch über den sozialdemokratischen und völkischen Antrag auf Erhöhung des Aufwertungssatzes von 25 auf 40 Prozent wird namentlich abgestimmt. Dabei erklärt Abg. **Hellein** (Kom.) sich bereit, dieser Erhöhung zuzustimmen, wenn andererseits der kommunistische Antrag angenommen werde, die Wohnungsmieten in den nächsten 15 Jahren unverändert zu lassen. (Lachen rechts.) Die Anträge auf Erhöhung wurden mit 217 gegen 140 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt. Es bleibt also bei 25 Prozent. Die Einzelberatung wurde darauf fortgesetzt.

Abg. **Dr. Roß** (Zentr.) hebt hervor, daß es im Lande nicht verstanden werden würde, wenn man mit einem Gewaltschritt über die Rechte der Gläubiger hinweggehen würde.

Abg. **Seiffert** (Völk.) fordert die Kompromißparteien auf, der Regierung gegenüber Rückgrat zu zeigen.

Abg. **Keil** (Soz.) **erklärt, er wolle die Vorzüge beider Systeme, des individuellen und des schematischen, vereinigen.**

Unter Ablehnung aller Änderungsanträge werden die Ausschußbeschlüsse bewilligt.

Abg. **Hergt** (DnVP. tritt dem Abg. Seiffert entgegen. Dem Westschen Entwurf habe die deutschnationale Fraktion niemals ihre Zustimmung gegeben. Bei der Abstimmung wurde die Ausschußfassung unter Ablehnung der Änderungsanträge angenommen. Der sozialdemokratische Hauptantrag wird mit 216 gegen 140 Stimmen abgelehnt. Ein weiterer sozialdemokratischer Eventualantrag, der in besonderen Fällen auch eine Erhöhung der Aufwertung bis zu 35 Prozent zulassen will, wird mit 216 gegen 146 Stimmen abgelehnt. Darauf wird über die Ausschußfassung ebenfalls wieder namentlich abgestimmt. Die Ausschußfassung wird mit 205 gegen 148 Stimmen bei 2 Stimmenenthaltungen gebilligt. Paragraph 9 der Vorlage bestimmt, daß die durch Hypotheken gesicherten persönlichen Forderungen nach Maßgabe der für das dingliche Recht geltenden Vorschriften, also auch mit 25 Prozent aufgewertet werden sollen. Paragraph 10 läßt eine Abweichung nach oben und unten von diesem Normalsatz zu für Forderungen aus einem Gesellschaftsvertrag, Gutsüberlassungsverträgen, Erbauseinandersetzungen und aus Beziehungen zwischen Unterhaltsberechtigten oder verpflichteten Personen. Ferner sind Abweichungen vom Normalsatz bei Forderungen aus wiederkehrenden Leistungen zugelassen, die nach dem 31. Dezember 1918 begründet worden sind.

Abg. **Seger** (Soz.) hält es für merkwürdig, daß in dem ganzen Gesetz die in der deutschen Rechtsprache so gebräuchliche

Formel von Treu und Glauben nicht vorkomme.

Das Kabinett Luther wage es wohl nicht, dieses Wort in den Mund zu nehmen, da dieses Gesetz sehr wenig mit Treu und Glauben zu tun habe, da es dem Grundsatz huldige: „Bleibe im Besitz und du thronst im Recht".

Nach weiterer unwesentlicher Debatte werden die Beratungen abgebrochen. Die Abstimmungen werden zurückgestellt, da sich das Haus fast völlig geleert hat. Die nächste Sitzung ist auf Montag 1 Uhr mittags festgesetzt, mit der Tagesordnung: Weiterberatung. Schluß der Sitzung 7¾ Uhr.

Polens Schuld an der Weichselüberschwemmung.

Der Dammbruch an der Weichsel zwischen Thorn und Bromberg, der in seinen Folgen noch nicht abzusehen ist, kann niemanden überraschen, der Gelegenheit gehabt hat, zu sehen, mit welcher Interessenlosigkeit die polnische Verwaltung die Schutzbauten an den Weichselufern wie auch die Stromregulierung verwahrlosen läßt. Das Werk, das unter preußischer Verwaltung mit großen Opfern geschaffen war und mit äußerster Sorgfalt gepflegt wurde, ist in wenigen Jahren bereits in einen verhängnisvollen Zustand des Verfalls geraten, der sich nun auswirken beginnt. Angesichts dieses ersten Deichbruches sind die ernsten Besorgnisse des Auslands am Platz, die namentlich für die kritische Stelle bei Münsterwalde oberhalb Marienwerder gehegt werden. Der hier besonders dem Druck des Stromes ausgesetzte Deich schützt die fruchtbare Niederung, die bei seinem Durchbruch vollkommen vernichtet werden müßte. Es ist deshalb dringend zu wünschen, daß die Reichsregierung mit allem Nachdruck die polnische Verwaltung auf ihre Pflicht, auch auf ihre Schadenersatzpflicht aufmerksam macht, und zu schleunigen Schutzmaßregeln veranlaßt.

Der deutsche Schritt in Moskau.

Eine offiziöse Verlautbarung der Reichsregierung kündigt an, daß auf Grund der Berichterstattung durch den aus Moskau nach Berlin zurückgekehrten Rechtsanwalt Dr. Freund über den Prozeß gegen die deutschen Studenten die deutsche Regierung ihre bereits eingeleiteten und auf eine Aufhebung des Todesurteils hinzielende Schritte mit allem Nachdruck weiter betreiben wird, zugleich unter erneutem Hinweis auf die schwere Belastung der deutsch-russischen Beziehungen durch den unbeweisbaren Feststruch des Moskauer Gerichts. Die Feststellungen rein juristischer und formaler Art, die sich aus der Berichterstattung des Verteidigers ergeben, zeigen unwiderleglich, daß die Moskauer Verhandlung von vornherein darauf angestellt war, den Angeklagten nicht die Verteidigungsmöglichkeiten zu geben, auf die sie Anspruch erheben durften. Sie zeigen ferner, daß das Urteil in seinem Aufbau logische Sprünge aufweist, und daß ihm unbeweisen eine tragfähige Grundlage überhaupt fehlt. Sie zeigen schließlich, daß die Kronzeugen, auf die sich das Gericht in der Hauptsache stützte, von einer so offenkundigen Unglaubwürdigkeit sind, daß sie unter keinen Umständen zur Motivierung des Urteilsspruches herangezogen werden dürfen. Gerade der von einzelnen Blättern bemängelte Umstand, daß Rechtsanwalt Dr. Freund bei seiner Berichterstattung in Berlin offen auch über gewisse Dinge gesprochen hat, die an der Haltung der Angeklagten zu kritisieren waren, scheint uns geeignet, für die Objektivität dieser Berichterstattung zu bürgen, die ja für weitere Maßnahmen der Reichsregierung Voraussetzung sein muß.

Zur wirtschaftlichen Lage.

Eine Rede des preußischen Handelsministers.

Berlin, 12. Juli. Im Hauptausschuß des preußischen Landtages führte bei der Beratung des Handelsetats Handelsminister Dr. Schreiber u. a. aus:

Der Einfluß Preußens auf das Reich bei gesetzgeberischer Arbeit tritt nicht immer genügend in die Erscheinung. In der Handelspolitik wird das preußische Handelsministerium sich beim Reich durchsetzen. Der Minister sprach sich gegen die Aufhebung bezw. Zusammenlegung bisheriger selbständiger Handelskammern aus und sagte: **Eine Verstaatlichung des Luftverkehrs ist nicht beabsichtigt.** Damit ist eine Einflußnahme auf die Einrichtung der Luftverkehrslinien sowie eine Beteiligung in Luftverkehrsunternehmungen, Flugzeugbauschulen usw. unerläßlich. — Von der schwierigen **Lage der Steinkohlenindustrie** zeugt, daß für 180 Millionen Mark Kohlen ohne Absatzmöglichkeit auf Halden liegen. Es wird versucht, Auslandskohle zugunsten deutscher Kohle zurückzudrängen. Für weniger entrategische Bezirke bleibt nur die Stillegung übrig. Die Lage der Arbeiterschaft ist besonders erschwert durch zahlreiche Feierschichten. Die Ziffer der Erwerbslosen ist von 590 000 im Februar auf 290 000 im Juni zurückgegangen. Trotz günstiger Beschäftigungsziffer kann die Wirtschaft im allgemeinen nicht lohnend arbeiten. Eine Vereinfachung und Verbesserung des organisatorischen Betriebes in der Wirtschaft ist unerläßlich.

Nachdem sich der Minister noch über Pläne der Staatsregierung geäußert hatte, notleidenden Gebieten und Gemeinden aus allgemeinen Staatsmitteln zu helfen, um diese Gebiete selbst wirtschaftlich lebensfähig zu gestalten, sprach er sich für eine grundsätzliche **Änderung der Politik der Umsatzsteuer und Einkommensteuer** aus. — Er teilte ferner mit, daß bei der Reichseisenbahn auf 139 000 aktive Beamte allein 280 000 Ruhestandsbeamte (!) kommen, daß für je 100 Mark Besoldung 57 Mark Ruhegehalt treten. Es sei zu erwägen, ob hier nicht das Reich im Interesse der Wirtschaft der Reichseisenbahn einen Teil dieser Last abnehmen müßte.

Volle Friedensmiete im April 1926.

Reichsarbeitsminister Brauns hat im Steuerausschuß des Reichstages wichtige Erklärungen über die Mietenaufwertung gemacht, aus denen hervorgeht, daß der 1. April 1926 als Endtermin für die Erreichung der vollen Friedensmiete zu betrachten ist. Der Minister wies darauf hin, daß in allen deutschen Ländern heute schon mindestens 70 Prozent der Friedensmiete erreicht seien, in Thüringen schon 80 Prozent, in Hamburg sogar 90 Prozent, so daß in der angegebenen Höchstfrist ohne besonders sprunghafte Erhöhungen die 100prozentige Friedensmiete erreicht werden kann. Über die sonstigen Mietzinsbestimmungen und deren Dauer sowie künftige Handhabung wurde nichts gesagt. Brauns forderte allerdings auch eine entsprechende Ausgleichung der Löhne.

Eine wichtige Syndikatsbildung.

Es ist zu wenig beachtet worden, daß in der Donnerstags-Sitzung des Agrarausschusses der Sachverständige Sering darauf hingewiesen hat, daß sich im Februar dieses Jahres in London ein internationales Stickstoffsyndikat gebildet hat. Eine solche Syndikatsbildung kann nur den Sinn der Preisregulierung haben, und zwar der einheitlichen und im Belieben des Syndikats liegenden Regulierung auf dem ganzen Weltmarkt. Für die Landwirtschaft ist der Preis der Stickstoffprodukte von großer Wichtigkeit. Eine Erhöhung der Düngerpreise kann nicht ohne Einfluß auf die Preise landwirtschaftlicher Produkte bleiben. Mit Recht forderte Sering, dem die Stickstoffindustrie bisher keinerlei Auskunft gegeben hat, daß die ganze Frage sehr beachtet werden müsse. Eventuell sei ein Untersuchungsausschuß mit parlamentarischen Rechten einzusetzen.

Wichtiges vom Tage.

Reichskanzler Dr. Luther ist am Sonntag abend etwas früher als vorgesehen nach Dresden abgereist, um dort mit dem sächsischen Ministerpräsidenten im Rahmen einer kurzen öffentlichen Besprechung über verschiedene Dinge zu verhandeln. Vor der Abreise des Kanzlers hat, wie die Telunion an zuständiger Stelle erfährt, eine Besprechung mit den Führern der Regierungsparteien über die Zollvorlage nicht stattgefunden. Diese Besprechung dürfte erst nach der Rückkehr des Kanzlers, am Dienstag, erfolgen.

*

Die diesjährige Tagung der Auslandsdeutschen in der Heimat ist nunmehr endgültig auf den 29. August und die folgenden Tage festgesetzt. Die Verhandlungen finden am 30. und 31. August in Berlin statt. Am 1. und 2. September schließt sich der Besuch des **hallischen Industriegebietes** und der Leipziger Messe und am 3. bis 5. September ein Besuch Nürnbergs und Münchens an.

*

Der „Montag" meldet aus London: Bei der Feier des Oranienfestes in **Glasgow**, an der etwa 40 000 Personen aus allen Teilen Irlands teilnahmen, kam es zu regelrechten Straßenkämpfen, denen die Polizei anfänglich machtlos gegenüberstand. Jedenfalls gelang es ihr, sechzehn der Haupträdelsführer festzunehmen. Zwölf Personen wurden mehr oder minder schwer verletzt. Um Mitternacht kam es wieder zu Zusammenstößen, in deren Verlauf ein Mann durch einen Revolverschuß verletzt wurde.

*

Die Blätter melden aus Karlsruhe: Laut Mitteilung des badischen Ministeriums des Innern sind die Schwarzen Pocken von Kehl nach Karlsruhe eingeschleppt worden. Auch für Mannheim besteht Einschleppungsgefahr.

*

Im Anschluß an die Akten des Berliner Kolonialkongresses vom September 1924 schildert die Turiner „Stampa" den starken Kolonialeifer und die große koloniale Befähigung Deutschlands. Das Blatt erklärt, daß der Versailler Frieden die Torheit begangen habe, Australien Kolonien zu geben, obschon es sein eigenes Land noch lange nicht kolonisiert habe, und ebenso Frankreich, dessen Bevölkerungszahl ständig zurückgehe, während die Länder mit wachsender Bevölkerung, wie Deutschland und Italien, leer ausgegangen sind. Man müsse sehr leichtsläubig sein, wenn man annehme, daß mit den Bestimmungen des Versailler Friedens das deutsche Kolonialproblem begraben sei. Der jetzige Zustande werde nicht von langer Dauer sein können.

*

Der „Montag" meldet aus Paris: Gestern abend ist in St. Denis bei Paris die Feuerwerksfabrik von Ruggiuri in die Luft geflogen. Es wurden im ganzen vier Explosionen in weitem Umkreis gehört. Da das Personal eine Viertelstunde vorher die Gebäude verlassen hatte, gab es keine Opfer an Menschenleben. Jedoch ist der Sachschaden sehr erheblich und dürfte mehrere Millionen Franken betragen, besonders, weil in der Umgebung viele Häuser beschädigt und in weitem Umkreis alle Fensterscheiben zerbrochen sind.

Englische Blockadepläne gegen Rußland.

Wie der „D. A. Z." aus Riga gemeldet wird, befürchtet man in Rußland nicht nur ein Militärbündnis zwischen Polen und der Tschechoslowakei, das sich sowohl gegen Deutschland wie gegen Rußland verwenden ließe, sondern auch eine von England ausgehende Blockade in der Ostsee und im Schwarzen Meer. England soll mit Frankreich, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und den baltischen Staaten über eine derartige Blockade verhandeln. In Moskau soll man auch aus finanziellen Gründen über die Zulässigkeit des Konflikts besorgt sein. Ob allerdings England, das offiziell scheinbar nicht an einem Abbruch der Beziehungen denkt, mit diesen umfänglichen Verhandlungen Erfolg haben wird, muß abgewartet werden. **Eine wichtige Syndikatsbildung. Tertia!**

Außenpolitische Uebersicht.

Japan wartet ab.

London, 13. Juli (TU.). Der Berichterstatter der „Sunday Times" berichtet aus Tokio: Die Lage in China erregt in der japanischen Öffentlichkeit nach wie vor das Hauptinteresse. Nach dem allgemeinen Eindruck zu urteilen, hat Japan noch keinerlei Absichten über die künftige Politik. Nach Meinung einzelner Blätter würde die Einberufung einer Konferenz zwecklos sein, da China noch nicht in der Lage sei, aus einem solchen Schritt irgendwelche Vorteile zu ziehen. Was die englische Politik im fernen Osten anlange, so sei die Nicht-Nicht der Meinung, daß England einen Fehler gemacht habe, als es sich von Japan trennte, um sich mit Amerika zu verbinden.

Caillaux in den Senat gewählt.

Paris, 12. Juli (TU.). Im Departement Sarthe wurde Caillaux mit 641 Stimmen von insgesamt 870 abgegebenen Stimmen zum Senator gewählt. Er tritt nun an die Stelle des Dr. Gigon, der zugunsten des Finanzministers auf seinen Senatsitz verzichtet hat.

Ein neuer Attentatsplan gegen König Alfons?

Paris, 12. Juli (TU.). Wie der „Matin" erfährt, soll ein neues Attentat gegen den König von Spanien entdeckt worden sein. Nach einer sofortigen Untersuchung sei es der Polizei gelungen, zwei Kommunisten zu verhaften, die mit dem Attentat in Verbindung stehen sollen.

Zur Revolution in Ecuador.

Newyork, 13. Juli. (Durch Funkspruch.) In Guanaquil hat sich eine Militärpartei gebildet und die Regierung der Republik Ecuador gestürzt. Die Revolutionäre, die diese Aufstandsbewegung unternommen haben, haben sich der Hauptstadt Quito bemächtigt. Führer der Bewegung ist General Francesco Gomez. Seine Truppen besetzten die Ministerien. Alle hohen Beamten von Quito sind verhaftet worden. General Gomez wird Neuwahlen veranstalten, um die Verwaltung des Landes zu ändern.

Deutschland.

Kommunistischer Parteitag.

Berlin, 12. Juli. (Priv.-Telegr.) Im Plenarsitzungssaal des Preußischen Landtages wurde am Sonntag der 10. kommunistische Parteitag durch den Vorsitzenden der Partei, Reichstagsabg. Thälmann, eröffnet. Thälmann gab einen historischen Überblick über den Werdegang der Partei und verglich sie insbesondere mit der russischen kommunistischen Partei. Wie diese, so werde sich auch die deutsche Sektion in ihrer Entwicklung durch keine Schranken hindern lassen. Der Vertreter der Moskauer Exekutive, dessen Name nicht genannt wurde, sprach in französischer Sprache. Dieser bezeichnete die Mittel und Wege, um den Reformisten die Anhängerschaft zu entreißen. Der Vertreter der französischen Kommunisten wandte sich besonders gegen den Waffenstillstand. Von den Reden anderer ausländischer Kommunisten waren die des Vertreters des Zentralkomitees der russischen Kommunistischen Partei, Semuely und eines chinesischen Vertreters beachtenswert. Samuely verließ sofort nach seiner Rede den Sitzungssaal und, wie verlautet, auch Berlin. In Berlin soll, wie der Abgeordnete Pieck mitteilte, ein großes Denkmal für die im revolutionären Kampfe Gefallenen errichtet werden.

Die Enteignung der deutschen Grundbesitzer in Polen.

Frankfurt, 13. Juli (TU.). Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Warschau: Sämtliche Parteien nahmen den Artikel des Agrargesetzes an, der in erster Linie die Enteignung aller der Güter deutscher Ansiedler ausspricht, deren Vorbesitzer das Gut von den Vorfahren unter der Bedingung übernommen haben, es nicht an polnische Käufer weiter zu geben. Hierzu werden vier Zäuntel deutschen Besitzes und neun Zehntel aller Ländereien des Westens betroffen, wodurch gerade das ertragreichste Agrarland Polens zerschlagen wird.

Eingabe an den Reichskanzler.

Köln, 11. Juli. (WTB.) Die Industrie- und Handelskammer Köln richtete an den Reichskanzler eine Eingabe, in der sie unter Hinweis auf die immer größer werdenden Zahlungsschwierigkeiten, Betriebseinschränkungen und Stillegungen, bittet, daß der Reichskanzler mit der ihm eigenen Tatkraft eingreift, um diese Lasten und Hemmungen zu beseitigen oder doch nach Möglichkeit zu erleichtern. Gleichzeitig wird in der Eingabe der Wunsch nach möglichst schleuniger Verabschiedung der beim Reichstag vorliegenden Steuergesetze und nach größter Sparsamkeit auf der Ausgabenseite des Reiches, der Länder und Gemeinden ausgesprochen, vor einer Überspannung der sozialen Lasten gewarnt und erklärt, in der Aufwertungsfrage stelle die jetzige Vorlage das Äußerste dar, was noch von der Wirtschaft geleistet werden könne.

Die französische Willkürherrschaft am Rhein geht weiter.

Oppenheim, 13. Juli. (WTB.) Am Sonntag sollen anläßlich der von der Rheinlandkommission zugelassenen Gründungsfeier des Sängergaues Oppenheim einige unbedeutende Vorkommnisse sich ereignet haben, wofür von französischer Seite als Unbotmäßigkeiten angesehen werden. Infolgedessen sind jetzt alle Festlichkeiten, die in Stadt und Kreis Oppenheim geplant waren, darunter die 700-Jahrfeier der Stadt Oppenheim, verboten worden. Ferner hat die Bevölkerung Oppenheims Befehl erhalten, sogar sämtliche Fahnenstangen von sämtlichen Häusern zu entfernen, damit der Bevölkerung unmöglich gemacht werden soll, zu siegen.

Der VDZ. an den Reichspräsidenten.

Königsberg, 13. Juli. (TU.) Die Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger sandte an den Reichspräsidenten von Hindenburg folgendes Antwortelegramm: Die in Königsberg aus allen deutschen Gauen zusammengekommenen Herausgeber der deutschen Tageszeitungen entbieten Ew. Exz. ihre ehrfurchtsvollen Grüße. Versammelt in der deutschen Ostmark sind sie sich besonders der Pflicht bewußt, die Einigkeit des Deutschen Volkes herbeiführen zu helfen. Nur durch Einigkeit des Volkes kann die Reichseinheit gesichert werden. Die deutsche Ostmark muß deutsch bleiben wie der deutsche Rhein. Hierfür zu kämpfen und die Welt über den Zustand im deutschen Osten aufzuklären, bleibt eine wichtige Pflicht der deutschen Presse. Dankbar gedenken wir des Schützers Ostpreußens in schwerer Not und bereinigen unsere Wünsche für Volks- und Reichseinheit mit denen für den Reichspräsidenten, den erwählten Führer des deutschen Volkes.

Die Buckau.

Berlin, 13. Juli. (WTB.) Der Zlettner-Kongern teilt mit: Durch die Presse ist eine Meldung über den Besuch der „Buckau" in Stockholm gegangen, in welcher mit Recht auf den unerfreulichen Mißbrauch der „Buckau" zu Belustigungszwecken hingewiesen ist.

Wir möchten nicht verhehlen, darauf hinzuweisen, daß die „Buckau" seit Anfang dieses Jahres von der Reederei endgültig abgenommen ist, und daher unsere Gesellschaft keinen Einfluß mehr auf die Verwendung des Schiffes hat.

Wir sehen dem abwegigen Treiben, das dem deutschen Ansehen und den Interessen unserer Gesellschaft Schaden bringen muß, vollkommen fern und verurteilen es auf das schärfste. Wir werden keinen Weg unversucht lassen, einen Einfluß auf die Verwendung der „Buckau" zurückzugewinnen, um einen Mißbrauch des Schiffes für die Zukunft zu unterbinden.

Es wird jedem ernsthaften Leser und insbesondere den ernsthaften Interessenten der Schiffahrt klar sein, daß dieser geschmacklose Gebrauch der „Buckau" mit der Sache an sich nichts zu tun hat. — Wir verweisen darauf, daß die Arbeiten auf dem Gebiet der Zlettner-Rotoren jeder Art weiter fortschreiten, insbesondere, daß sich ein 3000-Tonnen-Rotorschiff zur Zeit im Bau befindet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250713-11/fragment/page=0002

Merseburg und Umgegend.

13. Juli.

Sonntag.

Sommerfeste, Kinderfeste, Feuerwehr-, Vielhundertjahr-, Gauturn- und sonstige Feste — es ist ein bißchen viel gewesen in den letzten Wochen für Leberecht-Hühnchen. Sein Cylinder hat bei reichlichem Gebrauch schon förmlich Haare verloren, und sein Gehrock schlägt wehmütige Falten. Da beschließt er am Sonntag Festruhe und Burgfrieden; er macht sein Leberecht-Hühnchen Gartenfest für eine Person. Zuerst der Umzug mit historischem Kostüm: Leberechts Gartenhosen sind historisch, das kann man wohl sagen. Zum historischen Kostüm gehört symbolisches Gerät — Hühnchens Handspaten ist ein rechter Disteltöter. Alle zwei Schritt bleibt er stehen, bohrt ormtief in die feuchte Erde und zieht triumphierend die dicken Wurzelstränge heraus. Schon seit Jahren ist sein Traum, einmal eine Distel ganz auszugraben. Aber was ein richtiger Traum ist, der verwirklicht sich nie. — Nach dem Umzug ist Versammlung im Festzelt, Leberecht holt seinen Hofer und setzt sich vor seine Blumenecke, wo Sonnenblumen, bunter Mohn, Nelken, Dahlien durcheinander wuchern. Da summen die Bienen lustig durcheinander und auch der feierliche Baß des Oberfestredners fehlt nicht, eine dicke Hummel hat das große Wort und hat es lange. Auf dem Zaune aber sitzt eine lose Backstelze und wippt wie ein Ehrenfräulein, dem die langen Reden gar so langweilig werden. — Nach dem Festakte das Festmahl: die Stachelbeeren sind reif und es läßt sich ein langes Menü zusammenstellen zwischen dem Halbdutzend Sträuchern. Und dann kommt der unterhaltende Teil: Leberecht läßt eine halbe Stunde seine Gedanken Karussell fahren: „wenn ich dies hätte —", „wenn ich das wäre —". Und läßt dann seine Erinnerungen tanzen, blonde, braune, schwarze Figürchen, die fassen sich zierlich an den Händen und tanzen die altmodische Quadrille: changez les dames! Aber darüber ist Leberecht hinaus und geht in die Festvorstellung, spannt seinen alten Regenschirm auf, ernennt ihn zum Festspielhaus, setzt sich ins Parkett und läßt sich etwas vorfabulieren aus einem Romanbuche, einem ganz dicken.

Und es ist so schön, daß er den Applaus vergißt. Aber dem Dichter klingen doch die Ohren drohen im Parnaß, der am Abend zwischen den Goldwolken für eine Sekunde aufleuchtet.

O, es war schön auf Leberecht-Hühnchens Gartenfest! Chr.

*

** **Die aushilfsweise Beschäftigung von Studienassessoren.** Durch Erlaß vom 5. Juni d. J. wurden die Provinzialschulkollegien angewiesen, die bisher dort aushilfsweise beschäftigten Studienassessoren zum 1. Oktober d. J. wieder höheren Lehranstalten zu überweisen. In einer Kleinen Anfrage im Preußischen Landtag wurde das Staatsministerium nach den Gründen dieses Erlasses gefragt, der in Assessorenkreisen Beunruhigung hervorgerufen habe. — In seiner Antwort weist der Kultusminister, dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, auf die Erfahrung der letzten Jahre hin, daß die aushilfsweise Beschäftigung von Studienassessoren mit der Bearbeitung der Personalien der Studienassessoren in den Provinzialschulkollegien der Herstellung einer engeren Verbindung der Oberschulräte mit den einzelnen Studienassessoren im ganzen eher abträglich als förderlich gewesen ist. Im Interesse dieser engeren Verbindung, deren Förderung dringend nötig ist, hat der Minister die Fortführung dieses vor einigen Jahren begonnenen Versuches eingestellt.

** **50 Pfennig Strafe** hat derjenige zu zahlen, der einen Lieben an den Zug begleitet und im Trennungsschmerz seine Bahnsteigkarte verliert. Es ist dies zwar eine etwas harte Strafe, zumal die Bahn keine große Arbeit hierdurch hat; jedoch muß berücksichtigt werden, daß besonders jetzt bei dem großen Ferienverkehr und dem starken Beamtenabbau man auch ohne große Schererei nach Erlegung dieses Obulus weitersteigen kann.

** **Ausgabestellen für die Versicherungskarten der Angestelltenversicherung.** Auf Grund des § 13 Abs. 1 der Beitragsordnung der Angestelltenversicherung vom 21. November 1924 (RGBl. I. S. 745) wird mit Wirkung vom 1. April 1925 ab bestimmt: In Städten und Landgemeinden mit mehr als 25 000 Einwohnern sind neben den bisherigen Ausgabestellen (vgl. Anweisung für die Ausgabestellen der Angestelltenversicherung vom 18. Juli 1912, RGBl. S. 425) die Vorstände der Krankenkassen für ihre Mitglieder zur Ausgabe der Versicherungskarten befugt.

** **Kopfrechnen schwach.** Bei der Pfändung von Gehalt oder Lohn ist der vollständig pfandfreie Betrag von 30 Mk. für die Woche mehrfach für einen Monatsgehalt umgerechnet und auf 120 Mk. bemessen worden. Eine solche Berechnung ist falsch, da der Monat in der Regel länger als vier Wochen ist. Der Justizminister mußte aber sein Bereich jetzt besonders aufmerksam machen. Eine richtige Berechnung des Monatsbetrages ist bei der verschiedenen Länge der einzelnen Monate überhaupt nicht allgemein, sondern nur nach der Zahl der Tage der einzelnen Monate möglich. Der Minister empfiehlt, in den Pfändungsbeschlüssen dem Wortlaut des Gesetzes zu folgen und nicht umzurechnen.

** **Kirchenbücher und Familienforschung.** Es kommt neuerdings sehr oft vor, daß Kirchenbücher für private Zwecke, namentlich von Familiengeschichtsforschern, eingesehen zu werden wünschen. Es bestehen Meinungsverschiedenheiten darüber, welche Gebühren für die Benutzung zu zahlen sind. Im allgemeinen wird die Gebührenordnung anzuwenden sein, die die preußischen Staatsarchive für Familiengeschichtsforschung vorschreiben, nämlich 3 Mark für einen Tag und 15 Mark für eine Woche. Dabei bleibt es den Gemeindekirchen jedoch ungenommen, volle Gebührenfreiheit eintreten zu lassen, wenn die Forschung in Verbindung mit allgemeingeschichtlichen oder statistischen Untersuchungen ausgeführt werden, oder wenn die Gebührenerhebung im Einzelfalle eine besondere Härte für den Fragestellenden bedeuten würde. Dieser Gebührenerlaß ist jedoch nach einer neuen Verfügung des Ev. Konsistoriums unzulässig, wenn das Ergebnis der Familiengeschichtsforschung vermögensrechtliche Vorteile (etwa bei Erbschaften) zum Zwecke hat. In jedem Falle dürfen Akten und Urkunden nur in den Räumen der Pfarr- und Küsterhäuser nachgesehen werden.

*** **Von der Altenburger Kirche.** Die St.-Viti-Kirche hat während der letzten Wochen ein neues Gewand erhalten. Der alte Putz war recht schadhaft geworden; Ausbesserung war dringend nötig. Bei dieser Gelegenheit kamen unter dem abgeflossenen Bewurf ehemalige Fenster zum Vorschein, die bei einem Umbau in früheren Jahren zugesetzt worden sind. Vielleicht ist das geschehen um 1500 oder später um 1690, als der baufreudige Pfarrer Böhme (1680—1720 im Amt) die Kirche vergrößern und ausschmücken ließ. Aber nicht bloß der Mauerputz hat eine Erneuerung erfahren; auch der wenig schöne Geräte- und Holzstall, der sich an den Aufgang zum Orgelchor anschloß, ist verschwunden. Dadurch ist der alte mächtige Turm noch besser freigelegt und tritt mehr als bisher wirkungsvoll hervor. Wenn in einigen Monaten die Kirche neue Glocken erhält, so wird sich das Hochwinden derselben besser bewerkstelligen lassen, nachdem der dem Turme vorgebaute Schuppen beseitigt ist. Die Mauerarbeiten hat die Firma Max Heber ausgeführt.

*** **Kinderfest des Schrebergärtnervereins Nord.** Am Sonntag nachmittag feierte der erste Merseburger Schrebergärtnerverein Nord sein diesjähriges Sommer- und Kinderfest. Wir sind so recht in der Zeit der Kinderfeste. Fast jeden Sonntag wird von irgend einem Verein ein Sommer- oder Kinderfest veranstaltet. Gerade das Kinderfest des Schrebergartenvereins Nord aber erfreut sich großer Teilnahme nicht nur der Schrebergärtner und ihrer Kinder, sondern der ganzen Merseburger Bevölkerung. Schon vor 3 Uhr herrschte in den mit bunten Papierfähnchen und Lampions geschmückten Gartenanlagen ein reges Leben. Schon von weitem hörte man die Musikkapelle. In schönen weißen Kleidchen, Blumenkränze in Haaren, die Jungen mit ihrem neuen steifen Oberhemd, tummelten sich die Kinder auf den Spielplätzen. Vor dem Vereinshause aber ruhten sich die „alten Herrschaften" bei den Klängen der Musik und Erfrischungen aus. Eine Kinderpolonaise durch den in prächtiger Rosenblüte prangenden Garten brachte geordnetere Bewegung in den Strom der vielen Spaziergänger. Am Abend bot denn der Garten mit seinen vielen Lämpchen ein schönes Bild. Das Wetter gestattete es, daß das Fest noch bis spät abends fortgesetzt werden konnte.

Rückblick auf die Provinzialsynode.

Einheit und Einheitlichkeit. — Was die Ausschüsse geleistet haben. — Um die Jugend- und Volksnot. — Der „Wille zur Kirche".

Die erste Provinzialsynode nach den neuen Wahlen ist abgeschlossen. Die Synodalen sind in ihre Heimat zurückgekehrt und werden ihrerseits in den nächsten Wochen vor ihren Wählern über die Tagung Bericht erstatten. Wir haben den Verhandlungen schon deshalb unser besonderes Augenmerk gewidmet, weil sie gleichsam Richtung gebend auch auf die anderen Provinzen kräftewirken werden. Die Provinz Sachsen ist bisher eine Art Schrittmacherin gewesen, und es bleibt nun abzuwarten, wie weit man sich anderen Orts die Erfahrungen dieser Synode zunutze machen wird. **Die Stadt Merseburg hat sich wieder als freundliche Gastgeberin bewährt.** Mehrfach ist ihr dafür uneingeschränkte Anerkennung und Dank ausgesprochen worden, ebenso allen beteiligten Organen. Wenn sich nach 2 Jahren die Synode wieder in jener freundlichen Stadt versammelt, werden sich manche freundschaftlichen Beziehungen mit den Bürgern weiterspinnen lassen, die jetzt in mancher Beziehung angeknüpft wurden.

Was den Geist dieser Provinzialsynode kennzeichnet, ist die seltene Einmütigkeit und Geschlossenheit im Verhalten der Delegierten. Es ist beachtenswert, daß die Gruppen

nur in Ausnahmefällen geschlossen abstimmten

und daß sich bei fast jeder Abstimmung ein recht mannigfaltiges Bild ergab. Konfessionelle Außenseiter sind überhaupt nicht in Erscheinung getreten. Wenn der Herr Präses im Anfang der Verhandlungen die Mitarbeit aller Teile der Synode erbeten hatte, so konnte er schon auf dem Unterhaltungsabend dafür danken, daß ihm diese Unterstützung in reichstem Maße von allen Seiten zuteil geworden wäre. Er hat das Wort geprägt von der „Einheit und Einheitlichkeit" dieser Synode, die durch keinen Mißklang gestört oder auch nur beunruhigt wurde.

Die Provinzialsynode blickt zurück auf anerkennenswerte Leistungen formaler Geschäftsführung. Nicht weniger als 155 Anträge wurden erledigt. Die Ausschüsse haben den Hauptteil dieser Arbeit getragen. Sie zeigten eine ungewöhnliche

Arbeitsfreudigkeit

und erledigten sich ihrer Pflichten rasch und sicher. Als der Präses am Schluß Vorschläge machte für Zeitersparnis bei der nächsten Tagung, so bezog sich das nicht auf die Arbeit der Ausschüsse, sondern auf die Art der Berichterstattung auf Grund der Ausschußanträge. Besondere Beachtung verdient das Interesse, das das Plenum den Verhandlungen entgegenbrachte. Der **Sitzungssaal wies selten größere Lücken auf und war immer sehr gut besetzt.** Auch die Pünktlichkeit des Sitzungsbeginns ist erwähnenswert. Durch die Zusammensetzung der Ausschüsse — das soll ausdrücklich festgestellt werden! — war von vornherein die Gewähr gegeben, daß man nicht aneinander vorbeireden oder sich in fruchtlosen Auseinandersetzungen befehden würde. Der Theoretiker stand da neben dem Praktiker; die Berufe hielten sich nach ihrer sozialen Bedeutung im allgemeinen die Wage; sehr stark war das Pädagogenelement vertreten. **Gern hätte man einige Arbeiter darin gesehen,** umsomehr, da ein großer Teil der Anträge der sozialen Frage galten. Das auszugleichen, wird der Zukunft vorbehalten sein.

Ihr besonderes Gepräge empfing die Provinzialsynode durch klares und

bewußtes Eingehen auf Jugend- und Volksnot.

Einen Hauptteil der Sonnabendverhandlung bildete eine gründliche Aussprache über die Frage der evangelischen Schule, in der Hauptsache geführt von Pädagogen und praktischen Schulmännern. Die Mehrzahl der Redner entschied sich für die Beibehaltung der bisherigen Bekenntnisschule. Die einzelnen Gruppen der Synode nahmen seine geschlossene Stellung ein, und der Vertreter des Evangelischen Elternbundes für die Provinz Sachsen erklärte: „Im Namen der organisierten evangelischen Elternschaft der Provinz Sachsen, die 150 000 Mitglieder in mehr als 500 Ortsgruppen zählt, erkläre ich, daß wir für unsere evangelischen Kinder die evangelische Schule fordern. Von einer Gemeinschaftsschule kann bejahrenen keine Rede sein, weil die Katholiken in jedem Falle an ihrer katholisch-konfessionellen Schule festhalten werden. Wir wünschen unbedingte Berücksichtigung des Elternwillens". Von Rektor Hortmann wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Gemeinschaftsschule, die er und der Preußische Lehrerverein wolle, nichts mit der Gemeinschaftsschule der Reichsverfassung zu tun habe: der Unterricht müsse durchweg im Sinne des Christentums, jedoch für die beiden Konfessionen mit besonderer Religionsunterweisung erteilt werden. Es wurde also eine

Einheitsfront hergestellt

zwischen der sog. Bekenntnisschule und der Gemeinschaftsschule, die unbedingt christlichen Charakter haben soll, gegenüber der religiös neutralen Gemeinschaftsschule der Reichsverfassung. Auch die Ausführungen über die Not der Konfirmanden angesichts ihres Tragelöbnisses sind bemerkenswert. Die Provinzialsynode hat die bestehenden Bedenken durchaus anerkannt und den dahin zielenden Antrag als Material für eine weitere Durchprüfung und Veranlassung der Konfirmationspraxis an die Generalsynode weitergereicht. Des theologischen Nachwuchses wurde des öfteren Erwähnung getan. Die Einrichtung von 10 Stipendien soll den Theologie Studierenden der Universität Halle zugute kommen. — Was die soziale Frage betrifft, so erklärte der Vertreter des Konsistoriums, daß das Verständnis hierfür innerhalb der Pfarrerschaft im Wachsen begriffen sei. Wenn wieder Gemeinsinn und Brudergeist geweckt werden soll, dann kann die Kirche nicht entbehrt werden. Die Größe der Volksnot wurde klar erkannt; sie drückt sich besonders in der Heiligung des Sonntags aus, aber auch im Alkoholismus und in der Schund- und Schmutzliteratur, sowie in der großen Wohnungsnot, die die Sittlichkeit untergräbt. Reiche Mittel wurden zur Behebung all dieser Nöte bewilligt.

Besonders klar trat der „Wille zur Kirche" hervor. Es gebe

keine Kirche ohne Pflege der Gemeinschaft.

Die Kirche fühle sich durchaus nicht als unfehlbar, sondern beobachte die Dinge mit Nüchternheit. Das kirchliche Leben sprießt da mächtig auf, wo vorher die rote Flut wogte. Die Leienwelt stellt sich mehr als bisher in den Dienst der Kirche. Die großen evangelischen Verbände sind bereit, das Ansehen der Kirche zu heben und ihren Ruf in alle Teile des Volkes zu tragen.

Es wird nun darauf ankommen, zu verwirklichen, was bort beschlossen worden ist. Synoden und Tagungen sind wertlos, wenn hinter sie nicht der Wille tritt, die Entscheidungen zur Lebensnorm zu machen und sich in das zu fügen, was die selbstgewählten Führer in gemeinsamen Beratungen als das Richtige erkannt haben. Nach 2 Jahren wird die Synode wieder zusammentreten und ihr Augenmerk besonders den großen religiösen Fragen schenken, damit auch die Gemeindeglieder zu ihrem Recht kommen, die von einer Synode mehr als nur Regelung von äußerlichen Beziehungen erwarten.

*** **Strandfest.** Am Sonntag nachmittag fand in Sternbergs Badeanstalt ein Strandfest statt. Am Nachmittag wurden verschiedene Vorführungen auf der Naturbühne sowie Belustigungen im Wasser und am Strande aufgeführt. Besonders wirkungsvoll waren die bei eintretender Dunkelheit aufgeführten Naturbilder. Leider war der Besuch unter den Jungfräulichen bedeutend stärker als unter denen, die in den geschmückten Anlagen der Badeanstalt Platz genommen hatten.

*** **2. Reischte-Orchester-Konzert.** Am Mittwoch den 15. d. Mts. soll im Casino das 2. Abonnements-Gartenkonzert des Reischte-Orchesters stattfinden. Musikmeister Reischte hat auch zu diesem Abend, der hoffentlich von gutem Wetter begünstigt ist, ein erstklassiges Programm aufgestellt. Wünschenswert wäre es vor allen Dingen, wenn die Veranstaltungen dieses wirklich hervorragenden Orchesters besser besucht würden. Wir können froh sein, in unseren Mauern eine solche Kapelle zu besitzen, deren Dirigent tatsächlich bemüht ist, seinen Gästen etwas Gutes zu bieten. Hoffentlich bedarf es keines weiteren Hinweises, um am Mittwoch den schön gelegenen Garten des Casinos bis auf den letzten Platz zu füllen.

*** **Zoologischer Garten Halle.** Im Zoo kann man seit einigen Tagen ein Seehunde-Baby sehen. Es stammt vom Amrumer Strand, wo es Herr Kreds-Halle für den Zoo fing. Der muntere, etwa 14 Tage alte Bursche entwickelt guten Appetit und hat es bis jetzt auf 17 Pfund gebracht. Am Alpinumweg führen neuerdings 2 Gürteltiere ein beschauliches Dasein. Kormorane, Reiher, Sporenkiebitze usw. erhöhen das belebende Bild der Sumpfvogelvolière. Als besondere Sehenswürdigkeit ist auch der merkwürdige Kranichgeier oder Sekretär, eine Art stelzbeiniger Raubvogel, dessen Nahrung Schlangen bilden, aus der afrikanischen Steppe wieder in dem Zoo. — Im Garten finden nach wie vor die Konzerte vom gesamten Wittekind-Orchester (Halleisches Sinfonie-Orchester) statt sowie auch bis zum 21. d. M. täglich vormittag und nachmittags Vorstellungen von John Hagenbeck's Singhalesen-Schau. Insbesondere sei auf den am Donnerstag, den 16. Juli geplanten „Abend auf Ceylon" hingewiesen, der Fackel- und Feuertänze der Singhalesen bei bengalischer Beleuchtung des Gartens bringen wird.

*** **36er-Tag zu Halle a. S.** In den Tagen vom 21. bis 24. August 1925 findet in Halle a. S. aus Anlaß der 110. Wiederkehr des Gründungstages des ehem. Königl. Preuß. Füsilier-Regiments „Generalfeldmarschall von Blumenthal" (Magdeburg) Nr. 36 ein Wiedersehensfest aller ehemaligen 36er statt. Die Vorbereitungen hierzu sind bereits in vollem Gange und wird dem Feste ein ganz besonderes Gepräge dadurch verliehen, daß auch die Traditionskompagnie ihr Erscheinen zugesagt hat. Alle ehemaligen 36er (aktiv, Reserve und Landwehr) werden kameradschaftlichst eingeladen, an dieser Feier teilzunehmen. Für Nichtangehörige eines 36er-Vereins im Merseburger Bezirk übernimmt der „Verein ehem. 36er zu Merseburg gern Anmeldungen, die bis spätestens 25. Juli 1925 im Vereinslokal, Restaurant „Kopfhäuser", Steinstraße, zu bewirken sind.

*

Selbstmord.

Heute vormittag fand man in den Anlagen am Exerzierplatz den auf dem Ammoniakwerk beschäftigten Arbeiter F., der auf dem Exerzierplatz wohnte, erhängt vor. Überall ist man über das Schicksal dieses Mannes erstaunt, da wirtschaftliche Gründe unmöglich ausschlaggebend für diese Tat gewesen sind. F. ist verheiratet und Vater von vier Kindern. Seine Frau betrieb einen Käsehandel, bis sie vor etwa drei Wochen von einem Auto überfahren wurde und einen schweren Schenkelbruch davontrug. Die Heilung der Überfahrenen gestaltete sich sehr langwierig. Allem Anschein nach hat er sich dies zu sehr zu Herzen genommen. Jedenfalls um zu vergessen, ging er öfter als sonst abends ins Gasthaus. So auch gestern abend. Als er spät nach Hause kehrte, kam es wie üblich zu Auseinandersetzungen mit seiner Frau. F. verließ die Wohnung und erhängte sich in etwa 50 Meter Entfernung von seiner Wohnung in den Anlagen.

*

Versammlung der Kreisabteilung Merseburg.

Heute vormittag 11 Uhr ist die Kreisabteilung Merseburg zu einer gut besuchten Versammlung in Müllers Hotel zusammengetreten. Nach Genehmigung der Niederschrift erfolgte die Wahl des endgültigen Vorstandes.

Die sehr reichhaltige Tagesordnung bringt den Bericht des bisherigen vorläufigen Vorsitzenden Corneth über die Kreisvertretertagung in Erfurt. Unter Punkt „Berufstätigkeit" hielt der Wanderredner des Hauptverbandes, Herr Steinberg, einen Vortrag über „Stand der gegenwärtigen Reformen, insbesondere der Steuerreform". Es werden ferner Vorträge über das Fürsorgewesen des Kreiswohlfahrtsamtes, über Landesuerwehrfragen sowie über Pflanzenzucht und Schädlingsbekämpfung gehalten. Wir bringen über die Versammlung einen ausführliche Bericht.

Säuglingsfürsorge

des Vaterländischen Frauenvereins Merseburg-Stadt im Jahre 1924.

Wie im vergangenen Jahre, so hat auch im Jahre 1924 unsere Fürsorge mit gutem Erfolge gearbeitet. Wieder hatte auch Herr Kreisärztin Dr. Kühnlein in selbstloser, aufopfernder Weise die Leitung derselben unentgeltlich übernommen, wofür ihm unser Verein zu außerordentlichem Danke stets verpflichtet sein wird. Es wurden im Jahre 1924 518 Kinder lebend geboren. Von diesen 518 Kindern standen 449 in unserer Fürsorge. Dazu wurden noch 47 Kinder betreut, die über 1 Jahr alt waren. Diesen Zahlen zufolge sehen wir, daß die Fürsorgestelle für immer größeren Zuzug der jungen Mütter erfreut, woran es doch im Vorjahre nur 76,9 % die unsere Beratungsstunden besuchten.

Von diesen 449 Säuglingen waren 415 ehelich und 34 unehelich. Am Jahresschlusse konnten wir eine Sterblichkeit von nur 3¼ % feststellen, indem 14 eheliche und 1 uneheliches Kind gestorben waren. Das ist ja eben der Segen der Fürsorge, daß rechtzeitig die Erkrankungen erkannt und die kleinen Patienten sofort einem Arzt in Behandlung gegeben werden. Auch durch die fortwährende Überwachung der Ernährungsweise und sachgemäße Ratschläge des Fürsorgearztes und der Schwester bezüglich derselben wird viel Schaden verhütet.

Von diesen 449 Kindern bekamen 360 Mutternahrung, und zwar 332 eheliche und 18 uneheliche. Zwiemilch erhielten 38 eheliche und 15 uneheliche. Ausschließlich mit künstlicher Nahrung mußten 28 eheliche und 8 uneheliche Kinder ernährt werden. Es wurden 107 eheliche und 5 uneheliche Kinder bis zur Vollendung des 3. Lebensmonats und 95 eheliche und 1 uneheliches Kind bis zur Vollendung des 6. Lebensmonats gestillt. Buttermehlnahrung bekamen 74 Kinder, im dritten Monat Beikost 54, im vierten Monat 80, im fünften Monat 37, im sechsten Monat 33. In den Beratungsstunden wurden abwechselnd 496 Kinder untersucht. Eine große Zahl von Erkrankungen mußte festgestellt werden. 96 Kinder hatten Durchfälle, 90 Nabelbrüche, 100 Rachitis, 88 Ausschlag, 26 Bronchitis, 15 Erbrechen, 1 Lungenentzündung, 6 Verkrüppelung, 3 Tuberkulose, 1 Gehirnhautentzündung, 1 Gehirnkrämpfe. Zwei Kinder waren infolge Unterernährung nicht lebensfähig. — An 108 bedürftige Mütter wurde die vom Städtischen Wohlfahrtsamt uns freundlichst zugewiesene Quäkerspende verteilt. Die Zahl der Beratungen betrug 2871, die Zahl der Hausbesuche 2735.

Vom 11. bis 14. 1924 hielt Herr Medizinalrat Dr. Kühnlein Montags, abends 8 Uhr, im oberen Saale unseres Vereinshauses, Seffnerstraße 1, einen Lehrgang für Säuglingspflege ab, der durchschnittlich von 90 Müttern mit großem Interesse und herzlicher Dankbarkeit besucht war. Herr Medizinalrat Dr. Kühnlein beabsichtigt freundlicherweise, auch in diesem Jahre einen Lehrgang für Säuglingspflege abzuhalten, nach dem unter den jungen Müttern schon wieder große Nachfrage ist.

Dadurch, daß der Gesamtheit für die Fürsorgerin zu einem Teil seitens der Stadt und zu zwei Teilen seitens der hiesigen Ortskrankenkasse und der Krankenkasse der Leunawerke aufgebracht wird, ist eine große finanzielle Sorge dem Vaterländischen Frauenverein abgenommen worden. Bleiben uns doch außerdem noch reichliche Unkosten, so daß wir der Stadt und den Krankenkassen für die finanzielle Beihilfe sehr dankbar sind.

Mit Recht ist wohl zu sagen, daß die Säuglingsfürsorge eine unserer segensreichsten Einrichtungen ist.

*

Reichsjugendtag der demokratischen Jugend in Altenburg.

Die Jungdemokraten rüsten bereits eifrig für ihren diesjährigen allgemeinen Reichsjugendtag, der am 1. und 2. August in Altenburg (Thür.) stattfindet. Der Jugendtag steht unter dem Leitwort: „Für den großdeutschen Volks- und Nationalstaat". Er wird nicht nur jugendlichen und festlichen Charakter haben, sondern er wird auch den ernsten politischen Gestaltungswillen der demokratischen Jugendbewegung nach längerer Zeit erfolgreicher Arbeit im kleinen wieder in der Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen. Folgende Veranstaltungen sind vorgesehen: Sonnabend, den 1. August, nachmittags 3 Uhr: Ordentlicher Bundestag; abends 8½ Uhr: Sammeln im Altenburger Schloßhof zum Umzug durch die Stadt und zur Fackelundgebung am Holzhof; 10 Uhr abends: Großdeutsches Bekenntnis am Holzhof und Weihe der Bundesfahne. Sonntag, den 2. August, 10½ Uhr vormittags findet im großen Saal des „Preußischen Hof" in Altenburg die öffentliche politische Tagung im Rahmen des Jugendtages statt. Fünf Jungdemokraten werden kurze, programmatische Ansprachen halten. Nach dem einleitenden staatspolitischen Referat von Lemmer (Berlin) werden sprechen: Dr. Julie Meyer (Nürnberg) zur Kulturpolitik, Koch (Saarbrücken) zur Wirtschaft, Dr. Frank (Heidelberg) zur Außenpolitik, während Winnerss (Berlin) das zusammenfassende Schlußreferat hält.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250713-11/fragment/page=0003

Was sind beschlagnahmefreie Wohnräume?

Beschlagnahmefrei sind Wohnräume nur dann, wenn sie nach dem 1. Juli 1925 bezugsfertig geworden sind und ohne öffentliche Zuschüsse erstellt wurden, sei es durch Neubau oder durch Umbau von solchen Räumen, die bisher für Wohnzwecke nicht verwendbar waren. Dagegen sind alle übrigen Wohnräume nicht beschlagnahmefrei. Insbesondere sind Zimmer, welche in Untermiete abgegeben werden, nicht beschlagnahmefrei; vielmehr ist es dem Vermieter nur „freigegeben", für diese Räume sich selbst einen solchen Untermieter zu suchen, der beim Wohnungsamt vorgemerkt ist. Nur unter der Bedingung, daß ein Vorgemerkter als Untermieter aufgenommen wird, ist die Vermietung von Räumen der Wohnung in Untermiete „freigegeben", nicht aber sind solche Zimmer „beschlagnahmefrei". Solche Zimmer dürfen also auch nicht zu geschäftlichen Zwecken verwendet werden und das Wohnungsamt kann solche Zimmer beschlagnahmen, falls sie unbenutzt sind oder von einem Untermieter belegt sind, welcher beim Wohnungsamt nicht vorgemerkt ist. Eine Ausnahme von der Bedingung der Vormerkung macht das Wohnungsamt, wenn es sich um die Abgabe eines einzigen Zimmers zu Wohnzwecken handelt; in diesem Falle braucht der Untermieter nicht vorgemerkt zu werden.

Baut sich der Inhaber einer Altwohnung eine neue Wohnung, ohne öffentliche Zuschüsse und bezieht diese neue Wohnung, so wird seine bisherige Wohnung nicht etwa beschlagnahmefrei, sondern fällt dem Wohnungsamt zur Neuvergebung zu. Zur Förderung der Neubautätigeit hat sich allerdings bei vielen Wohnungsämtern die Praxis eingeführt, daß der Neubauende für seine bisherige Wohnung eine Familie, die ihm einen Zuschuß zum Neubau leistet, vorschlagen darf, unter der Voraussetzung, daß diese Familie beim Wohnungsamt vorgemerkt ist. Im übrigen soll bei dieser Gelegenheit auch auf einen weitverbreiteten Irrtum hinsichtlich der Rechte des Untermieters hingewiesen werden. Bekanntlich darf ein beim Wohnungsamt Vorgemerkter sich in Untermiete bei einem beliebigen Wohnungsinhaber eine Unterkunft verschaffen, ohne hierzu die Genehmigung des Wohnungsamtes einholen zu müssen. Keineswegs hat aber der Untermieter Aussichten, Hauptmieter zu werden, wenn der Hauptmieter etwa ausscheiden sollte. Sogar die etwaige Belassung des Untermieters in ein bis zwei Zimmern nach dem Ausscheiden des Hauptmieters, ist von der Entscheidung des Wohnungsamtes abhängig. Beim Erlöschen des Hauptmieterverhältnisses erlischt auch das Untermieterverhältnis. Es ist deshalb völlig zwecklos, wenn ein Wohnungsuchender in Kenntnis des bevorstehenden Ausscheidens eines Wohnungsinhabers schnell in Untermiete einzieht und erwartet, vom Wohnungsamt dort belassen zu werden. Vielmehr wird das Wohnungsamt in solchen Fällen ausnahmslos auf der Räumung bestehen, um die Wohnung zu erlassen und einer vorgemerkten Familie zuzuweisen.

Man sieht, wie wichtig die Kenntnis dieser Bestimmungen ist und es ist ratsam, in Zweifelsfällen sich vorher bei dem Wohnungsamt zu erkundigen, um etwaige spätere Enttäuschungen zu vermeiden.

*

Die Neuordnung der Volksschullehrerbildung in Preußen.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

Nachdem durch Staatsministerialbeschluß vom 7. Oktober 1924 die Neiperüfung an einer höheren Lehranstalt als Abschluß der allgemeinen wissenschaftlichen Ausbildung der künftigen Volksschullehrer festgelegt worden ist, ist nunmehr auch über die Gestaltung der Fachausbildung der Lehrer und Lehrinnen eine grundsätzliche Entscheidung getroffen worden.

In Anlehnung an einen Staatsministerialbeschluß vom 10. Februar 1922 über die Zweiköpfigkeit und organische Selbständigkeit dieser Fachausbildung und in Übereinstimmung mit der Erklärung der Unterrichtsverwaltung im Hauptausschuß des Landtages am 9. September 1924 hat das Preußische Staatsministerium nunmehr am 30. Juni d. J. beschlossen, daß die pädagogische Fachausbildung der künftigen Volksschullehrer und -lehrerinnen in einem zweijährigen Lehrgang an pädagogischen Akademien erfolgen soll, gemäß den in einer Denkschrift des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung niedergelegten Grundsätzen, deren Veröffentlichung bevorsteht. Mit Rücksicht auf die noch vorhandene große Zahl von unbeschäftigten Schulamtsbewerbern sollen zunächst nur drei pädagogische Akademien Ostern 1926 eingerichtet werden. Ihnen soll die Aufgabe zufallen, die ersten Versuche mit der neuen Lehrerbildung praktisch durchzuführen. Von den drei ersten Akademien sollen die in der Mitte und der im Osten des Staates gelegene der Ausbildung evangelischer Lehrer, die im Westen zu eröffnende der Ausbildung katholischer Lehrer dienen.

*

Wetterwarte.

B. W. am 14. 7. (Dienstag): Wolkig, zeitweise heiter, nachts etwas kühl, am Tage ziemlich warm, bisweilen Regen, stellenweise Gewitter. — 15. 7. (Mittwoch): Abwechselnd heiter und wolkig, Temperatur wenig verändert, strichweise Regen und Gewitter.

---

§ **Spergau**, 13. Juli. Heller Kinderjubel durchschallte unser Dorf am Sonnabend und Sonntag, denn das Kinderfest wurde am Dorfteich gefeiert. Ein Fackelzug unter Vorantritt der Musikkapelle leitete am Sonnabend abend die Feier ein, der am Sonntag ein Festzug folgte. Mit Blumen bekränzt, durch Rosenbogen gezieht, begleitet von alt und jung, unter Führung des Lehrers, bewegte sich der Festzug, in dem die Knaben als Turner und Armbrustschützen dekoriert und eine Gruppe Mädchen die alte Dorftracht trugen, zum Festplatze, wo Spiele, Gesang, Konzert, Wurstschnappen, Wettlaufen und Reigen einander abwechselten, bis abends die Kleinen, berauscht von dem fröhlichen Treiben, in Morpheus Armen das Erlebte nochmals durchträumten.

72. Kinderfest in Markranstädt.

§ **Markranstädt**, 12. Juli. Alljährlich Anfang Juli ladet unsere Stadt zu dem im weiteren Umkreise berühmt gewordenen Kinderfeste ein. Wie man derartige Feste vorbildlich feiert — das heißt für und mit den Kindern! — der möge einmal Markranstädt in diesen Festtagen aufsuchen; er wird sicher hochbefriedigt von dannen ziehen. Der Besuch des Festes am Sonntag war wieder außerordentlich stark. Tausende von Menschen säumten die Straßen ein und ließen den in jeder Beziehung nach einem einheitlichen Gedanken zusammengestellten Festzug mit seinen herrlichen sechs Festwagen und entsprechend kostümierten Kindergruppen an sich vorüberziehen. Herrliche mit Fanfaren eröffneten den Zug. Es folgte der Festwagen „Unser diesjähriges Kinderfest". Dieser gab dem Beschauer die Idee kund, auf der sich der ganze Festzug aufbaute. Die weiteren Festwagen „Unsere Lieblinge" zeigten den kleinsten Schüler beim munteren Spiel, der Wagen „Stütze der Eltern" die größeren Mädchen als fleißige Gehilfinnen der Mütter und schließlich der Wagen „Bauer und Bäcker" die Knaben als zukünftige Handwerker. Besonders anmutig war der Festwagen „Ein Blumengruß" geschmückt, ebenso der Wagen „Wintersport". Hier herrschte auf der Rodelbahn fröhliches Treiben; mit Schlittschuhen, Skiern, Rodel und Käsehitschen wurde dem Sport gehuldigt. Nach jedem Festwagen folgten die entsprechenden Kindergruppen, die dem ganzen Festzuge ein wirkungsvolles Gepräge gaben. So machten sich allerliebst die Gruppen „Kinderhochzeit", die Mädchenrinnen, Gärtner und Gärtnerinnen und schließlich die Schlußgruppe „Radsport". Musikchöre, Trommler- und Pfeiferetrupps sorgten für die nötige Ausgestaltung des Zuges. Alles in allem: Markranstädt kann sehr berechtigt stolz auf sein volkstümlich gewordenes Kinderfest sein. — Der Festzug wird am Montag nachmittag wiederholt, ebenso die mit großem Fleiß eingeübten und durchgeführten turnerischen Massendarbietungen. Die Stadt hatte wie alljährlich reichen Girlanden- und Flaggenschmuck angelegt. K.

§ **Neumark**, 13. Juli. Gestern fand unter überaus großer Beteiligung der katholischen Gemeinde wie auch zahlreicher Gäste die feierliche Grundsteinlegung zur neuen St. Heinrichskirche statt. Sowohl die kirchliche Feier auf der Baustelle wie auch die Festveranstaltung im Saale des Gesellschaftshauses Geißelröhlig nahmen einen erhebenden Verlauf. Wir werden noch einen ausführlichen Bericht bringen.

Turnen - Sport - Spiel

D. S.-B.-Handballmeisterschaft.

Brandenburg-Berlin Damen Deutscher Handballmeister 1925/26. SV. 98 Darmstadt (Südmeister) tritt gegen Hamburg nicht an.

Sicherer als das Resultat besagt, wurden die Berliner Damen wieder Deutscher Meister und haben somit ihren Titel erfolgreich verteidigt. Unser mitteldeutscher Damenmeister Fortuna-Leipzig hat sich ehrenvoll geschlagen. Den sympatischen Leipziger Damen gebührt nochmals Anerkennung, daß sie es überhaupt bis zum Schlußspiel brachten. Dem feinen technischen Können und ihrer körperlichen Überlegenheit verdanken die Berlinerinnen ihren Sieg. Dagegen war das Spiel unseres mitteldeutschen Meisters gröber. Das Spiel hatte oft schöne Momente und war reich an Torgelegenheiten. Bei Halbzeit stand das Spiel noch 0:0. In der 11. Minute nach Wiederbeginn erzielte dann Frl. Kelm das siegreiche Tor. 1:0 für **Berlin**. Alle weiteren Angriffe der Berlinerinnen wußten die aufopfernd spielende Mittelläuferin und Verteidigerinnen Leipzigs zunichte zu machen. Berlin, welche allgemein gefallen konnten, wurden am Schluß als neuer Meister lebhaft gefeiert.

Dann sollte das Zwischenrundenspiel zeigen, doch der S. V. 98 Darmstadt trat gegen den V. S. B. nicht an. Drum kehrten auch viele, welche zuschauen wollten, wieder um. Wenn aber trotzdem mehr als 3000 Zuschauer noch ausharrten, dann ist es ein Beweis dafür, wie gern man in Halle Handball sieht. Für das ausgefallene Zwischenrundenspiel sahen wir einen Kampf

PSV. Hamburg—Städtemannschaft Halle.

Wir wollen gleich vorweg nehmen, daß alle diejenigen, welche wegen Nichtantreten der Darmstadter umgekehrt sind, um einen hohen Genuß eines prächtigen Kampfes gekommen sind. Unter Leitung von Grahmann 99 stellen sich der bereits veröffentlichten Hamburger Mannschaft folgende Hallische Elf: Kagemann (96); Knaut (Wa.), Kretzschmar (96); Henkel (96), Willigmann (96), Sommerfeld (98); Fink (Wa.), Küler (Wa.), Kühlmann (96), Prost (98), Schulze (BSG.). Die Polizeimannschaft weilte in Magdeburg. Wir sahen also eine Hallische Vertretung aus vier Vereinen. Kein Spieler der Polizei-Meistermannschaft war dabei. Um so erfreulicher also ist das

4:4-Resultat.

Man hatte anfangs recht beklommene Gefühle, als man wieder die prächtigen, großen Gestalten der Hamburger Polizei sah. Von Anfang an legt Hamburg sich scharf ins Zeug, es wurde beängstigend für Halle. Dazu nahm ein großer Teil des Publikums eine geradezu beschämende Einstellung ihren Vertretern gegenüber ein. Immer wenn einer ihrer Repräsentativen gegen einen viel stärkeren Hamburger im Nachteil war, wurde das Nachsehen der eigenen Leute belacht. Doch nachdem Kagemann in Halles Tor mehrmals glänzende Paraden gezeigt hatte, kam Selbstvertrauen in die Mannschaft. Die Hamburger, die das Spiel von vornherein bestimmt zu leicht genommen, mußten bald merken, daß sie einer Elf gegenüberstanden, die nicht ohne weiteres eine von den meisten schon getippte Niederlage hinnehmen wollten. Bald wurden auch die schnellen, gefährlichen Angriffe Hamburgs vereinzelter, das Spiel wurde offener. Halles Stürmer waren ebenso scharf am Ball, wurden nur meist von dem überragenden Hamburger Mittelläufer aufgehalten. Letzten Spiel löst das 4:4 aus und es war für Halles Vertretung auch zweifellos ein verdienter Erfolg, dazu gegen eine gut eingespielte Elf, wie sie die Hamburger Polizei darstellt. Bei Halle verdient jeder ein Lob, jedoch die Helden vom Tage waren die Wackeraner Fink und Oberlorenzen Kagemann. Hamburg konnte uns auf allen Posten gefallen. Nur hatten sie sich den Spielverlauf bestimmt anders gedacht, das merkte man den ganz Spielstarken sichtlich entäuschten elf Kämpen an.

Das dann noch angesagte Damenspiel Borussia—Kickers-Leipzig kam nicht zum Austrag.

Beschluß des Hauptvielausschusses für Handball der Deutschen Sportbehörde vom 12. Juli 1925.

1. Darmstadt verliert kampflos das Spiel und scheidet aus der Zwischenrunde aus.
2. Darmstadt erhält eine Strafe von ℳ 100,00.
3. Darmstadt trägt die tatsächlich entstandenen Unkosten.
4. Der Hauptausschuß beauftragt beim Vorstand der Deutschen Sportbehörde, gegen den Spielwart des Süddeutschen L.-A.-Verbandes H. Rösch-Stuttgart ein Verfahren einzuleiten wegen gröblicher Verletzung der D. S.-B. Hauptspielausschuß für Handball der D. S.-B. gez. Köppe, Seiler, Fühler.

Das Schlußspiel um die **Deutsche Handballmeisterschaft** zwischen dem **V. S. B. Hamburg und V. S. B. Berlin** findet am 26. 7. 25 auf dem Hier-Platz in Halle statt.

*

9. Mulde-Ruder-Regatta in Grimma.

Bei schönstem Wetter und reger Beteiligung der befreundeten Rudervereine fand am Sonntag die 9. Mulde-Ruder-Regatta statt. Die Rennen brachten spannende Endkämpfe bis ins Ziel. Die Organisation war gut; vor allem gefiel die genaue Bezeichnung der Bahn für die einzelnen Boote und die Pünktlichkeit am Start. Die Merseburger Ruder-Gesellschaft hatte zwei Rennen belegt, den Anfänger-Vierer und Jungmann-Vierer; leider beim Entscheidungskampf ohne Erfolg. Im Vorrennen hatte die Mannschaft des Jungmann-Vierer sehr gut abgeschnitten, so daß man erwartete, daß das Merseburger Boot den ersten Platz belegen würde. Der Rudererverein „Neptun"-Leipzig hatte aber sofort vom Start aus die Führung an sich gerissen, so daß die Leipziger schon bei 500 Meter fast 1½ Bootslänge Vorsprung hatten. Merseburg holte dann stark auf, konnte aber nicht verhindern, daß Leipzig mit ½ Bootslänge eher durchs Ziel ging. Gerade dieses Rennen war mit einem spannenden Kampf vom Start bis zum Ziel verbunden. — Im übrigen verunglückten Ruderklub Grimma, der eine gute Mannschaft hatte, Rudererein „Neptun"-Leipzig, Ruderklub „Saxonia"-Döbln und Ruderklub Nerchau je 2 Siege an ihre Fahnen zu heften, während der Erste Breslauer Rudererein das letzte Rennen überlegen für sich entscheiden konnte.

Die Merseburger Rudergesellschaft hat mit dieser Regatta ihre Trainingsleute aus dem Training entlassen. Im großen und ganzen können die Merseburger mit dem Abschneiden im Frühjahrstraining zufrieden sein. Im Herbst geht es wieder hinaus zu neuen Kämpfen. Vorläufig werden sich die Trainingsleute einem gewiß gemütlicheren Rudern auf den Wanderfahrten widmen.

*

Deutsche Turnerschaft.

Turn- und Sportverein Neu-Rössen zum zweiten Male überlegener Kreismeister in der 3×1000-Meter-Staffel.

Bei den gestrigen Kreismeisterschaften des Thüringer Turnkreises XIII in Nordhausen a. H. konnte der Turn- und Sport-Verein Neu-Rössen wiederum erfolgreich abschneiden. Die Rennmannschaft Erich Böttel, Armin Fröhlich und Friedrich Böttel gewann zum zweiten Male den Thüringer Kreismeister-Titel 3×1000-Meter-Staffel in der Zeit von 8,45 Min. mit 150 Meter Vorsprung vor MTV. Altenburg. Im 5000-Meterlauf belegte Friedrich Böttel den vierten Platz in der guten Zeit von 16,14 Min. D. war durch die vorhergehende Staffel geschwächt. Die zwei ersten Sieger in diesem Lauf unterboten die Turnerbhöchstleistung und stellten einen neuen Rekord der D. T. mit 16,00,4 bezw. 16,01,5 (alter Rekord 16,03) Minuten. Im 1500-Meterlauf belegte Fr. Böttel wieder den 4. Platz in 4,30 und E. Böttel den 6. in 4,33 Minuten.

Kreis Querfurt

450jähr. Jubiläum der Schützengilde Mücheln.

: **Mücheln**, 13. Juli. Wer am Sonnabend nach Mücheln kam, sah und fühlte, daß die Stadt am Vorabend eines großen Festes stand. Es galt, die letzten Vorbereitungen für das Jubiläum der Schützengilde zu treffen. Mücheln prangte im schönsten Festgewand. Die Häuser waren mit Kränzen und Girlanden geschmückt, von den Dachgiebeln grüßten die Fahnen und prächtige Ehrenpforten gaben den Straßen ein besonders festliches Aussehen. Die Abendsonne strahlte freundlich über der Stadt und vom hohen Kirchturm herab stimmten die Glocken in reiner Harmonie ihr Feierabendgeläut an.

Feststimmung erfüllte die Schützenbrüder, die sich im Schützenhaus zu Zapfenstreich und Umzug gesammelt hatten. Mit flotter Musik zogen sie durch die Straßen und beschlossen den Abend mit einem Festkommers. Schützenmeister Arnold, der Vorsitzende der Gilde, eröffnete den Kommers mit einer Ansprache, die nach alter Schützensitte in einem Hoch auf das deutsche Vaterland und sein Oberhaupt ausklang. Bürgermeister Heine und Stadtverordnetenvorsteher Harang sprachen danach der Schützengilde ihre eigenen Glückwünsche und die der städtischen Körperschaften aus. Die Bergkapelle Leonhardt verschönte den Abend durch schneidige Märsche und auf vorgetragene Konzertstücke.

Am Sonntag morgen marschierte die Gilde geschlossen in die Kirche. Der Prediger, Superintendent Heinemann, fand die rechten Worte für die Bedeutung des Festes und die Herzen der Festgemeinde und stimmte sie zu Lob und Dank, daß man solch erhwürdiges Fest feiern dürfe.

Das eigentliche Fest begann mit einem großen

historischen Umzug.

Unter schmetternden Fanfaren setzte sich dieser in Bewegung. Vor unseren Augen entwickelte sich ein buntes und farbenprächtiges Bild. Das Mittelalter in seinen malerischen Trachten zog an uns vorbei. Ein Herold eröffnete hoch zu Roß im buntgeflickten Wams den Zug. Ihm folgten der Fanfarenbläser mit großen breitkrempigen Landsknechtshüten und in eng anliegenden Lederkollern. Hinter diesen marschierten die Bergkapelle Leonhardt in ihrer kleidsamen Uniform. Nun folgte in bunter Reihenfolge der Hauptteil des Zuges. Mitte die Fleischer in ihrer Arbeitstracht, einen fetten Ochsen in ihrer Mitte führend, und dort kam im Galawagen der jetzt regierende Bürgermeister. Ihm schlossen sich die Wagen der Ehrengäste und Ehrenmitglieder an. Eine Fahnengruppe in ihrer reichen Schützentracht schloß unter der Fahrbunderte alten, von Winde arg zerzausten Fahne. Ihr folgte, die Hand auf die Schulter seines Knaben gelegt und die Armbrust über der Schulter, der Schweizer Schütze Tell. — Im wuchtigen Gleichschritt marschierte die Mücheiner Schützengilde stolz und freudig einher. Hinter ihr tauchte auf kriegerischem Eisen ein in Eisen gepanzerter Mann im langen Burgvogtmantel auf. Ein mächtiges Schwert hing an seiner Seite und ein bis an die Zähne bewaffnetes Gefolge begleitete ihn. Es war der Bischof Otto von Bamberg, der im 12. Jahrhundert die Pommern zum Christentum begehrt hat und damals die Kirchen St. Ulrich und St. Mücheln gründete. — Im festlich geschmückten Wagen fuhr das Direktorium und der König der Mücheiner Gilde. Kolossale silberne Ehrenketten schmückten und zeichneten diese Würdenträger aus. — Ein fröhlicher Jagdzug zeigte den Herzog Johann Georg von Sachsen-Weißenfels, der eine großer Förderer der Schützensache war. Er wurde im Festzuge nach dem Muster des auf dem Frenburger Markt stehenden Denkmals dargestellt. — Kurz nach ihm wurden unsere Augen von dem weißen Herrn von Breitenbach mit Gefolge gefesselt. Das Geschlecht derer von Breitenbach hat jahrhundertelang auf den Gütern des Geiseltales gesessen. Dann polterten Landsknechte in ihren zusammengesetzten Kleidern und mit ihren langen Hellebarden heran. Stürmisch begrüßt wurde der Alte Fritz, der mit seinen Generalen Ziethen, Seydlitz und dem Alten Dessauer dahertritt. Ein sechsspännig bespanntes Gespitzt erinnerte an die Zeit von 1864—1871. In schneidigem Parademarsch kamen dann die Fahnengruppen der Gesterreine. — Auch die Handwerkerinnungen hatten es sich nicht nehmen lassen, ihr Handwerk würdig zu vertreten. Auf großem Wagen klapperte eine Mühle, rauchte ein Backofen oder hämmerten die Schmiede.

Der Zug löste sich vor dem Schützenhaus auf. Auf dem Schützenplatz strömte eine ungeheure Menschenmenge von nah und fern zusammen und ergötzte sich an den Schaubuden, Karussells und sonstigen Belustigungen. Die Büchsen der Schützen knallten den ganzen Tag im Wettstreit. Die ganze Nacht hindurch hörte man das Gebudel der Leierkasten und die Tanzmusik. K.

Eingesandt.

für die unter dieser Rubrik erscheinenden Artikel übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzlich-formale Verantwortung, auch identifiziert sie sich nicht mit den vertretenen Anschauungen.)

Der Bericht über die Zusammensetzung der Provinzialsynode in Nr. 153 des „Tageblattes" enthält einen allerliebsten „Scherz", den sich die tiefgestrunkene Orthodoxie gestattet, indem sie die freie Volkskirche „die Lehrerpartei" nennt. Die damit beabsichtigte Lächerlichmachung der Lehrerschaft ist vorbeigelungen. Diese fühlt sich mit ihrer christlichen Anschauung in enger Gemeinschaft mit einem erheblichen Teile der Land-, Stadt- und sogar der höheren Geistlichkeit, während der größte Teil der orthodoxen Gefolgschaft unter den geistig Armen zu suchen ist. Der Ausfall der Wahl zur Prov.-Synode berechtigt die rechts gerichteten Kreise keineswegs zu Triumphfanfaren. Von ihrer Seite ging eine äußerst rege, herausfordernde Agitation aus, während die liberalen Kreise auf Kampf nicht vorbereitet waren. In Zukunft wird mancher von wahrem christlichen Geiste beseelte liberale Lehrer in seiner Gemeinde mehr Anhänger für die Volkskirche gewinnen, als ein kampfesfreudiger, selbstgerechter Anhänger der Orthodoxie. Ein Lehrer.

Briefkasten der Redaktion.

Allen Anfragen an die Schriftleitung ist der Bezugsschein für den letzten Monat und 20 Pfg. in Briefmarken beizufügen.

P. W., Lassen. Antwort: Falls nicht in dem zwischen dem Eigentümer der verkauften Parzelle und den Wallendorfer Kohlenwerken abgeschlossenen Vertrag ausdrücklich bedungen ist, daß die Kanalgebühren an die Gemeindekasse zu zahlen sind, so braucht sich der betreffende Eigentümer die an die Gemeindekasse geleisteten Kanalgebühren nicht anrechnen zu lassen, sondern kann von der Käuferin den vollen Kaufpreis verlangen. In solchen Fällen tut die Gemeinde gut, die angenommenen Raten an die Wallendorfer Kohlenwerke zurückzugeben und, falls auch diese die Annahme des Geldes ablehnen, das Geld beim Amtsgericht als Hinterlegungsstelle zu hinterlegen.

Die Hinterlegung würde auch zu empfehlen sein, wenn der Eigentümer sich die Zahlung der Raten an die Gemeindekasse vertraglich gefallen lassen müßte. Die Weigerung der Annahme der Zahlung seitens des Eigentümers würde in solchem Falle aber auch nicht als Verzicht auf das Geld anzusehen sein, sondern würde nur zur Folge haben, daß die sonst verzinsliche Geldschuld vom Zeitpunkte des Annahmeverzuges nicht mehr zu verzinsen ist und die Gefahr des zufälligen Unterganges auf den Gläubiger übergeht.

A. Br., Friedrichstraße. Antwort: Auf Ihre Frage wegen der Kriegsbeschädigenfürsorge läßt sich eine bestimmte Auskunft nicht geben, da dazu genauere Angaben erforderlich sein würden. Wir raten Ihnen, sich direkt an die Kriegsbeschädigten-Fürsorgestelle zu wenden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250713-11/fragment/page=0004

Provinz und Nachbarländer.

Vom Wagen geschleudert.

† **Halle.** Am Freitag nachmittag scheute auf dem Bahnhof Trotha ein Gespann und ging durch. Dabei wurde der Kutscher vom Wagen geschleudert und erlitt am Kopf, rechten Arm und rechten Bein so schwere Verletzungen, daß er mit dem Krankenwagen dem Diakonissenhaus zugeführt werden mußte. Das Gespann wurde in der Bahnhofstraße durch zwei Schutzpolizeibeamte, welche sich den Pferden in die Zügel warfen, zum Stehen gebracht.

Durch Glassplitter verletzt.

† **Halle.** Hier zertrümmerte in einem in der Hackebornstraße gelegenen Hause eine Aufwärterin beim Fensterputzen eine Fensterscheibe. Die auf die Straße fallenden Glassplitter verletzten eine vorübergehende Frau erheblich am Arm und deren Sohn am linken Daumen, so daß beide sich in ärztliche Behandlung begeben mußten.

Hallescher Fremdenverkehr.

† **Halle.** Nach Mitteilungen des Statistischen Amts sind in den hiesigen Gast- und Logierhäusern im Juni 6498 männliche und 1482 weibliche, zusammen 7980 Fremde abgestiegen. Darunter befanden sich 167 Personen, die ihren Wohnsitz im Auslande hatten, und zwar 145 männliche und 22 weibliche. Im Juni 1924 waren es 5498 männliche und 928 weibliche, zusammen 6426 Fremde, im Juni 1914 8678 männliche und 1238 weibliche, zusammen 9926 Fremde.

Raubüberfall auf einen Banklehrling.

† **Halle.** Sonnabend vormittag gegen 10½ Uhr ist einem Banklehrling, der, von der Reichsbank kommend, die Frankestraße passierte, in der Nähe des „Haus der Landwirte", also ungefähr an der gleichen Stelle, an der schon vor einiger Zeit ein ähnlicher Raubüberfall sich ereignet hatte, eine lederne Aktentasche, die er unter den Arm geklemmt trug, und in der sich 15 000 Mark Geld befanden, von hinten entrissen worden. Der Täter, etwa 1,72 Meter groß und mit graugestreiftem Jackettanzug und breitkrempigem Hut, flüchtete durch das Haus der Landwirte über den durchgehenden Hof nach der Leipzigerstraße. Die dort befindliche Haustür hatte ein zweiter Mann mit einem grobnackigen Schlüssel verschlossen. Dadurch war eine augenblickliche Weiterfolgung unmöglich. Die Tasche enthielt einen Beutel Hartgeld im Werte von 500 Mark, das übrige war Papiergeld.

Der Metallarbeiter-Streik beendet.

† **Leipzig.** Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Leipziger Metallindustrie haben unter Vermittlung des Dresdener Schlichters zu folgender Einigung geführt: Die Akkordbasis plus Zuschlag wird von 73 auf 77 Pfg. erhöht und die Stundenlöhne erhalten in der Spitze nach dem bisherigen Verdienst 6 oder 7 oder 8 Pfennig Zulage. Die höchste Altersklasse wird von 24 auf 23 Jahre herabgesetzt. Auf Grund dieser Bedingungen wird am Montag in den bestreikten Betrieben der hiesigen Metallindustrie die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Darlehnsschwindler.

† **Leipzig.** Vor einiger Zeit erschien in der Leipziger Filiale einer Schweizer Versicherungsgesellschaft ein Unbekannter, der süddeutsche Mundart sprach und Grüße der Schweizer Kollegen des Hauptgeschäfts überbrachte. Er ließ sich mit großem Interesse die Geschäftseinrichtungen zeigen und erklären und borgte zu guter Letzt den Leiter um 20 Mark Reisevorschuß an. Später stellte es sich heraus, daß der Mann ein Schwindler war. Es wird vermutet, daß er ähnliche Schwindeleien noch bei anderen Firmen betrieben hat. Beschrieben wird er als etwa 30—32 Jahre alt, 1,64—1,66 Meter groß, mittlerer Statur, dunkles Haar mit sog. Koteletten. Bekleidet war er mit graubraunem Jackettanzuge, grauer Sportmütze.

Tödlicher Unfall eines Ferienreisenden.

† **Leipzig.** Ein jähes Ende fand ein auf seiner Ferienreise begriffener 47jähriger Lehrer aus Glauchau. Er wollte im Hauptbahnhofe, Bahnsteig 11, den am 9. d. M., abends gegen ½11 Uhr abfahrenden Ferienzonderzug, der bereits im Gange war, besteigen. Er rutschte dabei aus und fiel zwischen den fahrenden Zug und den Bahnsteig unter die Räder des Zuges. Sein Schädel und der rechte Arm wurden ihm zerrissen, der Tod war sofort eingetreten. Es sei dieser Vorfall wiederum eine ernste Warnung davor, einen fahrenden Straßenbahnzug oder gar einen bereits im Gange befindlichen Eisenbahnzug noch zu besteigen. Trotz der vielen Warnungen durch die Presse wiederholen sich von Zeit zu Zeit derartige bestimmt zu vermeidende Unfälle immer wieder.

Riesenverkehr der Eisenbahn zu den Ferien von Leipzig.

† **Leipzig.** Am Sonntag, den 12. d. M., sind von Leipzig (Hptb.) 18 Sonderzüge, ein Extrazug nach Schkeuditz und ein solcher nach Markranstädt abgelassen. Rechnet man hierzu außer den planmäßigen 890 ein- und auslaufenden Zügen noch die planmäßigen 5 Vorzüge, so sind 410 Züge abgefertigt. Rechnet man jeden Zug nur zu 500 Personen (die Sonderzüge sind für 709 zusammengestellt) so dürfte ¼ Millionen Menschen befördert sein.

Nach 20 Jahren geborgen.

† **Gerlebogk.** Die „Allgemeine Zeitung" schreibt: Vier Bergleute, die 1904 mit vielen anderen auf der Grube Kreuz durch eindringende Schlammassen verschüttet wurden, konnten jetzt geborgen werden. Einem Manne war der Kopf abgerissen, doch konnten die Personalien festgestellt werden.

Skelettfunde.

† **Sangerhausen.** Bei Ausgrabungen am Ulrichsplatz stieß man in einer Tiefe von ca. 2 Meter auf alte Grabstellen, in denen noch verschiedene zusammengehörige Teile menschlicher Skelette gefunden wurden.

Verhaftung.

† **Cöthen.** Festgenommen und dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt wurden zwei junge Leute von hier, die im Verdacht stehen, sich Verstöße gegen den Paragraph 218 des StGB. haben zuschulden kommen lassen. Die Angelegenheit zieht noch weitere Kreise. Auch gegen eine auswärtige weibliche Person ist die Festnahme verfügt worden.

Keine Aufhebung der Hundesperre.

† **Weimar.** Die Gerüchte von einer in Kürze beabsichtigten Aufhebung der Hundesperre in Weimar treffen nicht zu; es sind in der Nähe der Landeshauptstadt in den letzten Tagen neue Fälle von Tollwutverdacht aufgetreten. Allerdings sind Erwägungen im Gange, die die Erklärung Weimars zum Beobachtungsgebiet bezwecken. Dies würde insofern eine Erleichterung bedeuten, als die Hunde nicht, wie bisher, nur an der Leine und mit Maulkorb ausgeführt werden dürfen, sondern entweder an der Leine ohne Maulkorb oder ohne Leine mit Maulkorb die Straßen betreten dürfen. Ob und wenn diese Verordnung in Kraft tritt, steht noch dahin.

Um den Jenaer Flugplatz.

† **Jena.** Die Errichtung eines Flughafens wird gegenwärtig wieder ernstlich betrieben. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Platzfrage. Das Gelände am Bahnhof Zwätzen, wo im vorigen Jahre ein Großflugtag stattfand, ist für einen Flughafen wenig geeignet; auch auf den umliegenden Bergeshöhen ist kaum ein passender Platz zu finden. Unter diesen Umständen wird für den Plan die Umgegend von Burgau in Betracht gezogen. Wie der Stadtdirektor Dr. Eisner in der jüngsten Stadtverordnetensitzung betonte, wird dieses Projekt durch die erfolgten Ausgemeindungen erschwert, doch sei zu hoffen, daß trotz aller Schwierigkeiten unsere Stadt bald ihren Flugplatz, der ein dringendes Bedürfnis sei, bekommen werde.

Tödlicher Unglücksfall.

† **Bad Grund.** Der mit den Ausbesserungsarbeiten am Iberger Albertturm beschäftigte Maurerpolier Heinrich Werner benutzte zum Abstieg ins Tal aus Unkenntnis eine vom allgemeinen Verkehr nicht berührte Schneise, die über die dort besonders schroff abfallenden gefährlichen Klippen und Hänge führt. Oberhalb des Kaffeehauses ist Werner vermutlich ins Rutschen gekommen und hierbei in einen alten, tiefen Eisensteinschacht zu Tode gestürzt. In schwieriger Rettungsarbeit konnte die Leiche geborgen werden.

Die Einheitskurzschrift.

Das Thüringer Staatsministerium gibt im „Amts- und Nachrichtenblatt" bekannt: „Das Reich und die Länder haben in Oktober vorigen Jahres in Würzburg der besonderen Brauchbarkeit und die Zweckmäßigkeit der Einheitskurzschrift ihre baldige Einführung im Schulunterricht und Behördenverkehr vereinbart. Als spätester Termin soll der 1. April 1926 in Betracht kommen. Gemäß dieser Einigung hat das Reichskabinett durch Erlaß entsprechender Richtlinien den Beamten und Angestellten des Reiches baldige Erlernung der Einheitskurzschrift teils zur Pflicht gemacht, teils dringend geraten und die Länder ersucht, gleichmäßig vorzugehen. Nachdem bereits verschiedene Länder diesem Ersuchen Folge geleistet haben, legen auch wir Wert darauf, daß die Beamten und Angestellten sich die Kenntnis der Einheitskurzschrift bald aneignen, damit sie ihnen zum Zeitpunkte der Einführung möglichst geläufig ist. Daß von den Beamten und Angestellten der Einheitskurzschrift das ihr gebührende Interesse entgegengebracht wird, setzen wir voraus. Um den Beamten und Angestellten das Erlernen der Einheitskurzschrift zu erleichtern, beabsichtigen wir, durch ausgebildete Beamte und Angestellte Lehrgänge abhalten zu lassen, die unentgeltlich sein, und, wenn möglich, während der Dienststunden stattfinden sollen. Wir raten den Beamten und Angestellten dringend von dieser Vergünstigung Gebrauch zu machen, weil nicht damit zu rechnen ist, daß später noch einmal unentgeltliche Lehrgänge abgehalten werden, die Einführung der Einheitskurzschrift aber sicher bevorsteht.

Die Lehrgänge werden voraussichtlich Anfang September dieses Jahres beginnen. Wir fordern die Beamten und Angestellten, die ihren Dienstsitz in Weimar haben, auf, ihre Teilnehmer an den Lehrgängen uns aber ihren vorgesetzten Ministerien bis Ende Juli dieses Jahres anzuzeigen. Weitere Mitteilungen über Ort, Stunde usw. der Lehrgänge werden die Teilnehmer von uns aus erhalten."

Weihe des Bundeshauses.

† **Weimar.** Auf Sonnabend hatte der Thüringer Beamtenbund seinen Gesamtvorstand sowie den Gesamtvorstand des mit ihm die häusliche Gemeinschaft teilenden Landeskartells Thüringen im Deutschen Beamtenbund zur festlichen Weihe des jüngst erstandenen Bundeshauses in der Luisenstraße 33, eingeladen. Mehr als fünfzig Vertreter aller Beamtengruppen auch aus den entlegensten Teilen Thüringens, hatten sich eingefunden. Ein Rundgang durch die bescheidenen und doch vornehmen Geschäftsräume löste allgemeine Befriedigung und Anerkennung aus.

Nach einleitenden musikalischen Darbietungen zweier Kollegen vom Deutschen Nationaltheater hielt der 1. Vorsitzende beider Verbände, Studienrat Kühn-Weimar, die Begrüßungsansprache.

Es folge nun die lange Reihe der Glückwünsche der Unterverbände, wobei auch der persönlichen Verdienste des Vorsitzenden Kühn gedacht wurde, und der Opfer, die die Beamtenvertreter und ihre Frauen für den Verband bringen. Zahlreiche Geschenke wurden zum Schmuck des neuen Heims übergeben oder in Aussicht gestellt. Als sich die Festgemeinde nach Worten des Dankes für das unbedingte Vertrauen in die Geschäftsführung durch den ersten Vorsitzenden gegen 8.30 Uhr auflöste, umschlang alle ein Band stärksten Zusammengehörigkeitsgefühls im Bewußtsein, einen weiteren Marksteln in der Geschichte der Thüringer Beamtenbewegung zum Wohle des Volksganzen gesetzt zu haben.

Aus aller Welt.

Familientragödie auf dem Dorfe.

Nürnberg. Im benachbarten Poppenreuth wurde einer der begüterstsen und angesehensten Landwirte, der 68jährige Konrad Lechner, von seinem eigenen Sohne nach vorangegangenen Familienzwistigkeiten ermordet. Der Täter, der geständig ist, wurde verhaftet, ebenso die Ehefrau des Ermordeten, ein Dienstknecht und eine Dienstmagd, die der Beihilfe dringend verdächtig sind.

*

Leipzig. Wegen Totschlages, begangen an seinem Vater, wurde der Kellner Karl Kröbel vor dem Leipziger Schwurgericht zu zehn Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Kröbel hatte am 11. März seinen als jähzornig bekannten Vater, den Gärtner Walter Kröbel, der im Verlauf eines Streites seinen Sohn mit einem Messer Verletzungen am Kopfe beigebracht hatte, durch mehrere Revolverschüsse getötet. Kröbel bestritt, daß er seinen Vater habe umbringen wollen. Vielmehr habe er in der Notwehr gehandelt.

Rundfunk

Dienstag, 14. Juli.
Leipzig. Welle 454.
(Allgemeine Tageseinteilung.)

7,30—8 Uhr abends: Vorträge: Max Kunath-Altenburg: „Verbleichung, Maske und Verwandlung in der Literatur".
8,15 Uhr abends: **Lauten-Abend und Rezitationen:**
1. Lieder zur Laute: Konterfei einer ehr- und tugendsamen Jungfrau; Des Mädchens Klinde; Unser Lieben Frau vom Kalten Brunnen; Wie er wollte geküßt sein.
2. Rezitationen: Eulenspiegelstreiche aus alten Volksbüchern.
3. Lieder zur Laute: Allweil ein wenig lustig; Von den drei Schneidern; Heimweh.
4. Rezitationen: Schwänke von Johann Peter Hebel, Karl Simrock, Ludwig Auerbacher und anderen.

Anschließend (etwa 9,45 Uhr): Pressebericht und Hackebeils Sportfunkdienst.
Schluß etwa 10,15 Uhr, doch ohne Gewähr. Danach Freizeit für Funkfreunde, die auswärtige Stationen hören wollen.

*

Berlin. Welle 505.
(Allgemeine Tageseinteilung.)

4,30 Uhr nachmittags: Humoristisches Funk-Allerlei (Georg Bamberger).
5—6,30 Uhr nachmittags: **Nachmittagskonzert** der Berliner Funkkapelle.
7 Uhr abends: „Naturschutz in vergangenen Jahrhunderten".
7,30 Uhr abends: „Lohnsteuer und Gesundheit".
8 Uhr abends: „Seetierfang an der Adria".
8,30 Uhr abends: **Das deutsche Lied.**

Anschließend: Dritte Berliner Ausgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Flammen.

Roman von Hans Schulze.

82. Fortsetzung. (Nachdruck verboten!)

21. Kapitel.

Herta und Trude hatten sich aus dem sengenden Sonnenbrande des Vorplatzes sogleich in den Schatten der Buchenallee geflüchtet und wandten sich dann am Rande des Rosengartens zum See hinunter.

Trotz der vorgerückten Nachmittagsstunde war es noch immer drückend heiß.

Das Kavalierhaus ragte wie ein alter verlassener Tempel in die große Stille hinein, das verschnörkelte Dach von Sonnenglanz überflimmert.

In dem duftigen Blau des Himmels schwamm nur ein einziges weißes Wölkchen und trieb still dahin, wie ein von Sturm zerspliffenes Segel.

„Das gibt heute noch ein Gewitter!" meinte Trude, ihm prüfend nachblickend. „Weißt du, Herta, wir holen schnell noch unser Morgenbad nach. Zu dem langweiligen Brautpaar kommen wir noch immer früh genug!"

Sie hatten sich auf der Bank an ihrem alten Badeplatz niedergelassen und schauten auf die metallisch blinkende Wasserweite des Sees hinaus, über der ein Mückenschwarm wie eine leise summende Säule stand.

Herta bohrte die Spitze ihres Sonnenschirmes unschlüssig in ein am Boden liegendes Korkenstück.

„Ich habe heute keinen rechten Schneid mehr zu baden, aber ich will gern auf dich warten!"

Trude hatte sich in ihrer lebhaften Art bereits ihre Taille aufgeknöpft.

„Also los!" rief sie durch die Tür des Badehäuschens zurück. „In zwei Minuten bin ich ausgezogen!"

Dann stand sie in ihrem seidenen Badetrikot schlank und braun wie eine zierliche Bronzefigur in dem weichen Sand des Ufersaumes und ließ sich den leise vorschwellenden Gischtkreisen des Wassers um die schmalen Füße spielen.

„Ich ruhere erst noch ein Stück auf den See!" sagte sie, die runden Arme wohlig reckend. „Hier in der Bucht wird man ja von den Mücken rein aufgefressen!"

„Aber Trude, das Gewitter!"

„Ach was, das kommt vor dem späten Abend doch nicht heraus!" war die geringschätzige Antwort. „Und bis dahin sind wir längst wieder zurück. Du willst heiraten und bist noch immer so eine entsetzliche Bangbüx!"

Herta hatte die Hände in den Nacken gekreuzt, ihr Blick glitt sehnsüchtig über das ruhelose Gleißen und Glitzern zu ihren Füßen.

In die Strömung hinein, fortgerissen zu werden — immer weiter — bis ins Mittelmeer, in die blaue Unendlichkeit, das war es, wonach es sie gerade verlangte.

Vor ihren Augen flimmerte es plötzlich, wie von ungeweinten Tränen.

„Ich fahre mit, Trude", sagte sie, sich einen Ruck gebend. „Komm, wir wollen das Boot losmachen."

Dann trieben sie aus der Bucht des Badestrandes gemächlich auf die Höhe des Sees.

Das Wasser sang und rauschte um den Kiel, und die Bilder der waldigen Ufer standen dunkel in der klaren Flut.

Herta hatte ihren Strohhut neben sich auf die Steuerbank gelegt und schaute verträumt zu der durchsichtigen Kuppel des Himmels empor, in der sich ein Fischreiher allmählich immer höher und höher schraubte.

Es war eine Stunde so voll tiefen Sommerzaubers, so friedvollruhig, daß auch in ihrem Herzen wieder eine ernste, leise Hoffnungsstimmung emporzuklettern begann.

„Weißt du übrigens, daß die Hansen Anfang nächster Woche Pahlowitz verläßt?" fragte sie auf einmal ganz unvermittelt.

Trude ließ überrascht die Ruder sinken.

„Da hat es doch sicher einen Krach gegeben!"

Herta nickte.

„Wahrscheinlich ist meine Schwester irgend wie auch hinter die Sache mit Alsleben gekommen. Und macht nun kurzen Prozeß und schickt die Dame nach Berlin auf ein Konservatorium."

„Und Alsleben?"

Herta zuckte die Achseln.

„Da weiß ich noch gar nichts! Meiner Ansicht nach ist aber seine Stellung ebenfalls unhaltbar geworden, wenn Hella wirklich seinetwegen gehen sollte!"

Eine Zeitlang schwiegen Herta und Trude, eine jede mit ihren Gedanken beschäftigt.

Eine Familie von Haubentauchern zieht in der Ferne vorbei wie eine Flottille von kleinen Schiffchen und verschwand dann plötzlich, nur einen Kreis langsam verschwimmender Ringe zurücklassend.

Das Boot lag jetzt ganz still auf der spiegelglatten Flut. Kein Luftzhauch regte sich. Nur Wasser ringsum und Blau und Sonne. —

„Da sieht du nun, Herta, wie unnütz deine ganze Sorge um Heinz Jochen gewesen ist!" nahm Trude endlich wieder das Wort und schlug die schlanken, sanft gewellten Beine bedächtig übereinander. „Wer denkt in acht Tagen noch an die Hansen! Sie liebt halt alle der Reihe nach durch und nun ist Herr von Alsleben anscheinend Favorit!"

„Glaubst du das wirklich, Trude? Ganz wirklich und aufrichtig? Oder redest du nur so, um mich zu beruhigen?"

„Aber Herta!"

„Sei mir nicht böse, doch ich bin, in letzter Zeit so unsicher und mißtrauisch geworden! Es ist zwar nicht sehr christlich gedacht, aber ich habe heute nur den einen Wunsch, daß Fräulein Hansens Herzschmerzen sich bis morgen noch nicht gebessert haben möchten!"

„Damit wirst du ja nun wohl kein Glück haben, denn wie ich die schöne Hella kenne, steht sie wieder aus dem Grabe auf, wenn sie sich einem hohen Adel noch einmal in ihrer ganzen Glorie präsentieren kann!"

„Ach, Trude, mir liegt ja doch nur an Heinz Jochen, daß sie nie, nie wieder mit ihm zusammenkommt!"

Mit einer ärgerlichen Bewegung warf Trude den Kopf zurück.

„Nun sind wir glücklich wieder auf dem alten Standpunkt. Wie oft habe ich dir eigentlich schon auseinandergesetzt, daß sich Graf Eickstedt seit seinem Besuch in Pahlowitz um die Hansen überhaupt nicht mehr gekümmert hat. Er hat ihr einmal Blumen geschickt — das gebe ich dir zu —, aber seitdem nie wieder auch nur den entferntesten Versuch einer neuen Annäherung gemacht. Hella wird von uns doch ständig ganz scharf beobachtet. Kein Brief von ihr geht ein oder aus, den mir ihre kleine Frieda nicht vorlegt. Und nie ist auch nur das geringste Verdächtige, zumal aus Greifenhagen, unter ihrer Post gewesen!"

Ein fernes, tiefes Grollen klang in diesem Augenblick wie eine mahnende Stimme durch die brütende Stille.

Unwillkürlich griff Trude wieder zu den Rudern.

„Das Wetter kommt!"

Ein fahlgrau bleifarbenes Licht breitete sich langsam über den See, indes die Ufer noch in sonnigem Grün erglänzten.

Über dem Pahlowitzer Wald stand eine Wolkenwand, schwarz, unheimlich und doch unmerklich wachsend.

Eine gewaltige Bö sprang aus ihr auf und jagte eine grauweiße Wassersäule vor sich her, bis die Wellen wie geängstigte Schwäne auf einmal weithin auseinander liefen.

Dann wieder Stille, ein atembeklemmendes Schweigen, indes sich der Himmel in rotender Schnelligkeit mit einer fahlen Dunstschicht überschleierte.

Trude hatte die rechte Hand über die Augen gebreitet und spähte scharf nach dem Schloß hinüber, über dem der Regen schon wie ein schräges Gitterwerk in einem fahlgelben Lichte stand.

„Wir können nicht mehr nach Pahlowitz zurück", sagte sie kurz entschlossen, „und müssen hier irgend wo zu landen versuchen. Mit dem See ist bei Gewitter nicht zu spaßen."

Ein blendender Blitz zerriß in diesem Augenblick den dunkelblauen Kern der Wolkenwand, und ein gewaltiger Donner rollte lang nachhallend hinterdrein.

„Halt, auf die Robinsoninsel zu!" schrie Trude durch das hohle Pfeifen des Windes zu Herta hinüber, die seichenblaß mit beiden Händen das Steuer umkrampft hielt. „Da bringe ich das Boot schon noch hin!"

Mit Jugendkraft legte sie sich in die Riemen, daß sich gurgelnde Strudel hinter ihr in die schäumende Tiefe bohrten.

Eine Welle schlug schwer über die Bordwand, eine zweite und dritte folgte.

Schon sahen sie bis über die Knöchel in dem schwarzen Lackwasser.

Da rauschte das Boot auf einmal in die Rohrdreiten der Insel hinein, wie ein Tier durch ein Sumpfdickicht brechend, und fuhr im nächsten Augenblick mit scharfem Schrammen auf dem verfilzten Wurzelwerk einer alten Weide auf.

Rings um sie her wogten wassergetränkte Dünste.

Als Trude jetzt aus dem Boot sprang, versank sie tief in gurgelndem Schlamm.

Der Donner wurde immer lauter und drohender.

Und dann setzte endlich auch der Regen ein und prasselte wie Kleingewehrfeuer auf Blätter und Zweige.

Trude packte Herta an der Hand gefaßt und zog sie halb mit Gewalt durch ein Labyrinth von Schilf und Schlingengewächsen.

Scharfkantige Halme schnitten ihr die nackten Beine, der Wind pfiff wild in ihr aufgewühltes Haar, sie achtete all dessen nicht; mit der Kraft der Verzweiflung kämpfte sie sich weiter.

Erst als sie wieder festeren Boden unter sich fühlte, hielt sie schwer atmend inne und wies auf einen Dachgiebel, der in diesem Augenblick in dem wüsten Hexensabbath der zügellosen Wettergeister gespenstig vor ihnen in die Höhe wuchs.

„Gottseidank, Herta, die Heuhütte!"

Im der nächsten Sekunde standen sie vor dem zerfallenen Bau. Der Wind riß ihnen fast die Kite aus der Hand.

Hestas Fuß strauchelte auf den brüchigen, vermorschten Bohlen der Schwelle, daß sie unversehens fast-hinschlagen wäre.

Dann aber waren sie endlich geborgen unter Dach und Fach und saßen eine Zeitlang eng aneinandergeschmiegt auf der wackligen Bank des kleinen Herdes.

Der Sturm heulte wie ein entfesseltes Raubtier um das ächzende Giebelgebälk und warf ganze Wellen von Sprühregen durch die scheibenlosen Fensteröffnungen in den dumpfen Raum.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250713-11/fragment/page=0005

Industrie-Handel-Wirtschaft

Die Gefahren der Sanierung.

Es ist nicht zu verkennen, daß wir wieder einmal einen Reinigungsprozeß durchzumachen. Wir werden augenblicklich durch schmerzliche Erfahrungen belehrt, daß die „Reinigungskrise" des Frühjahrs 1924 nicht das erhoffte Ergebnis hatte, daß vielmehr einzelne Gewerbe durch die Gunst eines sehr launischen Schicksals verschont blieben und daß darüber hinaus der eigentliche Krebsschaden unserer Wirtschaft, eine durch die Inflation entstandene Überorganisation, tatsächlich noch nicht in er gewünschten Form abgeheilt worden ist. Diese Triebe einer schädlichen Überorganisation sind es, die heute eine nutzbringende Verteilung von Umsatz und Erlös der Produktion, manchmal auch sehr zum Schaden der gesunden Teile unserer Wirtschaft, verhindern. Einer erheblich verminderten Produktionsmöglichkeit steht ja ein vergrößerter Produktionsapparat gegenüber, die Anteile der Einzelfirma am Gesamtumsatz müssen deshalb niedriger sein. Wie nun in jedem Organismus eine ganz bestimmte Menge Blut umlaufen muß, so bedarf auch ein Produktionsapparat einer Mindestgrenze an Umsätzen, wenn er nicht vertrocknen soll. Nun kann ein Mangel an lebenspendenden Umsätzen für eine kurze Zeit durch Geld ausgeglichen werden. Hierzu werden ja eigene Reserven geschaffen. Sind sie nicht vorhanden, so können sich gesunde Werke sogar mit Krediten helfen. Daher das allgemeine Geldbedürfnis, das bei den gesunden Unternehmungen wie ein tobbannendes Serum wirkt, bei ungesunden Werken aber die Entwicklung nicht mehr aufhalten kann. Wer entschiedet aber nun in jedem Einzelfalle, da man offenbar eine Regel aufzustellen nicht in der Lage sein wird.

Diese Frage ist, gelegentlich der Vorgänge im Stinnes-Konzern, mehrfach zur Diskussion gestellt. Als die Banken zusammen mit der Reichsbank die Sanierungsmöglichkeiten dieses Riesengebildes berieten, fehlte es nicht an Stimmen, die das Vorgehen der Reichsbank verurteilten und von einer Stützung des überorganisierten, unnatürlichen Konzerns überhaupt, namentlich aber von einer Hilfe mit mehr oder minder öffentlichen Mitteln grundsätzlich abrieten. In eine nähere Erörterung über das Für und Wider dieser Frage einzutreten, würde zu weit führen. Mag Dr. Schacht, der wohl wegen der Abhängigkeit der Banken vom Rediskont der Reichsbank schließlich die Entscheidung hatte, den ungünstigen Eindruck der Stinnes-Krise auf das Ausland haben mildern wollen, sei es, daß er ein plötzliches Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu verhindern bestrebt war oder auch die einzelnen Teile des Konzerns für gesund genug hielt, im Grunde wird man wenig dagegen einzuwenden haben, wenn die Banken über die Sanierung notleidender Unternehmungen entscheiden. In der Inflation haben ja die Banken viel von ihrer traditionellen Rolle als Finanzberater der Industrie eingebüßt. Die Konzerne oder einzelne Gewerbe schufen sich eigene Finanzinstitute und lebten von der Notenpresse. Bis jetzt kann man aber noch nicht sagen, daß sich in dem Verhältnis zwischen Banken und Industrie Grundsätzliches geändert hat.

Andererseits haben wir trübe Beweise, daß die Einmischung anderer Stellen in das namentlich jetzt so schwierige Finanzierungsgeschäft selten erfolgreich und meistens für die Allgemeinheit verlustreich ist. Es werden ungesunde Unternehmungen über Gebühr lange am kümmerlichen Leben erhalten, ihr Zusammenbruch, den auch teuerste Medikamente und Kuren (Kredite) nicht aufhalten konnten, schließlich schließlich sogar direkt die Ärzte: Seehandlung — Knüfter, Reichspost — Wormat, Girozentrale — Lehrer-u.-Siemens-Konzern, Heimstätten — Trianonfilm, Landespfandbriefanstalt u. v. a. m., sie sind alle Kronzeugen, daß das Finanzierungs- und Sanierungsgeschäft gelernt sein will.

Schon im Jahre 1914 war mehrfach Gelegenheit, die öffentlich-rechtlichen Stellen im Interesse der Gesamtwirtschaft davor zu warnen, mit ihren erheblichen, der Allgemeinheit entzogenen Mitteln Aufträge und besetzte Gebiet der Kreditpolitik zu unternehmen. Etwas Ordnung hat inzwischen die Reichsbank schaffen können. Es hat aber den Anschein, als sei jetzt wieder eine solche Kritik dringend notwendig, diesmal an Vorgängen, deren Folgen von viel weittragenderer Bedeutung sind. Es ist durchaus verständlich, wenn augenblicklich von allen Seiten die verschiedensten Vorschläge zur schnellen Liquidierung unserer innerwirtschaftlichen Krise gemacht werden. Man soll aber nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und altbewährte Methoden vorschnell zum alten Eisen werfen. Neuerungen sind sehr schön, aber sie dürfen nicht aus dem Rahmen der organisierten Entwicklung herausfallen und müssen wohlüberlegt sein.

Bald nach dem Zusammenbruch der altbekannten Heyerstieg-Werft tauchte im Hamburger Senat der Vorschlag auf, die Sanierung dieser Unternehmung gegen bewertete Beteiligung mit öffentlichen Mitteln durchzuführen. Man spare damit bedeutende Summen an Erwerbslosenunterstützung und tue auch sonst damit ein gutes Werk. (Man erinnere sich, daß die Kredite an die Trianon-Film-Gesellschaft wahrscheinlich mit ähnlichen Begründungen aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge genommen wurden.) In diesen Tagen hörte man sogar, daß der Hamburger Senat es für erforderlich halte, zur „Durchführung seiner verschiedensten Finanzgaben" sich eine eigene Bank zu schaffen, und daß man dabei an die ganz junge Hamburger Bank von 1923 denke, die die öffentlichen Mittel Hamburgs sachgemäß verwalten sollte. Man weiß ferner, daß große und größte Gemeinden sich mit ihren Steuereinnahmen bedeutende eigene Anlagen schaffen konnten, deren Dringlichkeit nicht ohne weiteres feststand, daß sie sich Aktienpakete erworben haben und z. B. anfingt auf gesetzlichem Wege ordnend und regelnd in das Verkehrswesen einzugreifen, eine Aktenbeteiligung für erforderlich hielten. Diese wenigen, beliebig vermehrbaren Beispiele, namentlich der Fall Heyerstieg — Hamburger Senat, zeigen, daß wir Gefahr laufen, auf Sanierungswege zu schlittern, die keinesfalls zum erfehnten Eiland gesunder Wirtschaftsentwicklung führen. Und gerade jetzt, vor den so überaus wichtigen Beratungen um den Finanzausgleich, muß notwendige Klarheit geschaffen werden. Ist es schon unnatürlich, daß zu Zeiten größter Geld- und Kreditknappheit die von den Mitteln der Allgemeinheit lebenden öffentlichen Stellen überhaupt ein solches aktives Eingreifen in die Geldnot erwägen können, so müssen die wirtschaftspolitischen Folgen dieser offenbar wegen der erwähnten Finanzausgleichsverhandlungen noch zurückgehaltenen Tendenz besonders sorgend erwogen werden. Nur wenige Wirtschaftszweige müssen, noch wenigere können der öffentlichen Hand anvertraut werden. Namentlich jetzt dürfen wir nicht vergessen, daß nicht der einzelne Schuldner der Reparationskommission ist, sondern daß sich die Ententegläubiger nur an die öffentlichen Stellen wenden und überhaupt von ihrem von dem öffentlichen Status vielleicht falsche Rückschlüsse auf die Zahlungsfähigkeit Deutschlands ziehen können. Ganz besonders aber: die Sanierung ist ein Geschäft, das nicht notwendigerweise Gewinn und Vorteil bringen muß. Um so weniger sollten die öffentlichen, der Allgemeinheit gehörenden Gelder zu solchen Spekulationen benutzt werden.

Wozu haben wir denn Banken, deren Kreditfähigkeit und wirtschaftspolitische Begabung anerkannt sind? Hat etwa die öffentliche Hand in den letzten Jahren bei Kreditgewährungsfragen größerer und wirtschaftlicher Intelligenz erbracht? Wäre es nicht bedeutend besser, z. B. die Werkstätte mit diesen Mitteln der Allgemeinheit zu senken und überhaupt sich in die augenblickliche wirtschaftlich: Entwicklung untertordnend einzuschalten? Wäre es nicht zu empfehlen, die überschüssigen Gelder, wenn sie überhaupt in solchen Mengen angehäuft werden müssen, sachkundigen Banken anzuvertrauen, um anstatt die Sparkassen anzureizen, kreditpolitisches Neuland zu betreten oder auch selbst Wirtschaftsarzt zu spielen? Und weiter, will man nicht merken, daß diese Kommunalisierungstendenzen sehr leicht den Schrei nach Sozialisierung neu aufleben lassen können? Mag man zur Sanierung des Stinnes-Konzerns stehen wie man will, darin war sie vorbildlich, daß die dazu berufenen Banken unter freundlicher Assistenz der Reichsbank allein entschieden haben, denn dazu sind sie ja innerhalb einer Volkswirtschaft. Diese Aufgaben kommen aber den Kommunen nicht zu, selbst wenn sie die Erwerbslosen bezahlen müssen. Es soll nicht vorübergehend beruhigt, sondern lachkundig und endgültig saniert werden. Das zu entscheiden, werden allerdings Stadtverordnetenversammlungen weniger in der Lage sein als gewiegte Bankdirektoren, die auch ihr eigenes Geld dabei einsetzen.

*

Reichsbankausweis.

Die erste Juli-Woche brachte der Reichsbank nach dem Ausweis vom 7. d. M. eine befriedigende Entlastung ihrer Anlagekonten. Die gesamte Kapitalanlage der Bank ging um 142,6 auf 1796,6 Millionen RM.; zurück; von der Abnahme entfielen 141,4 Millionen RM. auf Kreditrückzahlungen von privater Seite. Im einzelnen ermäßigten sich die Wechselbestände um 111,8 auf 1579,7 Millionen RM. und die Lombardforderungen um 30,8 auf 15,6 Millionen RM. Die Summe der rediskontierten Wechsel und das Darlehen bei der Rentenbank veränderten sich nur unbedeutend: die Rediskontierungen stiegen um 1 auf 540,4 Millionen, die Schuld an die Rentenbank wurde durch Wechselübergabe um 0,2 auf 2,1 Millionen RM. abgetragen. An Banknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind in der Berichtswoche 120,2 Millionen RM. zur Reichsbank zurückgeflossen. Der Banknotenumlauf nahm dementsprechend um 31,8 auf 2442,6 Millionen, der Umlauf an Rentenbankscheinen um 88,4 auf 1583,6 Millionen RM. ab. Da von den zurückgeflossenen Beträgen 15 Millionen Mark Rentenbankscheine während der Berichtswoche zur Vernichtung gelangten, zeigen die Bestände der Reichsbank an solchen Scheinen eine Vermehrung um 73,4 auf 257,8 Millionen RM. Die fremden Gelder erhöhten sich um 9,5 auf 574 Millionen RM. Der Goldbestand der Bank wurde um 3,9 auf 1065,6 Millionen, der Bestand an zur Deckung herangezogenen Devisen um 1,8 auf 355,2 Millionen RM. vermehrt. Die Deckung des Notenumlaufs durch Gold besserte sich von 42,9 auf 43,6 Prozent, die Deckung durch Gold und Devisen von 57,2 auf 58,2 Prozent. Die Scheidemünzenbestände gingen um 0,4 auf 66,9 Millionen RM. zurück.

*

Kleinhandelspreise für Lebensmittel und Hausbedarfsartikel.

Die statistische Korrespondenz veröffentlicht soeben eine Übersicht über die häufigsten Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Hausbedarfsartikel in der zweiten Hälfte des Monats Juni in Durchschnittsziffern und fügt Vergleichszahlen aus der ersten Hälfte Juni, aus der zweiten Junihälfte 1924 sowie aus dem ganzen Monat Juni 1913 bei. Wie der amtliche preußische Pressedienst auf Grund dieser Übersicht mitteilt, kostete Roggenbrot im Berichtshalbmonat je kg 40,1 RPf. gegen 26,9 RPf. in der zweiten Hälfte Juni des Vorjahres und gegen 29,1 RPf. gegen Juni 1913; Weißbrot (Semmel) kostete 77,0 (61,4; 53,6) RPf. Für Weizenmehl zahlte man 48,9 (34,1; 37,3) RPf. Für Reis 58,3 (48,2; 49,1) RPf. Für alte Speisekartoffeln wurden 11,5 (11,3; 7,9), für Spinat 51, 0 (56,8; —), für Eßbutter 385,5 (321,9; 262,0) und für Margarine 158,8 (123,1; —) RPf. gefordert. — Das kg Schellfische kostete 106,2 (76,5; —), das kg Zucker 71,9 (78,2; 50,8) RPf. Für 1 Hühnerei wurden 12,8 (11,7; 7,4), für 1 Liter Vollmilch 25,8 (26,9; 20,9) RPf. verlangt. Gebrannter Kaffee wurde mit 702,1 (627,6; 316,8), Speisesalz mit 15,2 (14,4; 20,7) RPf. bezahlt.

Von sonstigen Hausbedarfsartikeln seinen erwähnt: Steinkohlen (Hausbrand) kosteten für 1 Ztr. frei Keller 138,5 (231,6; 140,0), Braunkohlenbriketts 158,8 (173,7; 109,2), Brennholz 266,8 (245,0; —) RPf. Koch- und Leuchtgas wurde mit 19,4 RPf. für 1 cbm bezahlt gegen 20,9 bezw. 20,8 in der gleichen Zeit des Vorjahres. 1 kwst Elektrizität (Licht) kostete 45,4 (46,9; —), 1 Liter Petroleum 38,8 (34,2; 20,5) und 1 kg Kernseife 112,1 (106,5; —) RPf.

*

Die Sicherungsstelle für Zeitgeschäfte der Berliner Produktenbörse.

Nach den schlimmen Erfahrungen, die der Getreidehandel infolge Fehlens jeder Sicherung für die Engagements im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft gemacht hat, sind, wie bereits gemeldet, die Vorbereitungen für die Schaffung einer Sicherungsstelle nunmehr so weit gefördert, daß mit dem Beginn ihrer Tätigkeit in aller Kürze gerechnet werden kann. Die Sicherungsstelle übernimmt die Haftung für alle Zeitgeschäfte, die auf Grund der vom Börsenvorstand festgesetzten Schlußscheinbedingungen für Zeitgeschäfte in Getreide und Mehl abgeschlossen sind. Die Vertragschließenden müssen zur Berliner Börse zugelassen sein. Die Mitglieder des Vereins Berliner Getreide- und Produktenhändler E. V. haben sich verpflichtet, für alle von ihnen getätigte Zeitgeschäfte die Sicherungsstelle in Anspruch zu nehmen. Auf alle Geschäfte ist ein Einschuß von 6 % des Vertragspreises zu leisten. Dieser muß im Laufe des folgenden Geschäftstages an die Sicherungsstelle abgeführt werden. Die Einschüsse können in barem Gelde, durch Bankgarantie, durch Hingabe von Wertpapieren, Schiffsdokumenten, Lagerscheinen geleistet werden. Bei einer Änderung des Preisstandes um 2 % oder mehr zuungunsten einer Vertragspartei ist diese verpflichtet, einen entsprechenden Nachschuß zu leisten; der geleistete Einschuß wird den Parteien zurückgegeben, sobald die Endabrechnung erfolgt ist, spätestens zwei Wochen nach Ablauf der vereinbarten Lieferfrist. Die Geschäftsbedingungen der Sicherungsstelle sind, wie ersichtlich, verhältnismäßig leicht gestellt worden, um den kapitalarmen Firmen der Getreidebranche das Eingehen von Zeitgeschäften überhaupt zu ermöglichen. Hiernach steht zu hoffen, daß das Zeitgeschäft in Getreide und Mehl an der Berliner Börse, nunmehr auf eine gesunde Basis gestellt, den Erwartungen entsprechen und die wichtigen ihm zufallenden Funktionen für die Folge reibungslos durchführen wird. Erwähnt sei noch, daß als Sicherungsstelle die Getreide-Kreditbank A.-G. fungiert.

*

Die Marktanleihen.

Zur Frage der Beleihung der Markanleihen durch die Banken des Berliner Kassenvereins hört das „B. T.", daß das Institut sich entschlossen hat, bis auf weiteres die Renten ungefähr zu einem Drittel des Wertes der Kurse des Freiverkehrs wieder zu lombardieren. U. a. ist der Beleihungswert für die 5 prozentige Reichsanleihe auf 0,1 Prozent (der gestrige Kurs der Renten im Freiverkehr schwankte zwischen 0,04—0,08 Prozent) festgesetzt worden. Diese Neuregelung ist jedoch nur als mehr provisorisches Übergangsstadium zu bezeichnen, da jetzt abgewartet werden muß, ob entsprechend des Ersuchens der Stempelvereinigung, der Bedingungsgemeinschaft und der Markkreditgemeinschaft, von einem Freiverkehr in Papiermarkanleihen vorläufig Abstand zu nehmen, in Zukunft ein Freiverkehrshandel völlig unterbleibt und aus diesem Grunde eine Norm für die Beleihungsgrenze ganz verloren geht.

*

Günstiger Stand der Zuckerrüben.

Die größtenteils warme, erst zum Schluß kühlere und wiederholt regnerische Witterung der vergangenen Woche erwies sich nach einem Bericht des Statistischen Büros von Licht als recht förderlich für die Weiterentwicklung der Rüben. Nur in einigen nördlichen Bezirken waren die Niederschläge noch nicht nachhaltig genug, und da sie in der Regel als Gewitterschauer auftraten, war ihre Verteilung auch sonst nicht überall gleichmäßig. Immerhin haben die wichtigsten Gebiete einstweilen genügend Feuchtigkeit, um ein gedeihliches Wachstum der Rüben zu gewährleisten. Klagen über Blattläuse liegen noch in den Magdeburger, Braunschweiger und Hallenser Bezirken vor. Im übrigen hat sich der Rübenstand gebessert und kann vorwiegend als befriedigend, stellenweise auch als gut betrachtet werden.

*

Anhaltender Arbeitermangel in der Kaliindustrie.

Die immer noch schwierige Beschaffung von gelernten Bergarbeitern für die Kalibergwerke des Werra-Tales und der Rhön hat jetzt eine kleine Abschwächung erfahren. Nach längeren Verhandlungen mit den Steinkohlenzechen des Ruhrgebietes ist es der Kaliindustrie endlich gelungen, von dort eine größere Anzahl von ausgebildeten Bergarbeitern überweisen zu bekommen, die für die Arbeit unter Tage geeignet sind. Trotzdem ist aber der Bedarf an Arbeitskräften noch lange nicht gedeckt, und es werden über die Zuwendung gelernter Bergarbeiter weitere Verhandlungen mit anderen Bergwerksbezirken geführt. Sollten diese nicht den erhofften Erfolg haben, so werden sich die Kalizechen des Werratales genötigt sehen, ausländische Arbeiter in größerer Umfange anzuwerben, denn auch die Zwangsuntersuchung der Erwerbslosen und die Sperrung der Erwerbslosenunterstützung für solche Arbeiter, die sich weigern, in den Kaliwerken zu arbeiten, haben leider nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Der Arbeitermangel war in der Kaliindustrie noch niemals so groß, wie gerade jetzt in der Zeit umfangreicher Aufträge.

*

Stillstand und Geldmangel in der polnischen Wirtschaft.

Am Lodzer Textilmarkt wurden nur wenig und ganz kleine Geschäfte abgeschlossen und die Zahlungstätigkeit der Kaufleute ließ sehr viel zu wünschen übrig. Die Zahl der Proteste nimmt immer mehr zu. Sowohl die Industriellen, als auch die Großhändler klagen, daß die Fälle der Zahlungsunfähigkeit immer häufiger werden. Es haben im Laufe der vergangenen Woche eine Reihe angesehener Textilunternehmer in den Städten Krakau, Nemy, Sacz, Sosnowitze, Kielce, Lublin, Kowno, Kutno usw. ihre Zahlungen eingestellt. Nicht wenig protestierte Wechsel sind auch aus Warschau eingetroffen. Eine Prolongierung der Wechsel verlangen neuerdings auch die oberschlesischen Kaufleute, die bisher stets ihren Verpflichtungen pünktlich nachgekommen sind. Hierdurch werden naturgemäß die Lieferanten bei der Annahme von Wechseln immer vorsichtiger, was wiederum auf den Handelsmarkt deprimierend zurückwirkt, und es ist auf eine größere Belebung in diesem Monat nicht mehr zu rechnen. Vorläufig diskontieren die Kaufleute, die Barzeck zur Entrichtung von Steuern benötigen, Wechsel bei Privatdiskonteuren gegen horrende Prozente, oder sie verkaufen ihre Standardwaren unter dem Selbstkostenpreis. Dies hat bereits manchen Kaufmann miniert. Die Umsatzsteuer, die in der Inflationszeit eingeführt wurde, beläuft sich auf 2½ Prozent und mit den Nebensteuern insgesamt auf 3½ Prozent. In den anderen Ländern beträgt die Umsatzsteuer: Südslavien 1 Prozent, Belgien 1 Prozent, Frankreich 1,10 Prozent, Litauen 1,2 Prozent, Ungarn 1,5 Prozent, Deutschland 1½ Prozent. Polen hat somit die höchste Umsatzsteuer aufzuweisen. Die Zahlungen und Verpflichtungen werden immer größer und die Bank von Polen erteilt nur geringen Kredit an ganz auserwählte Personen. Die Aktien der Bank von Polen werden mit 50 Prozent angeboten, die Bemühungen des zur Stützung des Kurses dieser Aktien gebildeten Konzerns scheint wenig Erfolg gehabt zu haben. Das Wirtschaftsleben Polens ist sehr kritisch. Die Bauern verkaufen ihr Getreide noch im Halm für die Ausfuhr, und durch die Folge des Hochwassers werden sie bald gezwungen sein, dasselbe Getreide wieder nach Polen zu höheren Preisen zurückzubringen.

*

Von den heutigen Börsen.

Devisenkurse vom 13. Juli.

London, 1 Pfund 20,390 Geld; Newyork 1 Dollar 4,195 Geld; Amsterdam-Rotterdam 100 Gulden 168,38 Geld; Brüssel-Antwerpen 100 Franken 19,55 Geld, Oslo 100 Kronen 72,71 Geld; Italien 100 Lire 15,55 Geld; Jugoslawien 100 Dinar 7,37 Geld; Kopenhagen 100 Kronen 86,12 Geld; Paris 100 Franken 19,75 Geld; Prag 100 Kronen 12,428 Geld; Schweiz 100 Franken 81,46 Geld; Stockholm-Gothenburg 100 Kronen 112,71 Geld; Wien 100 Schilling 59,054 Geld.

Berliner Börse vom 13. Juli.

Da die aus den verschiedenen Industrien über Stillegungen und Arbeiterentlassungen vorhandenen Meldungen, welche von der Börse als Beweis für die bestehende Wirtschafts- und Reinigungskrisis angesehen werde, sich häufen, blieb die Stimmung im Börsenverkehr auch zu Beginn der neuen Woche bei äußerst eingeschränktem Geschäft lustlos, uneinheitlich und überwiegend mit rückgängiger Kursbildung. Schwach lagen namentlich Montanwerte bei Rückgängen von 1—2 Prozent, wobei Befürchtungen vor erneuter Kapitalzusammenlegung eine Hauptrolle spielten. Etwas bessere Veranlagung ließen von vornherein Kali-, chemische und Elektrizitätswerte erkennen. Bei diesen überwogen Kursbesserungen bis 1 Prozent, bei Kaliwerke Aschersleben 2 Prozent und bei A.E.G. 3 Prozent. Das Geschäft in diesen Papieren belebte sich später etwas und diese feste Haltung gab der Börse einen gewissen Rückhalt. In Maschinenfabrik-, Metall- und Nebenpapieren waren die Kursveränderungen bei ganz belanglosen Umsätzen nicht erheblich. Schiffahrtswerte waren wenig verändert und Bankaktien bröckelten weiter ab. In den Kriegsanleihen hat nun auch infolge der Einwirkungen der Banken- und Maklerverein gungen der Freiverkehr so gut wie völlig ausgehört. Am Geldmarkt ist eine weitere Entspannung eingetreten. Tägliches Geld war reichlich vorhanden zum Satze von 8½ bis 10 Prozent.

Berliner Produktenbörse vom 13. Juli.

Die amerikanischen Preissteigerungen haben auf dem hiesigen Produktenverkehr keinen nennenswerten Einfluß ausgeübt. Die cif-Forderungen für Auslandsware und auch die Forderungen für Inlandsware sind zwar etwas erhöht worden, vermochten sich aber zeitweise nicht durchzuhalten. Die Preise für Weizen und Roggen im Lieferungs- und Lococgeschäft sind kaum verändert. Wintergerste war sehr stark angeboten, fand aber nur bei verhältnismäßig billiger Ware Beachtung. In Hafer, Mais und Futterartikeln verlief das Geschäft bei wenig veränderten Preisen ruhig.

Berliner Produktenmarkt vom 13. Juli.

Weizen, märkischer 260¼; Roggen, märkischer 225—228; Winter- und Futtergerste 200—215; Hafer, märkischer 238—243; Weizenmehl 33¾—36; Roggenmehl 31—33¾; Weizenkleie 12,70—12,80; Roggenkleie 13,90—13,40; Raps 340—345; Viktoriaerbsen 28—34; kleine Speiseerbsen 25—26¼; Futtererbsen 22—26; Peluschken 23—26½; Ackerbohnen 24—26; Wicken 26—27¼; blaue Lupinen 12—13; gelbe Lupinen 15—16¼; Rapskuchen 15,40—15,60; Leinkuchen 22,20—22,30; Trockenschnitzel 10,80—11,20; Zuckerschnitzel 17—19; Torfmelasse 9,40 bis 9,50; Kartoffelflocken 24—24,40. — Mehl und die übrigen Artikel für 100 Kilogramm. Getreide versteht sich für 1000 Kilogramm.

Leipziger Produktenbörse vom 11. Juli.

Weizen, inländischer 272—280; Roggen, inländischer 234—244; Sommergerste 230—265; Wintergerste 190—202; Hafer, inländischer 225—255; Mais, amerikanischer 220—240; Raps 330—350; Erbsen 250—280. — Die Preise verstehen sich für 1000 Kilo netto für Ware, prompt Bahnstation frachtfrei Leipzig in Reichsmark. — Alle Notierungen bez. u. Br. Tendenz: behauptet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250713-11/fragment/page=0006

Aus aller Welt.

Der neue Berliner Funksender.

Die Versuche mit dem neuen Sender auf dem Ausstellungsgelände am Bahnhof Witzleben sind in vollem Gange. Der Sender ist ein den neuesten Anforderungen entsprechender Zwischenkreisröhrensender mit Frequenzsteuerung. Die Modulation der Trägerwelle erfolgt wie bei den übrigen Zeitunksendern nach der Gittergleichstrommethode. Aufgestellt ist der Sender in der linken Seitengalerie des Funkhauses; das zugehörige Maschinenanlage ist in den Kellerräumen untergebracht. Die T-förmige Antenne besteht aus fünf parallelen Drähten von je 68 Metern Länge, die in einer Höhe von 80 Metern zwischen den 180 Meter hohen Gittertürmen ausgespannt sind. In etwa 25 Meter Höhe befindet sich ein entsprechend geformtes Gegengewicht. Von den Berliner Rundfunkhörern werden nur die im unmittelbaren Umkreis von 2 Kilometern wohnenden Teilnehmer im Westen eine wesentlich größere Lautstärke beobachten können. In den übrigen Stadtteilen wird wegen der Verlegung des Senders aus der Stadtmitte kaum eine Energiezunahme festzustellen sein, zumal der Sender am Magdeburger Platz inzwischen durch Hinzuschalten zweiter weiterer Sendröhren auf die dreifache Leistung verstärkt worden ist. Die Inbetriebnahme des neuen Senders ist nach nicht abzusehen. Voraussichtlich wird er bei der Eröffnung der zweiten Berliner Funkausstellung im September den Ausstellungsbesuchern im Betrieb vorgeführt werden können.

Um die „Laubfrösche".

Die französische Autofirma Citroen — der „französische Ford" — führt gegenwärtig einen erbitterten Kampf gegen die deutsche Autofirma Opel. Die Franzosen behaupten, der bekannte kleine Opel-Wagen, der sogenannte „Laubfrosch", der gegenwärtig in Serien von fast 100 Stück täglich hergestellt wird, aber doch wenigstens die Opel-Zweisitzertype, sei Punkt für Punkt eine glatte Nachahmung des Citroen-Kleinwagens. — Nun ist zu bemerken, daß Citroen in Deutschland gar keine Patente besitzt, aber die Firma stützt sich auf ein vor längerer Zeit ergangenes grundlegendes Reichsgerichtsurteil, das in gewissen Fällen gewerblichen Rechtsschutz über den Umfang des Patent- und Musterschutzgesetzes hinaus zubilligt, nämlich dann, wenn eine fremde Fabrikationsanordnung in jeder Einzelheit und so pflichtlich nachgeahmt ist, daß es sich offenbar um einen sittenwidrigen geistigen Diebstahl handelt. Die Firma Opel bestreitet das natürlich sehr energisch. — In der Klage, die Citroen gegen Opel deswegen angestrengt hat, stand dieser Tage — am 10. Juli — vor der Spezialkammer für Patentsachen des Landgerichts I Termin an. Der Vertreter der fraglichen Firma stellte den Antrag, der Firma Opel vorerst auf zwei Jahre die Herstellung der kleinen Zweisitzertype zu untersagen. Der Anwalt der deutschen Autofirma verlangte Sicherheitsleistungen für die Prozeßkosten, da es sich um eine ausländische Firma handelt. Demgemäß wurde der Firma Citroen auferlegt, durch eine Bankgarantie in Höhe von 50 000 für die Prozeßkosten dreier Instanzen zu stellen. Ist das geschehen, so soll im nächsten Termin, Ende Oktober, verhandelt werden. — Auf unsere Anfrage teilt uns die Direktion der Firma Adam Opel folgendes mit: „Zutreffend ist lediglich, daß die Firma Citroen, ohne sich auf einen Patentschutz stützen zu können, eine Klage gegen die Firma Opel wegen des Zweisitzers eingereicht hat. Das Gericht hat ihr zunächst aufgegeben, einen erheblichen, der Summe nach noch nicht feststehenden, Prozeßkostenbetrag sicherzustellen, bevor in eine sachliche Verhandlung eingetreten wird. Im übrigen sind die von der Firma Citroen in der Klage erhobenen Ansprüche völlig unbegründet. Die Firma Opel wird jedem, der von der Firma Citroen unzutreffende Behauptungen übernimmt oder verbreitet, in vollem Umfange ersatzpflichtig machen.

Aus Geldgier das eigene Kind ermordet.

Vor einigen Tagen wurde in Montheo im Kanton Wallis Maria Mornay unter der Anklage verhaftet, ihren vierzehnjährigen Sohn ermordet zu haben, um die Summe von 16 000 Franken zu erhalten, für die sein Leben versichert war. Wie die „Tribune de Genève" meldet, war der Hauptbelastungszeuge ein früherer Arbeiter im Hause der Mornay, welchen die Mörderin gegen Zahlung von 100 Franken zum Morde an dem Kinde anstiften wollte. Der Arbeiter, der das Kind im Schlafe umbringen sollte, lehnte jedoch vor der Tat, trotzdem die entmenschte Mutter seine Belohnung erhöhen wollte und ihm 5000 Franken versprach, wenn er auch den andern, 27jährigen Sohn, der mit 20 000 Franken versichert ist, aus dem Leben schaffte. Die Mörderin, die in zweiter Ehe lebt, wohnte mit dem Manne und den beiden Söhnen erster Ehe in einem Gebäude ihrer Besitzung bei Montheo. Eines Morgens sahen die Einwohner des Ortes einen Karren vor dem dortigen Krankenhause halten, auf welchem die Leiche des Knaben lag; die Mutter fuhr den Karren selbst. Sie erklärte dem Arzte, der Knabe sei von einer Treppe gestürzt. Nachdem ein Schädelbruch festgestellt war, verschaffte das Weib sich eine kleine Bahre und kehrte mit der Leiche des Knaben nach Hause zurück. Die Polizei ordnete die Autopsie der Leiche an, da Verdachtsgründe bekannt wurden. Bei dem ersten Verhör leugnete die Angeklagte, dann gab sie zu, den Jungen wegen Unfolgsamkeit geschlagen zu haben. (Nach einer neueren Meldung hat sich die Mörderin in ihrer Zelle erhängt. Man fand bei ihr einen Brief an den älteren Sohn, den die Mutter zum Selbstmord aufforderte, um einer Verhaftung zu entgehen. Die Red.)

Keine Hochwassergefahr für die Weichselniederung.

Erkundigungen im Marienwerder haben ergeben, daß für die Weichselniederung im Regierungsbezirk Westpreußens keine Gefahr besteht. Nach Aussagen des Deichhauptmanns von Marienwerder sind die Dämme noch so intakt, daß sie den Fluten des Hochwassers widerstehen können. An besonders gefährdeten Stellen ist natürlich die nötige Bewachung gesorgt. Es besteht aber die Zuversicht, daß die Dämme, nachdem sie der Hauptwelle, die gestern abend an Marienwerder vorbeikam, standgehalten haben, auch für die nächsten Tage handhalten können. Zu der von Wolff verbreiteten Meldung über einen Weichseldammbruch im alten Westpreußen berichtet der „Tag" auf telephonische Erkundigungen in Marienwerder und Schneidemühl: In der Marienwerder Regierung ist nichts von einem Dammbruch bekannt. Dies Gerücht scheint entstanden zu sein, weil ein Bewohner des Dorfes Kurzebrack aus Graudenz einen Brief bekommen hat, in welchem von einem Weichseldammbruch bei Grandenz Mitteilung gemacht wird und der Kurzebracker Bevölkerung geraten wird, alles zu verkaufen und die Gegend zu verlassen. Der Gewährsmann des „Tag" sieht darin nur eine politische Provokation, ein Manöver, um die deutsche Bevölkerung zur Abwanderung und zum Verkauf ihrer Besitztümer zu veranlassen. Augenblicklich sei der Stand der Weichsel 5,12 Meter über normal.

Industrie und Fremdenverkehr in Tirol.

Innsbruck. Die Verlegung des Magnesitwerkes aus dem hinteren Zillertale in die Nähe von Jenbach im Inntale wird bevorzugt werden können. (Wie haben vor einigen Monaten über diese besonders für Naturfreunde und Erholungsuchende interessante Angelegenheit berichtet. Die Red.) Die amtliche Begehung an Ort und Stelle brachte nur einige leichte Bedenken der Anrainer, sonst aber im allgemeinen die Zustimmung der Kommission, wenn entsprechende Vorkehrungen gegen Staub-, Rauch- und Gasentwicklung getroffen werden. Die Gemeinde Jenbach beschäftigt sich Beschlußfassung und Entscheidung vor; sie wird auf Kosten der Konzessionswerber Vertreter in die Schweiz entsenden, um dort in der Nähe von Zürich eine gleiche Anlage zu besichtigen, welche die gleichen Maßnahmen gegen Staub- und Rauchentwicklung besitzt, wie sie beim Magnesitwerke der Alpenländischen Bergbau-Gesellschaft in Jenbach vorgesehen sind.

Die Schätze der Romanows.

Die Sowjetregierung veranstaltete kürzlich für das gesamte diplomatische Korps eine Ausstellung der Juwelen des Zarenhauses Romanow. Die „Rote Zeitung" beschreibt den zarenhaften Glanz der auf einem großen Tisch ausgebreiteten Juwelen, die jedoch nur ein Bruchteil des reichen Schatzes darstellen. U. a. sah man dort die schwere Brillantenkrone des Kaiserin Katharina, das Szepter ihres Günstlings Orlows, eine Brosche mit einem walnußgroßen Saphir, ein Bouquet aus Brillanten sowie ein Unmenge von Kronen, Tabaksdosen, Halsbändern mit kostbaren Edelsteinen besetzt. Überraschend war der Anblick der Osteeier, die der letzte Zar seiner Gemahlin zu Ostern schenkte, ein Wunder der Juwelierkunst. In einem von Brillanten besäten Ei befindet sich das Modell des Moskauer Kremls mit dem Uspenski-Dom, durch dessen Fenster die Priester und die betende Gemeinde sichtbar sind. Ein Meisterwerk ist auch ein goldener Strauch mit Blättern aus farbigem Edelstein und Blumen aus Brillanten; drückt man auf einen Knopf, so fliegt eine kleine Nachtigall aus Saphiren auf, flattert mit den Flügeln und singt ein Liedchen. Der gesamte von den Bolschewisten bei der Revolution beschlagnahmte Schatz gehört jetzt dem Nationalisierten Brillantenfonds der Sowjetregierung.

Verhaftung eines Fälschers.

Wien. Die Verhaftung eines Stempelfälschers, dessen Tätigkeit nach Berlin hinüberspielt, erregt hier Aufsehen. Bei einem Gravour hatte ein Russe, der sich als Beamter der hiesigen Sowjetgesandtschaft ausgab, eine Anzahl von Stempeln bestellt, die zur Herstellung von Geheimdokumenten dienen sollten. Einige dieser Stempel lauteten z. B. „Ausländische Abteilung — Geheimdepartement" oder „Chef der Tschekа" oder „Das Exekutivkomitee der Kommunen"; alle waren streng vertraulich. Da der Besteller jedoch einen kleinen Rest des Kaufpreises unbeglichen gelassen hatte, so wandte sich die Firma an die russische Gesandtschaft und erfuhr dort, daß diese mit der Sache gar nichts zu tun habe. Daraufhin wurde der Besteller mit der Aufklärung betraut und ihr gelang es bald, den Besteller des Stempel zu verhaften. Er behauptet im Auftrage eines Herrn kommunistischen Russen namens Alexander Gawrylow gehandelt zu haben. Er habe gewußt, daß Gawrylow Stempel zur Propaganda gegen die Bolschewiken herstellen wolle, habe jedoch nicht geahnt, daß es sich um Fälschungen handele. Dieser Gawrylow ist ein Nachrichtenschwindler; er war vor fünf Jahren aus Wien ausgewiesen und weilt augenblicklich in Berlin. Die Berliner Kriminalpolizei ist verständigt worden. Es bleibt abzuwarten, ob gewisse russische Dokumente, die man bisher für echt hielt, jetzt etwa als Fälschungen erkannt werden.

Wie wir auf eine Anfrage bei der Abteilung IA der Berliner Polizei erfahren sind die Ermittlungen nach dem Russen Gawrylow bereits aufgenommen worden.

* **Eine interessante Eheschließung.** Das „Neue Achtuhr-Abendblatt" in Wien will erfahren haben, daß die Enkelin des Kaisers Franz Joseph, die Fürstin Windischgrätz, demnächst den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Peanek heiraten werde. Elisabeth Windischgrätz, die seinerzeit das Schloß Schönau bewohnte, sollte infolge ihres Scheidungsprozesses aus dem Schlosse gewiesen werden. Die Fürstin rief die Vermittlung des Arbeiterrats an, der sich ihrer annahm. Seit dieser Zeit stammen die Beziehungen der Fürstin zu dem sozialdemokratischen Abgeordneten Peanek und zur Sozialdemokratischen Partei, deren eingeschriebene Mitglied die Fürstin sein soll.

* **Die Berliner „Affären".** Über den Stand der verschiedenen Verfahren wegen Kreditvergehen erfährt unser Berliner Vertreter vor zuständiger Stelle, daß im Falle Kutisker die Voruntersuchung demnächst abgeschlossen sein dürfte. Im Falle Barmat dagegen ist mit nicht einer monatelangen Voruntersuchung zu rechnen. Im Falle Michael war ebenfalls ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, dagegen ist es nicht zu einer Voruntersuchung gekommen und das Verfahren dürfte bald zur Einstellung gelangen. Gegen Regierungsrat Bartels, mit dessen Verhaftung das Kutisker-Verfahren und damit die ganze Reihe von Kreditangelegenheiten begann, ist Anklage auf Bestechung eingereicht. Gleichzeitig wird bekannt gegeben, daß der in der Barmat-Affäre tätig gewesene Assessor Klaßmann, dessen eigenartige Verhaftungsmethode mit Flugzeug unliebsames Aufsehen erregt hat, seit dem 1. Juli bei der Staatsanwaltschaft keinen Dienst mehr tut. Die Reisefreiheit Kußmanns in Holland, die sich über 2½ Monate erstreckte, hat ihm die erste Mißstimmung des Justizministeriums eingetragen, doch wird hinzugefügt, daß die im Anschluß daran verbreiteten Meldungen über ein großes Sektgelage, das in der Nacht vor der Verhaftung der Barmats stattgefunden haben soll, und über eine Verhaftung Kußmanns in Holland wegen unerlaubter Grenzüberschreitung nicht den Tatsachen entsprechen sollen.

Sven Hedin und Dr. Eckener. Wie das „Berliner Tageblatt" aus Stockholm erfährt, erklärte Sven Hedin in einem Interview, er treffe Vorbereitungen, um mit einem Zeppelin die noch unbekannten Gebiete Innerasiens zu erforschen. Er habe zu diesem Zwecke bereits Verhandlungen mit Dr. Eckener angeknüpft. Es seien natürlich noch manche Schwierigkeiten zu lösen, bevor das Unternehmen verwirklicht werden könne. U. a. seien auch gewisse Klauseln des Versailler Vertrages zu erörtern. Sven Hedin ist der Meinung, daß mit dem Luftschiff zunächst leichtere Flüge in der Polargegend unternommen werden sollten. Diese würden wahrscheinlich unter Aufsicht Nansens im Sommer 1927 stattfinden. Die Hauptbedingung für seine, Sven Hedins, Mitarbeit bei dem Fluge sei, daß Eckener selbst die Leitung des Luftschiffes übernehme.

Wie groß ist Berlin? Nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung in Berlin wurden insgesamt ermittelt: in 1 210 923 Haushaltungen 1 796 592 männliche und 2 105 206 weibliche, zusammen 3 902 738 ortsanwesende Personen. Für 16 862 Haushaltungen liegen Angaben noch nicht vor. Vermutlich wird die ortsanwesende Bevölkerung rund 3 950 000 Personen ausmachen.

Bücherecke.

Erziehung zur religiösen Bildung. Von Studienrat Dr. R. Schermann. Preis 4 ℳ, in Leinen 5 ℳ. Verlag Quelle & Meyer in Leipzig. — Der Religionsunterricht ist heute hart umkämpftes Streitgebiet. Die Meinungen sind ungeklärt. Gegner und Parteien führen Gründe für und wider an. Da wird dies Buch eines erfahrenen Pädagogen Klarheit schaffen. Es tritt nicht nur für die Neugestaltung des Religionsunterrichtes ein, sondern es weist nach, daß dieser Bildungsstoff in hervorragendem Sinne ist. Die Schule von heute — ob Reformschule oder nicht — bringt immer noch an den Schüler so viel Wissensstoff, daß das Ideal einer einheitlichen, organischen Bildung verloren ist. Sie gibt kaum ein Weltbild, geschweige denn eine Weltanschauung, die organische Zusammenschau von einem Wirkpunkt aus ist. Da sieht es der Verfasser als die eine Aufgabe des Religionsunterrichtes an, aus dem verwirrenden Gemenge der einzelnen Fächer eine wertvolle Einheit zu schaffen. Die zweite, vielleicht noch wertvollere Aufgabe besteht darin, den durch Zivilisation innerlich zwecklos und wertlos gewordenen Menschen wieder Aufgaben und Ziele zu setzen, die zu wirklichen Werten führen. Von Hier aus ergibt sich die Gestaltung des Religionsunterrichts. Wie dies praktisch durchzuführen ist, wird an der Behandlung der Bibel, der Kirchengeschichte und an praktischen Fragen gezeigt. So wird dies Buch zu einem lebendigen und wertschaffenden Religionsunterricht führen und an seinem Teile mithelfen an dem Wiederaufbau.

Verantwortlich: Franz Rößmann.

Verantwortlich: Dr. phil. Siegfried Berger für den politischen Teil, Kunst und Feuilleton; i. V. Dr. Siegfried Berger für Provinz, Lokales, und Vermischtes; Karl Sättele für Volkswirtschaft u. Sport; Kurt Rößner für den Anzeigen- und Reklameteil. Unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Rückporto ist in jedem Falle beizulegen.

Berliner Vertretung: Walter Lehmann, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Str. 50.

Druck und Verlag der Firma Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Kirchliche Nachrichten.
Stadt. Getauft: Ingrid, T. d. Hammerschmied K. Eisenkrämer; Heinrich, S. d. Polizeiaufsehers W. Götze; Bernhard, S. d. Zimmermann J. Loel. — Beerdigt: Frl. Luise Tänzer.
Neumarkt. Getauft: Heinz Rudi, S. d. Arb. Biermann; Anita Auguste Emilie, T. des Schriftsetz. Buschendorf. — Getraut: d. Mchan. E. Schlimichen mit Frau E. geb. Diesjch. — Beerdigt: Helmut, S. d. Arb. Sonntag.
Altenburg. Getauft: Ilse, T. d. Werkzeugmachers Merkel; Christel, T. d. Elektromonteurs Rosenbaum; Ella, T. d. Schmiedes Tilauer.

Schlafstelle frei!
Zu erfr. in der Geschäftsstelle d. Bl.

Drei Zimmer
mit Küche und Gartenbenutzung sofort zu vermieten. Zu erfragen i. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Zwei Räume
für Büro oder Werkstelle passend, zu vermieten
Gotthardstr. 29.

Suche
möbliert. Zimmer
Angebote unter 709 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Zirka 15 Morgen Acker nebst Hausplan, auch zu Bauzellen passend, erb. schriftsholder zu verkaufen.
Franz Börner,
Windberg 2, Tel. 425.

Junges Maultier
(äußerst zugfest) verkauft
Gestüghofhof Merseburg
Lindenstraße 10

1 hochtrag. Kuh
steht zum Verkauf
Dölkau Nr. 3.

Statt Karten.
August Maltry
Studienassessor a. d. Realschule in Merseburg
Anna Magdalena Maltry
geb Baumer
Vermählte
Maxhütte-Haidhof, Oberpfalz, im Juli 1925.

An den Folgen eines schweren Unglücksfalles verschied am 11. Juli mein herzensguter Mann, unser lieber treusorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel
der Schlosser
Gustav Schmidt
im 47. Lebensjahr.
Im Namen der Hinterbliebenen
Frau Verw. Marie Schmidt
geb. Berger und Kinder.
Merseburg, den 13. Juli 1925.
Die Einäscherung findet in Halle statt. Kranzspenden dankend verbeten.

Sonnabend früh 5¼ Uhr verstarb nach längerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute, treusorgende Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Großmutter
Frau **Johanna Haugk,**
verw. Eger geb. Dietrich
im 66. Lebensjahr.
Dies zeigen tiefbetrübt an der trauernde Gatte
Friedrich Haugk,
Elise Mettin, geb. Eger,
Martha Jakob, geb. Eger
und Enkelkinder.
Merseburg, Brühl 12, d. 13. Juli 1925.
Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 4 Uhr v. d. Kapelle d. Stadtfriedhofes aus statt.

Sonnabend morgen nahm Gott durch einen sanften Tod mein gutes Mütterchen, unser liebes Großmütterchen
Frau verwitwete Steuer-Inspektor
Luise Trede
im 89. Lebensjahre stehend, zu sich in die Ewigkeit.
In tiefem Schmerz
Ww. Marie Träger
Hugo Träger
Luise Träger.
Merseburg, den 11. Juli 1925.
Trauerfeier und Einäscherung findet Dienstag 1 Uhr in Halle a. S. auf dem Gertrauden-Friedhof, kleine Kapelle, statt.

Am 11. d. M., abends 9 Uhr entschlief sanft, nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine liebe Frau, unsere herzensgute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter und Großmutter
Frau Emilie Hauptmann
geb. Zieger
im Alter von 67 Jahren.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Adolf Hauptmann.
Burgstaden b. Lanchstädt, 13. Juli 25.
Die Beerdigung findet am 14. Juli 1925, nachmittags 4 Uhr statt.

Wer sparen will an Inseraten, wird stets nur seiner Firma schaden.

Acker- und Wiesenverpachtung.
Sonnabend, den 18. Juli d. Js., nachmittags 5 Uhr, findet im Schlachthof-Restaurant hier, Weißenfelser Str. 70, die Verpachtung von zirka 18 Morgen Acker, der Frau Rektor Röthe gehörig und zwischen Mücheln'schem Bahngleis und Güterbahnhof bezw. Pobleschen Wege gelegen, in 2 Plänen, und zirka 17 Morgen Acker und zirka 3 Morgen Wiese, der Frau Ww. Fernau in Leuna gehörig und in dortiger und hiesiger Flur gelegen, in Parzellen von 1—6 Morgen, öffentlich meistbietend auf 6 hintereinanderfolgende Jahre statt. Bedingungen im Termin.
A. Frank, beeid. Aukt. Merseburg.

Obstverpachtung.
Die Hartobstnutzung an den Straßen
Artern—Merseburg—Leipzig, km 61,135 bis 62,940, bei Wegwitz,
Leipzig—Dürrenberg, km 5,0 bis 6,8, und der Lützener Zollstraße, km 3,6 bis 5,4 soll
Freitag, den 17. d. Mts., früh 10½ Uhr, im Gasthof „Zur Eisenbahnbrücke" in Dürrenberg öffentlich an die Meistbietenden verpachtet werden.
Bedingungen werden im Termin bekannt gemacht.
Dürrenberg, den 12. Juli 1925.
Daßdorf, Provinzialstraßenmeister.

Mittwoch, d. 15. Juli, 10 Uhr vormittags soll im Gasthaus zu Benndorf das Obst der Plantage des Rittergutes Benndorf meistbietend verpachtet werden.
Rittergutsgärnerei Benndorf.

Wir kaufen einige hundert Zentner gutes
Wiesenheu
und Hafer.
Niederlage
Brauerei Sternburg
Naulandstr. 8

Gebrauchtes nur gut erhaltenes
Herrenfahrrad
zu kaufen gesucht. Angeb. m. Preisang. unt. 705 a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Jedes Quantum
Wachs- und grüne Bohnen
sowie diverse Gemüse verkauft zu wohl herabgesetzten Preisen
Gemüsebau Rischmühle

Gebrauchter, noch gut erhaltener
Dreischwagen
zu kaufen gesucht.
Obere Burgstraße 7.

Alleinstehender Herr
24 J., sucht die Bekanntschaft einer netten, jungen Dame zwecks Heirat. Ang. unt. 704 a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Laufhosen
lederfarbig für Pfadfinder **10.50** Mk.
Hildebrandt
Kl. Ritterstr. 13.

Älteres, zuverlässiges
Alleinmädchen
ges. Mit Zeugn. z. melden Clodicauer Straße 8, 2 Tr.

Ehrliches, fleißiges
Mädchen
15 bis 18 Jahre alt, welche zu Hause schlafen kann, sofort gesucht. Ang. unt. 708 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Junges Mädchen
für Milch austragen gesucht. Zu erfragen an der Geisel 3, 1 Tr. nachm. von 4—6 Uhr.

Reinemachefrau
für Sonnabend per sofort gesucht
B. Lundenberg,
Merseburg, Delaraube 9.

Zum August suche junges
Stubenmädchen
das Erfahrung in Zimmerreinigen, Nähen u. Plätten hat. Meldungen mit Zeugn. und Gehaltsf. erbeten.
Rittergut Groß-Kayna,
Bahnst. Frankleben.

Aufwartung
Frau oder älteres Mädchen) f. einige Stund. vorm. gesucht
Christianenstraße 5, II l.

Hofhund
Jagdrasse, zugelaufen. Abzuholen Gotthardstr. 29, 1 Treppe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250713-11/fragment/page=0007

Beginn unseres Sommer-Ausverkaufs

am Mittwoch, den 15. Juli 1925.

Derselbe bietet wie stets selten günstige Gelegenheit zum Einkauf von Herren- u. Damen-Wäsche, Bettwäsche, Tischwäsche, Küchenwäsche usw.

Weddy-Poenicke & Steckner A.-G.

Kleine Ritterstraße 4 — Merseburg a. S. — Kleine Ritterstraße 4

Lichtspielpalast Sonne

Programm von Dienstag bis Donnerstag

Nur 3 Tage

Das Prachtwerk feinster Stimmungsmalerei

Die Stimme des Herzens!

Ein Filmwerk, überreich an seelischen Konflikten jedoch von größter Prachtentfaltung mit den vorzüglichen Darstellern

Gräf. Agnes Esterhazy als Edda Tompson
Mary Johnson als Helga Petersen.

Außerdem Fritz Kampers, Olaf Storm, Kaiser Heyl, Louis Ralf usw.

Originalaufnahmen von Skandinaviens Wäldern u. Fjorden

Hierzu ein auserwähltes Beiprogramm

Anfang 5½ und 8 Uhr.

A. D. A. C.
Kraftfahrklub Merseburg.
Donnerstag, den 16 Juli, abends 8 Uhr
Versammlung
im „Ratskeller".

Casino
Mittwoch, den 15. Juli, abends 8 Uhr.
2. Abonnement-Garten-Konzert
des Reischke-Orchesters.
Einen genußreichen Abend versprechend, laden hierzu, auch Nichtabonnenten, höflichst ein
Otto Reischke, Musikmeister a. D. A. Linden.
NB. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.

Z ZUBAN
Isarlust
3 ₰ Schlager
die Marke des anspruchsvollen Kettenrauchers.
Mit Goldmundstück und ohne Mundstück.

„Kenner rauchen wohlbewußt Zuban Marke Isarlust!"

Suchen Sie? Haben Sie zu verkaufen?
Ohne Mühe
wird Ihnen Ihr Wunsch erfüllt, wenn Sie ihn der großen Leserzahl des „Merseburger Korrespondent" durch eine kleine Anzeige bekannt geben.

Morgen Dienstag
Schlachtefest
Ab 10 Uhr Gehacktes, Bratwurst, Wellfleisch, frische Wurst
Paul Trettin
Bahnhofstr. 10, Clobicauer Str. 9 und Neumarkt 45.

Quartiere gesucht.
Zur Unterbringung der Teilnehmer des 10. Lehrganges zur Förderung der Jugendpflege vom 18. bis 29. Juli suche ich noch einige einfache Bürgerquartiere.
Angebote mit Preisangabe erbitte schleunigst.
Hemprich, Bezirksjugendpfleger.
Seffnerstraße 2.

Zum Tode verurteilt sind
in ½ Std. unter Garantie
Läuse, Wanzen Flöhe, Brut u. Mensch u. Tier m. „Rieseldo", gef. geschützt. Mitt. 100000 mal bewährt. Friseur Wenzel, Ob. Burgstr. 6

Dienstag — Mittwoch
die letzten Ausverkaufstage!
Versäumen Sie nicht die selten günstige Kaufgelegenheit für Qualitätswaren zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Otto Dobkowitz
Merseburg a. S., Entenplan 8.

Achtung! Achtung!
Morgen Dienstag findet wieder in der Markthalle in Neu-Rössen ein
großer billiger Seefischverkauf
der Geestemünder Firma statt.

Achtung! Achtung!
Von Mittwoch, dem 15. d. Mts. ab stehen wieder
große Transporte
bester hochtragend, und frischmelkender
Kühe und **Kalben**
(Ostfriesen- und Kreuzungsrassen), dabei auch
Zugvieh
bei uns besonders preiswert zum Verkauf.
Gustav Daniel & Co.,
Fernspr. 57 Weißenfels a. S. Vieh- u. Pferdehandelsgeschäft.

Bekanntmachung

betreffend die Veranlagung der landwirtschaftlichen Umsätze des Wirtschaftsjahres 1924/25.

Gemäß § 35 des Umsatzsteuergesetzes in der Fassung des Steuerüberleitungsgesetzes vom 29. Mai 1925 haben die Angehörigen der Land- und Forstwirtschaft sowie des Gartenbaues innerhalb des Monats Juli 1925 eine Steuererklärung über die Umsätze des Wirtschaftsjahres 1924/25 (Zeit vom 1. Juli 1924 bis 30. Juni 1925) abzugeben.

Die hiernach Verpflichteten im Bezirk des Finanzamts Merseburg werden hierdurch aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen bis spätestens 31. Juli 1925 bei dem unterzeichneten Finanzamt schriftlich einzureichen oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.

Von der Abgabe einer Steuererklärung sind befreit:

a) die buchführenden Landwirte, die auf Grund sorgfältiger Prüfung nach bestem Wissen und Gewissen die Überzeugung erlangen, daß die Summe der Vorannmeldungen, die sie über die Umsätze des Wirtschaftsjahres 1924/25 abgegeben haben, und die Summe der geleisteten Vorauszahlungen ihren tatsächlichen steuerpflichtigen Umsätzen im Wirtschaftsjahr 1924/25 entspricht;

b) die nicht buchführenden Landwirte, die auf Grund sorgfältiger Prüfung nach bestem Wissen und Gewissen die Überzeugung erlangen, daß die für das Wirtschaftsjahr 1924/25 geleisteten Vorauszahlungen den nach den bisher bekanntgegebenen Richtzahlen und den nach den tatsächlichen, durch die Richtzahlen nicht abgegoltenen besonderen Umsätzen geschuldeten Beträgen entsprechen.

Vordrucke zur Steuererklärung werden bei dem unterzeichneten Finanzamt und bei dem Magistrat in Schkeuditz, Lützen, Leuchstädt und Schafstädt kostenlos abgegeben.

Nach Ablauf des Monats Juli kann denjenigen Umsatzsteuerpflichtigen, die eine Steuererklärung nicht abgegeben haben, nach dem Ermessen des Finanzamts ein Vordruck zur Umsatzsteuererklärung zur Ausfüllung binnen 2 Wochen übersandt werden. Die Einreichung der Erklärung kann durch — erforderlichenfalls zu wiederholende — Geldstrafen bis zu je 5000 M.M. erzwungen werden; Umwandlung in Haft ist zulässig. Das Gesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wissentlich unrichtige Angaben macht oder sonst vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit Geld- und Freiheitsstrafen; der Versuch ist strafbar. Bei verspäteter Einreichung einer vom Finanzamt angeforderten Umsatzsteuererklärung ist das Finanzamt berechtigt, einen Zuschlag bis zu 10 v. H. der endgültig festgesetzten Steuer aufzuerlegen.

Merseburg, den 11. Juli 1925.

Finanzamt.

Lästige Härchen
entfernt sofort schmerzlos Crinex-Enthaarungspuder. Zu haben: Adler-Drogerie.

Wiesen-Heu
kauft
Kurt Pabst,
Spergau bei Corbetha.

Spiel-Protokolle
zum
Preisskat
hält vorrätig
Buchdruck. Th. Rößner,
Kl. Ritterstr. 3.

Soeben erschien
Das Silberpaar
Eine ergötzliche Geschichte aus Kaffeesachsen
von
Siegfried Berger.
Verlag Ernst Schnelle, Bad Pyrmont und Merseburg.
*
Preis schmuck broschiert M. 1.00

Pallabona-Puder
reinigt und entfettet das staar auf trockenen Wege, macht es locker u. leicht zu frisieren, verleiht feinen Duft. Zu haben in Frisiergeschäft., Parfümer., Drogerien u. Apotheken.
Nachahmungen weise zurück.

„Ich war am ganzen Leibe mit **Flechten** behaftet, welche mich durch das ewige Juken Tag und Nacht peinigten. In 14 Tagen hat „Kucker's Patent-Medizinal-Seife" das Übel beseitigt. Diese Seife ist Hunderte wert. Ctrg. M.- Dazu Kukoob-Creme (nicht fettend u. reizlindernd). In allen Apotheken Drogerien u. Parfümerien erhältlich.
W. Kiesliich, Adler-Drogerie.
W. Mahlstedt, Ritter-Drog.
H. Woniger, Neumarkt-Drog.
Franz Wirth, Roßmarkt 1.
H. Weidgen Ww., Gotthardtstr.

Dienstag
Schlachtefest.
Richard Juckoff, Neumarkt 42.

Neue Kartoffeln
abzugeben Gentz 8.

Täglich frische
Einmache-Kirschen
(Schattenmorellen) zu haben
Unter-Altenburg Nr. 6.

Müller's Hotel
Preiswerter Mittagstisch
(Abonnement).

Ingenieur-Schule, Technikum
STRELITZ MECKLB.
Vorbereitung für die ingenieurpläne ab 1. Juli. Billiger Aufenthalt. Programm umsonst.

Jüngerer
Kraftwagenführer
mit längerer Fahrpraxis sofort gesucht.
Louis Nürnberger, Großviehhandel
Merseburg.

Wir suchen per sofort eventl. später eine
tüchtige, branchekundige Verkäuferin
für Baumwollwaren. Kenntnisse im Nähen erwünscht. — Ferner eine
tüchtige Verkaufskraft
für Damen- und Kinderkonfektion. Nur schriftliche Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten. Nur branchekundige junge Mädchen kommen in Frage.
H. Taitza, Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250713-11/fragment/page=0008

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatlich 2.— Mark, Mitte bei Abholung frei Haus. Abholerkarte halbmonatlich 0.35 Mark. Postbezug monatlich (Nachforderungsrecht vorbehalten). Einzelnummer 10 Pfennig. Sonnabends 20 Pfennig.

Im Falle von höherer Gewalt (Streik, Aufruhr usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geschäftsstelle: Kleine Ritterstraße 4.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger (Eingetragener Verein) Kreis Mitteldeutschland.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Amtsblatt der Stadt und des Landrathes Merseburg

mit den wöchentlichen Beiblättern: Die Zeit im Bild, der Unterhaltungsbeilage der vierzehntägigen Beilage: Bilder von Feld und Hof und dem zwanglos erscheinenden Ratgeber: Am häuslichen Herd

Anzeigenpreise: Für den achtgespaltenen Millimeterraum 40 Pfennig, im Reklameteil 40 Pfennig; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 20 Pfennig Aufschlag. — Familienanzeigen besonders ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet.

Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags.

Fernruf: Redaktion 336, Geschäftsstelle 466.

Postscheckkonto: Leipzig 39 028.

Nr. 161 — Montag, den 13. Juli 1925 — 52. Jahrgang

Getreidezölle und Getreidepreise.

Zur Agrar-Enquete der Reichstags-Ausschüsse.

Die Pause, die durch die Überweisung der Zollvorlage an den handelspolitischen Ausschuß des Reichstages in der öffentlichen Diskussion der Getreidezölle eingetreten ist, erscheint geeignet, neue Vorschläge sachlich zu prüfen. Vielleicht gelingt es auf diese Weise, die einander noch grundsätzlich widerstreitenden Meinungen in dieser Frage zum Ausgleich zu bringen. Überblickt man die bisherige Debatte, so ergibt sich, daß Getreidezölle im allgemeinen aus **drei Gründen** gefordert worden sind. **Erstens von einigen Theoretikern**, um Deutschland aus der als unangenehm empfundenen Abhängigkeit vom Weltmarkte zu befreien und durch einen „lückenlosen Zolltarif" zu einer autarken, d. h. vom Ausland in jeder Weise unabhängigen Volkswirtschaft zu machen. **Zweitens** werden insbesondere Agrarzölle verlangt, um gewissen Schwierigkeiten, in denen sich die deutsche Landwirtschaft augenblicklich befindet, für immer abzuhelfen. **Drittens**, um Positionen in unserem Zolltarif zu haben, die bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen mit Agrarstaaten als Kompensationsobjekt für die zu erreichenden Zugeständnisse hinsichtlich unserer Exportwaren benutzt werden können.

Während die grundsätzliche Rückentwicklung Deutschlands zur Selbstgenügsamkeit dem Entwicklungsgange der deutschen Volkswirtschaft seit etwa 100 Jahren vollkommen widerspricht und auch eigentlich nur von Professor Diehl-Freiburg (und auch von diesem nur in bestimmtem Umfange) auf der Stuttgarter Tagung des Vereins für Sozialpolitik im September 1924 gefordert wurde, fußt der Entwurf der Regierung im wesentlichen auf dem zweiten Argument, der Notlage der Landwirtschaft.

Zweifellos steht **die deutsche Landwirtschaft heute in einer Produktionskrise**, was ja auch übrigens für die Industrie im größten Umfange zutrifft. Die Schwierigkeiten auf beiden Gebieten der Erzeugung beruhen nämlich im wesentlichen auf der gleichen Voraussetzung, dem durch die Inflationsperiode hervorgerufenen Kapitalschwund in der deutschen Volkswirtschaft, der ein Wirtschaften in den Maßstäben, die wir bisher gewohnt waren, fast zur Unmöglichkeit macht. Aber daß dieser Krise der Landwirtschaft mit Getreidezöllen abgeholfen werden könne, ist eine Fehlanschauung der Regierung, die von den namhaftesten deutschen Wissenschaftlern (Sering, Aereboe, Auhagen, Harms usw.) längst widerlegt worden ist. Schutzzölle können doch nur den einen Sinn haben, die Auslandspreise um den Zollsatz zu verteuern, um so den heimischen Produzenten die Möglichkeit zu geben, seine Preise bis hart an den überhöhten Auslandspreis zu steigern. In der Tat hatte man in den 70er Jahren die Zölle folgerichtig in dieser Weise angewendet und die deutsche Landwirtschaft vor der Unterbietung durch das Ausland zu den damals rapide sinkenden Weltmarktpreisen bewahrt. Als die heutige Regierung ihren **Zolltarif-Entwurf** schuf, glaubte sie eine ähnliche Lage wie damals zu Grunde legen zu dürfen. Waren doch im Juni 1924 die Preise für einen Zentner Roggen auf 6,56 H und für einen Zentner Weizen auf 7,45 H gefallen gegenüber Preisen von 8,22 H und 9,94 H im Jahre 1913. Aber es bleibt doch folgender großer Unterschied bestehen: Zur Zeit der Bismarckschen Zollvorlage hatte das billige nord- und südamerikanische Getreide die Preise in Deutschland von 159 Mark pro Tonne Roggen und 216 Mark pro Tonne Weizen im Jahre 1871 auf 132 Mark bezw. im Jahre 1878 194 Mark heruntergedrückt. Hingegen lag im Jahre 1924 der Weltmarktpreis über den deutschen Preisen, was nur durch die **zusammengebrochene Kaufkraft der deutschen Bevölkerung** erklärt werden kann. Sobald diese Kaufkraft durch Kredite des Auslandes gestärkt wurde, konnte die Landwirtschaft die aufsteigende Konjunktur auf dem Weltgetreidemarkte mitmachen, die den Roggenpreis bald auf 12,25 H und den Weizenpreis auf 12,43 H im Februar 1925 führte. Es war ein Stand erreicht, der für Roggen um zirka 50 Prozent und für Weizen um zirka 25 Prozent über dem Preise von 1913 lag.

War somit eine augenblickliche Notwendigkeit für Getreidezölle entfallen, so konnte das Argument der Schutzbedürftigkeit nur in der Formulierung aufrecht erhalten werden, daß man die landwirtschaftlichen Produzenten gegen **künftige Rückschläge** auf dem Weltmarkte schützen wolle. Es soll, wie es in der Begründung der Zollvorlage heißt, **die landwirtschaftliche Produktion dadurch gesteigert werden, daß die eine gewisse Sicherheit der Rentenentwicklung durch einen** [illegible] Zölle kann eine solche [illegible] nicht erreicht werden, [illegible] sämtliche Schwankungen [illegible]eben, nur eben auf einer [illegible] für sich könnte die an[illegible]r durch gleitende Zölle [illegible] Weizen von 270 Mark [illegible] werden und auf den sich [illegible]ere Weizenzollskala etwa

[illegible]	[illegible]satz Mark pro Tonne
[illegible]	0
[illegible]	10
[illegible]	20
[illegible]	30 usw.

[illegible] in Deutschland, soweit [illegible] könnte, verhindert, da [illegible]reis plus Zollsatz gleich [illegible] der Handhabung dieser [illegible]n. Eine **Steigkeit der** [illegible]re zudem nicht gegeben [illegible]den sich Schwierigkeiten [illegible] wenn sich im Auslande [illegible]sen senkt, bei uns aber [illegible] Mark bedingten Höhe [illegible]ch den Vorzusagen der [illegible] einem Sinken der Weltmarktpreise für Getreide in der nächsten Zukunft nicht zu rechnen sein. Aus diesem Grunde wäre also die Bedeutung der eben vorgetragenen Bedenken zur Zeit gemindert.

Doch nun zu dem letzten und wichtigsten Punkte, dem **Getreidezoll als Instrument der Handelsvertragspolitik**. Sicherlich wäre hier nach altem Brauche ein autonomer Tarif die geeignete Voraussetzung. Den meistbegünstigten Agrarstaaten wären dann Zollfreiheit oder niedrige Sätze zuzugestehen. Gefährlich wäre allerdings die Starrheit der Sätze für den Fall, daß diese Handelsverträge in der nächsten Zeit nicht zustande kommen. Ganz bedenklich aber erscheint die bereviigte Verteuerung der Getreidepreise durch Minimalsätze, noch dazu von so beträchtlicher Höhe wie in der Zollvorlage, wenn man sich die augenblickliche Lage der deutschen Volkswirtschaft vor Augen führt, die auf Grund des Dawes-Gutachtens und eines **Defizits von 2,75 Milliarden Mark** in der Handelsbilanz für das Jahr 1924 eine Steigerung des Exportes um jeden Preis erfordert. Wir müssen also das gewohnte handelspolitische Vorgehen umkehren. Wir können nicht sagen: grundsätzlich Hochschutzzoll und selbst im Vertragsfalle hohe Minimalzölle, sondern: grundsätzlich keinen Zoll und nur im Falle, daß der Vertragsgegner renitent bleibt, Ausnahmezölle! Es müßte also der Regierung nicht — wie es die Zollvorlage will — verboten werden, auch bei Handelsverträgen nicht unter willkürlich festgesetzte spezifische Zollsätze herunter zu gehen, sondern umgekehrt müßte die Regierung ermächtigt werden, im gegebenen Falle einem bestimmten Lande gegenüber so hohe Zollsätze anzuwenden, wie sie nach der Lage des Falles für nötig hält. Vielleicht wird auf diese Weise der Schaden einer starren Zollmauer vermieden, ohne daß man auf den Nutzen der Zölle als Verhandlungsobjekt verzichten müßte.

Deutsches Volksopfer für das Zeppelinwerk!

Rüstet dem Führer des Z. R. 3 ein neues Schiff! — Eckener über seine Pläne.

Amundsen und Eckener schmieden gemeinsam Pläne zur Eroberung des Nordpols. Schon die Flugzeugkonstruktion, die den letzten kühnen Nordpolzug ermöglichte, war deutsche Ingenierarbeit. Jetzt schließen sich die beiden Luftsieger zusammen zu kühnem Plan.

Er kann nur verwirklicht werden, wenn Alldeutschland hilft. Gehen wir dem Führer des Z. R. III ein Volksopfer! In der Weltpolitik sind wir passiv, in der Weltwirtschaft sind wir Schuldner, der Volkskörper leidet an schwerer Krankheit, in der Innenpolitik ist das Höchstmaß der Verwirrung erreicht — überall ist die Bilanz passiv. Aber hier ist einmal Gelegenheit, aktiv zu werden. Hier ist ein Stück Weltgeltung zu erobern aus eigener Kraft, hier ist es möglich, einen neuen Siegeszug anzutreten, dem deutschen Namen volle Ehre zu machen, etwas zu leisten, woran auch der hämische Kleingeist der Gegner nichts deuteln und herkleinern kann. Hier können wir endlich in einem gemeinsamen Opfer aller Kreise, das von allen nach Maßgabe der Kräfte gleich getragen wird, zeigen, daß wir uns selbst nicht aufgegeben haben in den inneren Kämpfen um die Macht. Die deutsche Zukunft soll nicht ein — Steuerproblem sein!

Das Volksopfer soll ein Bekenntnis werden für unseren Selbstbehauptungswillen, ein Ausdruck werden für unseren Stolz, ein Beweis werden dafür, daß die deutsche Nation trotz allem noch einmütig zu handeln weiß.

Rüstet dem Führer des Z. R. III ein neues, stolzes Luftschiff aus für eine kulturelle Tat, für einen deutschen „Sieg", der keinen „Nutzen" bringt, aber dem deutschen Namen Geltung und Ehre!

*

Der erste Plan des Volksopfers sieht folgende Leistungen vor: es sollen

1. die deutschen Stadt- und Landgemeinden zwei Pfennige pro Kopf ihrer Einwohnerzahl beisteuern,
2. die Gewerkschaften drei Monate lang 10 Pfennig im Monat pro Kopf zur Sammlung abführen. Die Arbeitgeber ihrerseits werden dieselbe Summe zahlen,
3. auch die Beamten drei Monate lang 10 Pfennig auf den Kopf ihrer Organisation einkringen,
4. ist an eine deutsche Jugendspende gedacht, die auch wieder drei Monate lang je 5 Pfennig sammeln will, und
5. werden die Schau- und Lichtspielbühnen versuchen, auf jede Karte ein paar Pfennige für den deutschen Zeppelin aufzuschlagen.

Endlich werden die Zeitungen ihrerseits auf eine noch zu vereinbarende Art zur Volkspende beitragen.

Mit dem Zeppelin nach dem Nordpol.

Dr. Eckener entwickelt seine Pläne vor den deutschen Zeitungsverleger

Die Königsberger Tagung der Zeitungsverleger

erhielt eine besondere Note durch die Rede Dr. Eckeners über seine Pläne. Er gab u. a. einen hochinteressanten Abriß der

Weiterentwicklung der Zeppelin-Luftschiffahrt.

Auf große Entfernungen sei die Reise im Luftschiff der im kleinen Flugzeug vorzuziehen. Die Bedeutung der großen Schiffe sei durch die Entwicklung des Flugzeugwesens nicht geschmälert. Trotz aller Verbesserungen komme nach seiner Ansicht das Flugzeug nur für Entfernungen bis zu 1500 Kilometer in Frage. Für den Weltverkehr über weite Strecken sei unbedingt das Luftschiff das geeignete Fahrzeug. Dr. Eckener wandte sich sodann der augenblicklich im Vordergrund des Interesses stehenden Frage, der

Erforschung des Nordpols mit Hilfe des Luftschiffes

zu: Ich bin überzeugt, daß es von großem ordentlichen Wert für uns ist, den Beweis zu erbringen, daß ein Zeppelinluftschiff ein Instrument ist, mit dem wissenschaftliche Probleme gelöst werden können, die auf andere Weise nicht zu lösen sind. Das Ergebnis der Amundsenexpedition hat gezeigt, daß **bei dem heutigen Stand der Technik die Erreichung des Nordpols mit Flugzeugen unüberwindliche Gefahren in sich schließt.**

Amundsen selbst hat deshalb auch erwogen, sein Ziel mit Hilfe des Luftschiffes zu erreichen. Auch nach seiner Ansicht ist das nur unter Verwendung des Luftschiffes möglich. Die Meinungen, die dahin gehen, als ob das ein sehr großes Risiko sei, sind nicht zutreffend.

Man kommen sie unter Umständen für die Luftschiffahrt etwas gefährlich sind nur

Wetterstürze,

die durch das Zusammentreffen von heißen und kalten Luftströmungen entstehen, die sogenannten Gewitterfronten. Kälteeinbrüche, Sturm, Regen, Schneebelastung sind für das Luftschiff von der heutigen Leistungsfähigkeit eine Kleinigkeit. Wetterstürze, die unter Umständen unbequem sein können, hat man auf dem Pol nicht zu gewärtigen. Im Sommer herrscht durchschnittlich eine Temperatur von 0 Grad und man kann dort ebenso gut und sicher fahren, wie im Spätherbst an Deutschland, wenn die Nebel noch liegen.

Wir können jedenfalls mit Sicherheit sagen, daß das, was überhaupt bei einer Nordpolexpedition sich wissenschaftlich feststellen läßt, durch Luftschiffe erreicht werden kann.

Man kann über die Verteilung von Land und Wasser ein abschließendes Urteil gewinnen. Man kann feststellen, ob diesseits oder jenseits des Pols noch größere Länderkomplexe liegen, man kann ein Urteil über die Wassertiefe gewinnen, man kann schließlich feststellen, ob dort ein Flachsee oder ein tiefer Ozean vorhanden ist. Davon ausgehend, kann die Wissenschaft wichtige Schlüsse über die Meeresströmungen, über die meteorologischen Verhältnisse usw. gewinnen. Man kann über Luftelektrizität, über Erdmagnetismus, über die Erscheinungen des Nordlichtes wissenschaftliche experimentelle Forschungen anstellen. Und das ist ja die Aufgabe der Wissenschaft, und ich möchte sagen, jeden Forschertums, jede Lücke auszufüllen, die in unserem Wissen noch vorhanden ist. So muß es ohne Zweifel die Wissenschaft reizen, mittels eines Luftschiffes diese Feststellungen zu machen.

Dr. Eckener betonte dann, daß ihm außerdem daran liege, durch die wissenschaftliche Expedition des Luftschiffes den Beweis dafür zu erbringen, daß das Luftschiff ein taugliches Fahrzeug und geeignet sei, einst eine große Rolle als

völkerverbindendes Verkehrsinstrument

zu spielen.

Nunmehr komme es zunächst darauf an, die erforderlichen Geldmittel für den Bau eines neuen Zeppelinluftschiffes zusammen zu bringen. Dazu erbitte er die Mitwirkung der deutschen Presse.

Der Redner Dr. Eckeners folgte stürmischer Beifall. Der Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, Kommerzienrat Krumbhaar dankte darauf Dr. Eckener für seine überaus wertvollen Ausführungen und versicherte, daß die deutsche Presse die Pläne Dr. Eckeners in jeder Weise und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen und fördern werde.

Innerpolitischer Lagebericht.

Berlin, 13. Juli. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Wie wir hören, findet die erste Ministerbesprechung zur Beratung der deutschen Antwortnote am Mittwoch statt. Wenn die Note den Auswärtigen Ausschuß beschäftigen wird, steht im Augenblick noch nicht fest, doch nimmt man an, daß das in der zweiten Hälfte der Woche der Fall sein wird, so daß die Note frühestens

Ende dieser Woche nach Paris abgehen kann.

In der morgigen Sitzung wird sich, wie schon früher betont wurde, der Auswärtige Ausschuß noch nicht mit der Note beschäftigen, sondern auf der Tagesordnung stehen lediglich die Handelsabkommen mit England, Amerika, Griechenland, sowie einige Petitionen.

Man nimmt an, daß morgen nach der Rückkehr des Kanzlers aus Dresden auch die Verhandlungen zwischen dem

Kanzler und den Regierungsfraktionen

über die Zollvorlage fortgesetzt werden. Hier sind die Gegensätze nach wie vor sehr groß, da, wie die „Deutsche Tageszeitung" gestern unterstrich, die Regierungsparteien zum größten Teil auf dem Standpunkt stehen, daß die Getreidemindestzölle unbedingt aufrecht erhalten bleiben müssen, während sich der Arbeiterstand des Zentrums gegen diese Mindestzölle sträubt und während auch in der Volkspartei zum mindesten gewisse Kreise für die Zölle eintreten. Erst nach der morgigen Besprechung wird sich feststellen lassen, ob ein Kompromiß möglich ist.

Abmarsch!

Gelsenkirchen, 13. Juli (TU.). Seit 3 Tagen ist die gegenwärtig etwa noch 1000 Köpfe starke Besatzung damit beschäftigt, Geräte, Waffen und Kleider aus den Schulen herauszuschaffen. Die ersten Sonderzüge sind in vergangener Nacht in der Richtung nach Frankreich abgefahren. Es dürfte noch eine eine Woche dauern, bis das umfangreiche aufgestapelte Material endgültig verladen wird.

Eine China-Konferenz.

Newyork, 13. Juli (TU.). Wie amtlich bekanntgegeben wird, wird Coolidge innerhalb dreier Monate eine internationale China-konferenz einberufen. Den Tagungsort der Konferenz soll die chinesische Regierung festsetzen.

Todesstrafe gegen Angerstein beantragt!

Limburg, 13. Juni (Raio WTB.). Im Angersteinprozeß beantragte heute der Staatsanwalt gegen den Angeklagten wegen Mordes in acht Fällen die Todesstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

In Marokko.

Neue Kämpfe.

Paris, 13. Juli. (Priv.-Telegr.) Über die Lage in Marokko melden die Blätter: Der französische Posten von Kela-Sleß ist in der Nacht vom 11. Juli nunmehr durchbrochen von den Riffleuten angegriffen worden. Man schätzt die angreifenden Abteilungen auf 2000 Mann. In den Morgenstunden des 11. Juli ist es den französischen Truppengelungen, den bedrohten Posten von den Angreifern völlig zu säubern. Der Feind hat sich auf die Höhen nördlich des Uergahsflusses zurückgezogen. Auch an der Front von Tazzen und in der westlich des spanischen Gebietes liegenden Zone zeigte der Feind eine gewisse Beweglichkeit. Da man eine Offensive der Riffleute in dieser Gegend erwartet, sind die Dispositionen verstärkt worden und die Flugzeuge werden in Bereitschaft gehalten.

Unterzeichnung des Marokkoabkommens.

Madrid, 13. Juli. (TU.) Das Protokoll, das sich auf eine gemeinsame Aktion zwischen Frankreich und Spanien bezieht, ist um Mitternacht unterzeichnet worden. Das Abkommen muß noch von beiden Regierungen ratifiziert werden. Die Arbeiten der Konferenz können nun als beendet betrachtet werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319250713-11/fragment/page=0009